

INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE PARTEI

Kommunistisches Programm

— Theoretische Zeitschrift der IKP —

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

NR. 23

SEPTEMBER 1979

IN DIESER NUMMER:

- EUROPA IN DER REVOLUTIONÄREN PERSPEKTIVE DER KOMMUNISTEN
- DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI ITALIENS UND DIE FASCHISTISCHE OFFENSIVE (1921 - 1924) - II. Teil
- STURMZONE NAHER OSTEN
Der Golgathaweg der Verwandlung der palästinensischen Bauern in Proletarier
Der israelisch-ägyptische Frieden und die neue imperialistische Ordnung im Nahen Osten

Erscheint vierteljährlich — Preise: DM 3,—, Belgien: bfr 53,— / Dänemark: dkr 10,— / Frankreich: FF 6,— / Italien: 1400 Lire / Niederlande: hfl 4,20 / Österreich: 22 ÖS / Schweden: 5,50 sKr / Schweiz: sfr 3,—. Jahresabonnement: Preis für 4 Exemplare

KOMMUNISTISCHES PROGRAMM

Nr. 23

September 1979

vierteljährliche
theoretische
Zeitschrift der IKP

Inhalt	Seite
Europa in der revolutionären Perspektive der Kommunisten	1
Die Kommunistische Partei Italiens und die faschistische Offensive (1921 - 1924) - II. Teil	6
Sturmzone Naher Osten: Der Golgathaweg der Verwandlung der palästinensischen Bauern in Proletarier	31
Der israelisch-ägyptische Frieden und die neue imperia- listische Ordnung im Nahen Osten	41

Editions Programmes Communistes
- Paris -

edizioni programma comunista
- Milano -

Presserechtlich verantwortlich,
Vertrieb und Korrespondenz:

Helmuth Tammen
Obentrautstr. 32
D-1000 Berlin 61

Postscheckkonto:
3320 23-103 - Berlin-West
Helmuth Tammen

Druck:
Movimento-Druck
Waldemarstr. 33
Berlin

EUROPA IN DER REVOLUTIONÄREN PERSPEKTIVE DER KOMMUNISTEN

Dem hochtrabenden *Mythos* eines geeinten Europa, einer Föderation europäischer Staaten oder auch nur eines Parlaments, dem in bestimmten Fragen eine gesetzgeberische Gewalt über die einzelnen "Vaterländer" und ihre souveränen Vertretungsorgane zukäme, wie dies das kürzlich von den "freien und gleichen Bürgern" der Länder der sogenannten Europäischen Gemeinschaft, übrigens mit wenig Überzeugung, gewählte Parlament beansprucht, haben wir zwei grundlegende *Tatsachen* entgeggestellt.

Erstens ist ein Prozeß der Vereinigung von historisch gewachsenen staatlichen Einheiten, egal ob sie nun eine feste oder lose Form annimmt, auf dem Boden des "Rechts", der "freien Wahl" oder des "Vertrags zwischen Gleichen" unmöglich. Eine solche "Vereinigung" ist nur auf dem Boden der Macht, oder besser der Machtausübung in ihrer höchsten Form, nämlich der *Gewaltanwendung*, denkbar. Mit der politischen Zentralisation hat es dasselbe auf sich wie mit der Zentralisation des Kapitals. Selbst wenn diese in der juristischen Hülle eines "freien Zusammenschlusses" auftritt, so ist sie für den Marxismus nicht anders denkbar denn als "*Konzentration bereits gebildeter Kapitale, Aufhebung ihrer individuellen Selbständigkeit, Expropriation von Kapitalist durch Kapitalist, Verwandlung vieler kleineren in weniger größere Kapitale*" (1). Mit anderen Worten, ein vereinigtes bürgerliches Europa könnte nur dann entstehen, wenn sich im europäischen Maßstab in etwa der *materielle* Prozeß wiederholen würde, der im vergangenen Jahrhundert zur Bildung nationaler Staaten wie Italien und Deutschland geführt hat. Allein oder im Bündnis mit anderen haben traditionelle Staaten durch *militärische Macht und kriegsgerische Gewalt* eine Myriade von kleineren, wenn nicht gar mikroskopischen staatlichen Einheiten unterworfen, zerschlagen und schließlich abgeschafft; und die revolutionären national-demokratischen Bewegungen plebejischen Ursprungs hatten zur Beruhigung der herrschenden Klassen von Piemont und Preußen dieses Werk nicht selbst vollbringen können, weil ihre *bewaffnete Gewalt* nicht ausgereicht hatte.

Wohlwissend, wie leicht man es vergessen kann, erinnerte Engels seine Jünger auf dem Kontinent an die Rolle der "Gewalt und Ökonomie bei der Herstellung des neuen Deutschen Reiches" (2). Wir unsererseits haben in einem bescheideneren Rahmen daran erinnert, daß das Vorbild aller braven Europäer, nämlich die Föderation der Staaten von Nordamerika, die USA (3), niemals auf friedlichem Wege hätte erreicht werden können. Der Weg, den die Geschichte beschritten hat, um zu diesem Ziel zu gelangen, war mit

spektakulären Aktionen bewaffneter Gewalt gepflastert: Unabhängigkeitskrieg gegen England, Kriege gegen die Indianer und die Mexikaner, Bürgerkrieg der Nord- gegen die Südstaaten, Krieg gegen Spanien um die Jahrhundertwende. Erst jeweils *danach* ist es zu jenen "Begleiterscheinungen" wie den feierlich verkündeten Verfassungen und den in "freiwilliger Übereinkunft" abgeschlossenen Verträgen gekommen (4). Heute gibt es in Europa einen beherrschenden Wirtschaftspol, und das ist, trotz des Ehrgeizes von Gaullisten oder von Giscard d'Estaing, die BRD. Die einzige "realistische" Perspektive für eine Vereinigung des bürgerlichen Europa wäre also - welch ein Horror! - daß eine neue "Reichswehr", aber diesmal mit Erfolg, die vergeblichen Heldentaten von zwei Weltkriegen wiederholt und sich siegreich auf dem ganzen Kontinent ausbreitet...

Die zweite, von der ersten im übrigen nicht zu trennende Tatsache besteht darin, daß Europa nicht allein ein Mosaik von staatlichen, sondern auch von miteinander konkurrierenden Produktionseinheiten ist. Und es ist zwar *theoretisch* nicht ausgeschlossen und *in der Praxis* sicherlich möglich, daß diese Staaten zeitweilige Abkommen schließen. Aber bereits Lenin hielt im August 1915 in seinem Artikel "*Über die Lösung der Vereinigten Staaten von Europa*" fest, daß diese Lösung, wenn überhaupt (er seinerseits schloß es aus), dann lediglich als Abkommen der europäischen Kapitalisten darüber möglich wäre, "*wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien (...) verteidigen könnte*" (5). Die jüngsten Erfahrungen haben nur bestätigt, daß es den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft nur mit Schwierigkeiten gelingt, im Bereich der Agrar-, Industrie- und Energiepolitik Kompromisse zu erzielen, daß sie sich aber sofort in trauter Eintracht befinden, wenn es darum geht, ein gemeinsames Programm für "den Kampf gegen den Terrorismus" zu erstellen, das weniger die Gefahren der heutigen individuellen Gewalt als vielmehr die Gefahren der zukünftigen proletarischen Klassengewalt im Auge hat.

Und wenn es auch nicht mehr darum geht, Kolonien untereinander aufzuteilen, so haben diese Länder doch außereuropäische *Einflußzonen*, die sie sich gelegentlich gegenseitig streitig machen, die sie aber andererseits gerne *gemeinsam* gegen die größere Raubgier und die ungleichlich größere Macht der überlegenen imperialistischen Zentren USA und UdSSR verteidigen möchten. Darüberhinaus und immer noch in der Annahme, daß sie zuscandé kommen könnten, wären derartige

Abkommen von geringer Festigkeit und Dauer, weil die unheilbaren Gegensätze zwischen den "Bruderstaaten" der EG diese zwingen, sich tagtäglich in die Haare zu kriegen, sie daran hindern, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik zu verfolgen und vor allem ihre chronischen "Unabhängigkeitsgelüste" gegenüber "Onkel Sam" oder "Onkel Iwan" durchzusetzen.

Gehen wir aber noch etwas näher hierauf ein. Als Lenin den oben erwähnten Artikel schrieb, stellte sich das Verhältnis zwischen Europa und der übrigen Welt ganz anders als heute dar; damals hing noch die ganze Welt ökonomisch und politisch von Europa ab; selbst die USA und Japan gingen an der Kandare Europas, der Wiege des Kapitalismus, dessen noch immer erdrückende Vorherrschaft für sie wie für den ganzen Planeten (wie Lenin beobachtete) eine Hemmung der ökonomischen Entwicklung bedeutete. Als Trotzki 1923 und in späteren Jahren das Thema der *sozialistischen* Vereinigten Staaten von Europa wieder aufgriff, hatte sich die Lage bereits umgekehrt. Das Schicksal des alten Kontinents hing nunmehr vom "Wohlwollen" (d.h. der eigennützigen Mildtätigkeit) der Neuen Welt ab, deren gewaltiger Aufschwung Europa immer mehr nur noch das "Allernötigste" zum Leben ließ (wie Trotzki sich ein bißchen übertrieben ausdrückte).

Der Ausgang des zweiten imperialistischen Weltkrieges hat diese Abhängigkeit noch beträchtlich verschärft. Er hat Europa in zwei Hälften geteilt, die sich unter der Aufsicht der beiden "Supermächte" der demokratischen Kriegsallianz befinden. Es entstanden zwei gigantische Blöcke mit einer hierarchischen Staatenstruktur, und der Bewegungsspielraum der europäischen Länder wird durch die Blockgrenzen genau festgeschrieben. Wenn es auch richtig ist, daß diejenigen Staaten, die aus dem Krieg als fügsame Diener der USA oder der UdSSR hervorgegangen sind, immer mehr dazu neigen, zu deren Konkurrenten zu werden, so kann man andererseits doch nicht übersehen, daß ihre Träume von einer relativen Autonomie gegenüber der eisernen Kontrolle der beiden "Supermächte" auf der einen wie auf der anderen Seite schlicht und einfach Träume sind und Träume bleiben werden: Bei allen großen Wendungen in der Weltlage wird weder an der Seine noch am Rhein, weder an der Weichsel noch an der Donau jemals das "letzte Wort" gesprochen.

Wie sollte Europa sich auch vereinigen? Es wird von unüberwindbaren Widersprüchen auf Wirtschafts-, Handels- und Finanzebene zerrissen; es wird zwischen dem reinen Wunschdenken von einer Unabhängigkeit und ganz realen Abhängigkeitsverhältnissen hin- und hergeworfen; es verfügt nicht über einen einheitlichen Wirtschaftsapparat, sondern bildet ein Mosaik von Produktionseinheiten, die jeweils ihren *eigenen* inneren Interessen gehorchen, allerdings nur in dem Maße, in dem sie nicht, wie es zwangsläufig geschieht, mit einem *äußeren* höherstehenden Interesse zusammenstoßen, nämlich demjenigen der jeweiligen imperialistischen Übermacht, an die sie gebunden sind. Von allen Erdteilen, auf die die kapitalistische Produktionsweise sich ausgedehnt hat, ist das bürgerliche Europa derjenige Kontinent, der am *allerwenigsten* aus eigener Kraft jahrhundertalte "Reviergrenzen" friedlich überwinden könnte, um zur Vereinigung zu gelangen; es ist derjenige Erdteil, der in sich die größte Sprengkraft trägt, gerade weil auf seinem relativ engen Raum

mächtige und fast homogene Kapitalkonzentrationen aneinanderstoßen. Die Entwicklung, die Europa wieder zur Achse der wirtschaftlichen Erschütterungen, der politischen Spannungen und der sozialen Kämpfe machen wird, wurde durch die Katastrophe des zweiten Weltkrieges und seine apokalyptischen Zerstörungen hinausgezögert. Diese Entwicklung hat aber schon wieder eingesetzt und kann unter dem Druck einer *chronisch* gewordenen Krise nur noch beschleunigt werden.

Hinter dem Mythos von einem Vereinigten Europa reift also eine unausweichliche Wirklichkeit heran: entweder ein neuer imperialistischer Konflikt oder die proletarische Revolution. *Tertium non datur* – einen dritten Weg gibt es nicht. Auf dem ersten Wege *kann* Europa in der Katastrophe geeint werden (6), der zweite *muß* diese Vereinigung durch die Geburt eines ganz neuen Europa hervorbringen. Aber beide Wege sind durch die zentralisierte und diktatorische Gewalt gekennzeichnet.

ooo

Der aus den bereits genannten Gründen unter kapitalistischen Verhältnissen *"unmöglichen oder reaktionären"* Forderung "Vereinigte Staaten von Europa" stellt Lenin in seinem Artikel nicht die Losung der (sozialistischen) Vereinigten Staaten der Welt entgegen; ganz im Gegenteil hält er diese auf den ersten Blick verführerische Parole *"als selbständige Losung"* für *"wohl kaum richtig"*. Zwar bringt diese Losung ein Ziel zum Ausdruck, dem die proletarische und sozialistische Bewegung unwiderstehlich entgegenstrebt; doch gibt er sie nicht aus, gerade weil eine solche Perspektive *"mit dem Sozialismus zusammenfällt"* und voraussetzt, daß bereits ein ganzer Weg durchlaufen ist, daß eine ganze Reihe von Kettengliedern bereits geschmiedet worden ist. Dies alles sollte aber überhaupt erst noch in Angriff genommen werden, und man konnte es nicht von heute auf morgen vollbringen. Kurzum, Lenin gibt diese Losung nicht aus, weil *"sie die falsche Auffassung von der Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus (...) zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzelnen genommenen Lande"* hervorrufen könnte.

Um aber mögliche falsche Auffassungen *"von den Beziehungen eines solchen Landes zu den übrigen"* zu vermeiden, fügt er sogleich warnend hinzu: *"Das siegreiche Proletariat dieses Landes würde sich nach der Enteignung der Kapitalisten und nach der Organisierung der sozialistischen Produktion im eigenen Lande der übrigen, der kapitalistischen Welt ENTGEGENSTELLEN, würde die unterdrückten Klassen der anderen Länder auf seine Seite ziehen, in diesen Ländern den Aufstand gegen die Kapitalisten entfachen und notfalls sogar mit Waffengewalt gegen die Ausbeuterklassen und ihre Staaten vorgehen"*. Denn selbst *"die freie Vereinigung der Nationen im Sozialismus ist (- solange nicht der vollständige Sieg des Kommunismus zum endgültigen Verschwinden eines jeden Staates geführt haben wird -, präzisiert er weiter oben) unmöglich ohne einen mehr oder minder langwierigen, harten Kampf der sozialistischen Republiken gegen die rückständigen Staaten"* (7).

So wird das Problem in seinem ganzen dialektischen Zusammenhang erfaßt. Eine der polemischen Ausflüchte des Reformismus lautet bekanntlich:

Entweder die Revolution überall und gleichzeitig, oder ... gar keine Revolution! Nun, einerseits schließt Lenin nicht aus, daß die kommunistische Weltrevolution zunächst in *einem* Land oder *einer Gruppe* von Ländern ausbrechen kann und muß, bevor sie einen ganzen in kapitalistischer Hinsicht entwickelten Kontinent erfaßt, und er macht aus dieser kontinentalen Ausdehnung keine *conditio sine qua non*, keine unerläßliche Voraussetzung, um dort, wo die subjektiven und objektiven Bedingungen es erlauben, die Macht zu erobern. Andererseits weist Lenin aber das in irgendeinem Lande siegreiche Proletariat auf die *Notwendigkeit* (die auf programmatischer Ebene eine *Verpflichtung* darstellt) hin, unverzüglich und wenn nötig sogar mit Waffengewalt dafür zu kämpfen, daß der revolutionäre Brand nicht auf seine "ursprünglichen Grenzen" beschränkt bleibt, was ihn zum Erstickungstod verurteilen würde. Lenin hält sich realistisch an die unmittelbar gegebenen *Kampfbedingungen* und verbindet sie zugleich mit einer *kühnen, beweglichen*, Raum- und Zeitgrenzen sprengenden Betrachtung des weiteren Verlaufs des *Angriffs* gegen den Feind. Gerade in dieser Kombination liegt die immense dialektische Kraft der Analyse. In dieser Perspektive wird das, was zunächst und als "*selbständige Lösung*" nur eine leere, rhetorische und sogar falsche Formel war, wieder richtiggestellt und gewinnt in einer revolutionären Situation, die *zumindest* den Kontinent erfaßt, ein *reales* Gewicht und einen *realen* Wert.

Gleichzeitig ist es typisch für diese Art und Weise, das Problem zu stellen, daß sie dem Wunsch, die revolutionären Lösungen des Proletariats "volkstümlicher" zu machen, um sie den Mittelschichten und Mittelklassen der bürgerlichen Gesellschaft weniger "unangenehm" erscheinen zu lassen, nicht das geringste Zugeständnis macht. Es wird weder verheimlicht, daß die Verwirklichung der proletarischen Lösungen die Machteroberung durch das Proletariat voraussetzt, noch wird die Möglichkeit offen gelassen, diese proletarische Macht könnte weniger scharfe und in ihrer Verschwommenheit "leichter annehmbare" Formen haben als diejenigen einer Klassendiktatur (8).

Es handelt sich hierbei um *prinzipielle* Positionen, die aufgrund der internationalen historischen Entwicklung und der Stellung, die Europa wirtschaftlich, sozial und politisch in der heutigen Welt einnimmt, *nur noch zwingender* geworden sind. Heute wie gestern ist es *utopisch*, sich einen Aufstand und um so mehr noch einen revolutionären Sieg des Proletariats vorzustellen, der *gleichzeitig* in allen europäischen Ländern stattfinden würde. Und in diesem Sinne würde die Lösung "Vereinigte Sozialistische Staaten von Europa" (wohlgerne *sozialistische* und nicht bürgerliche Staaten noch irgendeine der vielgepriesenen "Zwischenstationen") für das siegreiche Proletariat in einem Lande oder einer kleinen Gruppe von Ländern spätestens am Tage nach diesem "lokalen" Sieg eine brennende Aktualität gewinnen. Es wäre aber so utopisch wie *verheerend* zu übersehen, daß der oder die proletarischen Staaten, die in irgendeiner Ecke des Kontinents siegreich sind, egal ob es nun viele oder wenige, nahebeieinanderliegende oder weitverstreute Länder sind, *sich sofort der übrigen Welt entgegenstellen müssen*.

Sie werden diese Politik nicht nur verfolgen müssen, weil die kommunistische Theorie ihnen

dies gebietet, sondern auch weil sie ihnen *mit der Kraft unausweichlicher materieller Bestimmungen* diktiert wird, die sich aus den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Banden ergeben, die durch die Geschichte innerhalb und außerhalb Europas geknüpft wurden. Diese Bande bringen neben positiven Aspekten auch gewisse negative Seiten mit sich: Die beiden Supergroßen der bestehenden Ordnung sind nicht nur an den Flanken des europäischen Kontinents präsent, sondern sie sind mit ihrem militärischen und polizeilichen Apparat bis in seine Nervenzentren vorgedrungen; die "Kontaktlinie" zwischen den beiden Supergroßen verläuft mitten durch die größte industrielle und also auch proletarische Konzentration Europas (Deutschland); die enorme Trägheitskraft der demokratischen Traditionen und die hartnäckige Widerstandskraft der bestehenden staatlichen Strukturen werden drastische und auch bewaffnete Eingriffe erforderlich machen; andererseits haben die Länder Europas eine fast gleiche wirtschaftliche und also auch soziale Entwicklungsstufe erreicht, d.h. Europa ist heute unvergleichlich homogener als zu Lenins Zeiten; und da sich Europa heute bis über das Mittelmeer und das Schwarze Meer sowie den Ural hinaus ausdehnt, während gleichzeitig der Zyklus der nationalen und kolonialen Revolutionen weitgehend abgeschlossen ist, betreten neue, *rein proletarische* Schlachtreihen die geschichtliche Bühne um diesen Kontinent herum, der sich immer so gerne als Nabel der "zivilisierten" Welt betrachtete. Wir haben es hier mit einer Gesamtheit von Umständen zu tun, die dem Klassenkonflikt zyklische Ausmaße verleiht und durch das Hinzukommen neuer, junger und robuster Energien viel größere Siegesperspektiven eröffnet, die aber gleichzeitig auch die *Verantwortung*, die die proletarische und kommunistische Bewegung in Europa zu tragen hat, stark wachsen läßt.

Der oder die in irgendeinem Teil des Kontinents siegreichen proletarischen Staaten werden sich sofort gegen die übrige Welt stellen *müssen*, denn der Feind wird ihnen an keinem Punkt der viel größer gewordenen Front den Waffenstillstand zugestehen. Sie werden es tun *müssen*, weil ihr "Himmelssturm" die außereuropäischen Abteilungen der proletarischen Armee (wenn diese geographischen Bezeichnungen überhaupt noch einen Sinn haben) aufrütteln wird, wenn er nicht gar umgekehrt von deren Bewegung hervorgerufen wird. In dem einen wie in dem anderen Falle werden sie ganz präzise und nicht zu umgehende *Klassenverpflichtungen* zu erfüllen haben. In diesem materiell bestimmten historischen Lauf wird der Gebrauch - seitens der proletarischen Staaten - der "*Waffengewalt gegen die Ausbeuterklassen und ihre Staaten*", den Lenin für den "Notfall" vorgesehen hatte, keine Ausnahme mehr sein und sein *können*, sondern vielmehr die *Regel*, vor allem zur Unterstützung von proletarischen Aufständen in anderen Ländern. Und dieser Gebrauch der Waffengewalt, der sich die größtmögliche Ausbreitung der von der kommunistischen Weltpartei geführten Diktatur des Proletariats zum Ziel setzt, wird die höchste politische und organisatorische *Zentralisation*, die höchste *Konzentration* und *Mobilisierung von Energie* und die höchste Anstrengung zur *Überwindung jeglichen Föderalismus* erfordern.

In einer berühmten Rede von 1926 (9) zeigte Trotzki, "daß die Macht der Vereinigten Staaten - das ist die dialektische Methode! - jetzt der größte Hebel für die europäische Revolution ist", da sie die Alte Welt aushungerte oder jedenfalls zum wirtschaftlichen Stillstand zwang. Er übersah aber nicht (und wie hätte er auch?), "daß dieser Hebel sich sowohl in politischer als auch militärischer Hinsicht mit furchtbarer Wucht gegen die europäische Revolution kehren wird, wenn diese einmal ausgebrochen ist. Wir wissen, daß das amerikanische Kapital, wenn seine Existenz auf dem Spiel stehen wird, eine maßlose Kampfergie entwickeln wird". Aber Trotzki blickte über die Grenzen Europas hinaus, und in einer Perspektive, die Sowjetrußland damals, im Gegensatz zu heute, als einen riesigen revolutionären Faktor miteinbezog, fügte er hinzu: "Aber das Vereinigte Europa wird in seiner revolutionären Arbeitsgemeinschaft mit den Völkern Asiens unvergleichlich mächtiger sein als die Vereinigten Staaten von Nordamerika (...). Das revolutionäre europäische Proletariat, im Bunde mit den aufständischen Kolonialsklaven des Ostens, wird das Kontrollaktienpaket der Weltwirtschaft dem amerikanischen Kapital entreißen und das Fundament für die Föderation der sozialistischen Völker des ganzen Erdballs legen".

Seitdem dies geschrieben wurde, hat der Kapitalismus die Arbeiterklasse weltweit und restlos besiegt und er hält sie heute überall geknechtet. Doch zugleich mußte er durch seine eigene geschichtliche Entwicklung und gegen die bewußten Absichten und das Interesse der Bourgeoisie den Schauplatz, auf dem der Kampf auf Leben und Tod zwischen den zwei großen Klassen der modernen Gesellschaft ausbrechen wird, ganz beträchtlich erweitern. In zahlreichen Gebieten hat der Kapitalismus seitdem die objektiven Bedingungen des modernen Klassenkampfes geschaffen. Und er hat die Proletarier der alten und der neu hinzugekommenen kapitalistischen Länder durch ein gemeinsames Schicksal materiell miteinander verbunden. Dies gilt für das lateinamerikanische und das US-Proletariat; dies gilt in unserem Fall insbesondere für die Proletarier der alten europäischen Metropolen und das junge Proletariat des Nahen Ostens und Nordafrikas: Sie werden alle gemeinsam und unausweichlich den Bollwerken der weltweiten Konterrevolution gegenübergestellt.

Vor diesem Hintergrund verblaßt immer mehr die Vorstellung von den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, selbst als Zwischenschritt auf dem Wege zum Kommunismus. Obwohl wir sie als vorübergehende Augenblickslösung nicht völlig ausschließen können, verblaßt sie tendenziell vor einem viel breiteren Horizont. Spricht man heute in einer revolutionären Perspektive von "Europa", so geht es doch um ein Gebiet, das die konventionellen Grenzen des alten Europa bei weitem übersteigt und dessen Achse die einzige und unteilbare Diktatur des Proletariats in den hier wirtschaftlich und sozial am weitesten fortgeschrittenen Ländern bilden soll - als Vorposten der weltweiten proletarischen Revolution und Diktatur.

In dieser Perspektive müssen die Kommunisten der Alten Welt arbeiten. Zugleich müssen sie dafür arbeiten, den revolutionären "Bazillus" in die heute uneinnehmbar scheinenden feindlichen Festungen im Westen wie im Osten zu tragen.

Und durch eine volle und aktive Unterstützung der heldenhaften Kämpfe der noch jungen und nicht korrumpierten Arbeiterklasse des Gebiets, das bald aufhören wird, die "Dritte Welt" zu sein, müssen sie schließlich auch dafür arbeiten, um diese Massen in den revolutionären Bannkreis zu ziehen.

Entgegen der Lüge und dem Ablenkungsmanöver eines vereinten bürgerlichen Europa, entgegen der "volkstümlerischen" oder, schlimmer noch, der "proletarischen" Machart desselben Mythos, ist dies die großartige Perspektive, die der Marxismus und die Geschichte den jungen proletarischen Generationen des alten Kontinents und der neuen, um ihn kreisenden, vom Kapitalismus eroberten, umgestürzten und veränderten Länder eröffnen.

Anmerkungen:

(1) Marx, "Das Kapital", MEW 23, S. 654.

(2) Der gleichnamige Aufsatz wurde im Winter 1887-1888 geschrieben und war als mögliche Ergänzung für eine getrennte Ausgabe der drei Kapitel des Anti-Dühring über die "Gewaltstheorie" gedacht (MEW 21, S. 407 ff, "Die Rolle der Gewalt in der Geschichte").

(3) Da wir die Vereinigten Staaten erwähnt haben und die Bewegung für ein vereintes Europa, die die USA als Vorbild begreift, föderalistisch entstanden ist, können wir nicht der Versuchung widerstehen, an die marxistische Widerlegung jenes Märchens zu erinnern, demzufolge der föderalistische Staat weniger unterdrückend als der zentralistische und daher vorzuziehen sei. (Zu dieser Vorstellungswelt gehört auch die Legende, wonach die Vermehrung der demokratischen Kontrollinstrumente die "Aufblähung des Staates" wieder rückgängig machen würde.) In "Staat und Revolution" (LW, Bd. 4, Kap. 4, Abs. 4) erinnert Lenin an die Kritik am Föderalismus, in der Engels "vom Standpunkt des Proletariats und der proletarischen Revolution aus (...) die eine und unteilbare Republik" verfißt: "Die föderative Republik betrachtet er entweder als Ausnahmefall und als Hindernis der Entwicklung" oder, und das gilt nur "unter bestimmten besonderen Verhältnissen", als einen "Fortschritt" gegenüber der Monarchie. Engels widerlegt "das - besonders unter der kleinbürgerlichen Demokratie - weitverbreitete Vorurteil (...) die föderative Republik bedeute unbedingt mehr Freiheit als die zentralistische. Das ist falsch. Das widerlegen die Tatsachen, die Engels (...) anführt. (...) Die GRÖSSTE lokale, provinzielle usw. Freiheit, die die Geschichte kennt, hat die ZENTRALISTISCHE und nicht die föderative Republik geboten". Dies sei den "linken" Theoretikern der "antizentralistischen Demokratie" einmal gesagt.

(4) Siehe hierzu unsere Artikel "United States of Europa", Februar 1950, wiederveröffentlicht in "Per l'organica sistemazione dei principi comunisti", edizioni il programma comunista, Mailand 1973, sowie auch "Menzogna e diversivo dell'Europa unita", in "il programma comunista", Nr. 9/1979.

(5) LW Band 21, S. 342-46, woraus die folgenden Zitate entnommen sind. Über die Teilung der Kolonien mithilfe von Übereinkommen schreibt Le-

nin: *"Unter kapitalistischen Verhältnissen ist jedoch jede andere Basis, jedes andere Prinzip der Teilung als das der Macht unmöglich"*. In unserem Zusammenhang würde der Satz dann heißen: Unter kapitalistischen Verhältnissen ist jedoch jede andere Basis, jedes andere Prinzip der Vereinigung als das der Macht unmöglich.

(6) Dem Dritten Reich ist das für einen Augenblick gelungen. Den Siegern des zweiten imperialistischen Gemetzels, die sich Europa aufgeteilt haben, ist dies bis heute gelungen, auch wenn ihre Kontrolle nicht mehr so wirksam ist wie unmittelbar nach dem Kriege.

In jenen Tagen schrieben wir in unserem bereits erwähnten Artikel von 1950: *"Die föderalistische Ordnung in Europa soll mit der Rekrutierung von Söldnerheeren des Kapitals, von einer Klassenpolizei, auf die beste Weise sicherstellen, daß in Paris, Mailand, Brüssel oder München keine rote Commune mehr entsteht, während ein ähnliches System darüber wacht, daß dies in Warschau, Budapest oder Wien ebensowenig geschieht"*.

(7) Die Hervorhebung oben stammt von Lenin. Es ist bekannt, daß Stalin unter anderem in diesem Absatz die Rechtfertigung für seine Theorie des *"Aufbaus des Sozialismus in einem Lande"* zu finden glaubte. Er *"vergaß"* dabei *"nur"* folgendes: 1) daß es zwischen der Eroberung der Macht und der sozialistischen Umgestaltung einen nicht geringen Unterschied gibt. Während die Machteroberung in einem Lande, auch in einem nichtkapitalistischen Lande, möglich ist, setzt die sozialistische Umgestaltung mindestens voraus, daß die entwickelte kapitalistische Produktionsweise im betreffenden Land vorherrscht; 2) daß Lenin gerade deshalb dort von der *"Organisierung der sozialistischen Produktion"* spricht, wo das Proletariat in einem kapitalistischen Land die Macht erobert hat. Es ist also nicht von Rußland die Rede, das ein weitgehend vorkapitalistisches Land war; 3) daß Lenin für den oder die proletarischen Staaten keineswegs die Perspektive jenes stalinistischen Rückzugs auf sich selbst vorsieht, sondern vielmehr den Angriff auf den Weltkapitalismus, da allein die Ausdehnung der Revolution auf *"die übrige, die kapitalistische Welt"* ihren Sieg endgültig sichern kann. Siehe zu diesen Fragen *"Bilanz einer Revolution"*, in *"Kommunistisches Programm"*, Nr. 15/16.

(8) In dem bereits erwähnten Artikel von 1950 wird auf das *"Spiel der opportunistischen Täuschung"* hingewiesen, dem man erfahrungsgemäß verfällt, wenn man, wie die niedergehende Internationale, die Losungen der *"Vereinigten Staaten von Europa"* oder des *"Friedens"*, bzw. der *"Ab-*

rüstung" in einer unbestimmten und zweideutigen Form ausgibt. Man bildet sich ein, dadurch die Unterstützung nicht nur von proletarischen, sondern auch von kleinbürgerlichen, vom großen Kapital zerquetschten Schichten gewinnen zu können, daß man eine Reihe von Phrasen gebraucht, die eine Anbiederung an die Vorurteile, die Empfindsamkeit und die Interessen der Kleinbourgeoisie widerspiegeln. Man bildet sich ein, durch derartige Parolen *"Massenbewegungen"* hervorrufen zu können: *"und im Laufe dieser Bewegungen würde man dann für die unverwässerten kommunistischen Richtlinien in einigen Wochen einen Boden gewinnen können, den man durch eine strenge programmatische Parteiarbeit nicht einmal in Jahrzehnten gewonnen hätte"*.

Leider muß man sagen, daß sich nicht einmal Trotzki dem Zauber derartiger Manöver hat entziehen können, obgleich er sich im allgemeinen nur auf widersprüchliche Weise darein begibt. So begreift er in einem Artikel, der am 30. Juni 1923 unter dem Titel *"Über die Aktualität der Parole 'Vereinigte Staaten von Europa'"*, in der *Prawda* erschien (siehe den Anhang von *"Europa und Amerika"*, Berlin, 1972, S. 92-99), diese Losung als eine *"Übergangsparole, die Auswege weist, Aussichten für die Rettung gibt, und eben dadurch die werktätigen Massen auf den revolutionären Weg bringt"*; eine solche Formulierung braucht nicht unbedingt die Vorstellung hervorzurufen, daß eine andere Lösung als die der proletarischen Revolution und Diktatur möglich ist, auch wenn sie diese Notwendigkeit anders zum Ausdruck bringt, um so an die unmittelbare Verstandsstufe der Massen anzuknüpfen. Anschließend aber schreibt er, daß die *"Vereinigten Staaten von Europa"* eine Parole sind, *"die derjenigen der 'Arbeiter- (oder Arbeiter- und Bauern-) Regierung' in jeder Hinsicht entspricht. Ist die 'Arbeiterregierung' ohne eine Diktatur des Proletariats realisierbar? Darauf kann man nur mit Vorbehalt antworten. Wir fassen 'Arbeiterregierung' jedenfalls ALS EINE ETAPPE"* (hervorgehoben von Trotzki!) *"zur Diktatur des Proletariats auf (...). Die Parole 'Vereinigte Staaten von Europa' hat eine gleichwertige (...) Bedeutung"*. Hier ist die Losung zur einer objektiven Realität geworden, die zwischen der bürgerlichen Herrschaft und der proletarischen Revolution liegen soll. Man braucht wohl nicht erst darauf hinzuweisen, daß derartige *"Zweideutigkeiten"* bereits diejenigen des *"Übergangsprogramms"* von 1938 ankündigten.

(9) Rede vom 15. Februar 1926, in *"Europa und Amerika"*, op. cit., S. 91.

Die Kommunistische Partei Italiens und die Faschistische Offensive (1921-1924)

II. Teil

Der 1. Teil dieser Reihe wurde in Kommunistisches Programm Nr. 22 veröffentlicht und enthält die folgenden Abschnitte: Faschismus, Antifaschismus, Kommunismus; Die "vorbeugende Konterrevolution" reift im Schatten der Demokratie heran; Der Beginn der faschistischen Offensive. Zwei falsche Thesen über den Faschismus; Der wirkliche Verlauf der "faschistischen Eskalation"; Die Gründung der Kommunistischen Partei in Livorno. Die historische Notwendigkeit der Spaltung; Die Bedingungen für die defensive und die offensive Aktion des Proletariats; Der sozialistische Defätismus; Die Scheinheiligkeit des Maximalismus; Von den Wahlen bis zum Regierungswechsel; Der Kampf der Kommunistischen Partei für die militärische Organisierung der Massen.

DIE WIEDERAUFNAHME DER FASCHISTISCHEN OFFENSIVE UND DER FRIEDENSPAKT

In ihrer unheilbaren Blindheit (wenn man sich so freundlich ausdrücken will) hatten sich die Sozialisten eingebildet, daß die faschistischen Gewalttaten mit den Wahlen vom Mai 1921 zurückgehen würden. Nachdem die Faschisten auf den Listen des "Nationalen Blocks" - ein geschicktes "Manöver" Giolittis - kandidiert hatten und 35 von ihnen - darunter auch der Duce - ins Abgeordnetenhaus gewählt worden waren, glaubten die immer noch optimistischen (!) Sozialisten, daß Mussolini sich läutern würde und daß es unter den Fittichen von Vater Staat mit dem ehemaligen Sozialisten Bonomi (13) an der Regierung zu einer allgemeinen Befriedung käme. In Wirklichkeit jedoch entfesselte sich, nach einer kurzen Pause, im Juli schon wieder eine erneute faschistische Offensive gegen das Proletariat, in deren Verlauf es unter anderem zu folgenden Angriffen kam: Am 9. Juli Besetzung Viterbos durch die Faschisten; am 13. Angriff auf Treviso sowie 5 Ermordungen in Fassola di Carrara und 3 in Livorno; am 21. blutige Zusammenstöße in Sarzana; am 25. ein Massaker in Roccastrada, das 13 Tote forderte. Laut einer optimistischen Bilanz sollen allein in der ersten Hälfte des Jahres 17 Arbeiterzeitungen zerstört und 59 Volkshäuser, 110 Arbeitsbörsen, 83 Sitze von Landarbeitervereinen sowie 151 Zirkel und Sitze von proletarischen Parteien überfallen und in Brand gesetzt worden sein.

Und was treiben die Sozialisten währenddessen? *Sie verhandeln mit den Faschisten*, und je grausamer sich die Angriffe der schwarzen Banden gestalten, umso eiliger haben sie es, zu einem Ergebnis zu kommen. Das mag unerhört klingen, ist aber leicht erklärlich: Die Sozialisten sind *Parlamentarier*, und da die Faschisten nunmehr auch in der Abgeordnetenversammlung vertreten sind, bilden sie sich ein, sie durch Gespräche von "Abgeordnetem zu Abgeordnetem" zur Vernunft bringen zu können. Kurz und gut, sie bilden sich ein, mit Hilfe einiger Manöver hinter den Kulissen, sozusagen bei einem Stehkafee in den Fluren des Montecitorio (Abgeordnetenhaus) ein *historisches* Phänomen wie die vorbeugende bürgerliche Konterrevolution parlamentarisch auffangen und dadurch neutralisieren zu können.

In der Tat steuerte der Faschismus auf eine Metamorphose zu. Nur war diese Veränderung, der er entgegenging, das genaue Gegenteil von dem, was die Sozialisten vorausgesehen und sich so innigst erhofft hatten. Hatte der Faschismus bislang ein ziemlich loses Netz von schlecht zu disziplinierenden Sturmtrupps und Aktionsgruppen gebildet, die auf lokaler und regionaler Ebene handelten und in vielen Fällen noch den Anspruch stellten, eine "Neuerungs"- oder gar eine revolutionäre Bewegung zu sein (14), so war er jetzt dazu übergegangen, sich in eine frischgebackene, zentralisierte Partei zu verwandeln, was im November 1921 durch die Gründung der nationalen faschistischen Partei PNF verwirklicht wurde. Diese Partei ist nicht nur legalistisch und parlamentarisch wie alle anderen, *sondern auch illegal* und macht offenen Gebrauch von den Waffen. Zugleich aus Abgeordneten und Gorillas, aus Gentlemen mit Klappzylindern und Lumpen mit schwarzen Hemden bestehend, weist sie als *erste* bürgerliche Partei der jüngeren Geschichte jenes doppelte Gesicht auf, welches der doppelten Funktion des bürgerlichen Staates mit seiner Fassade der politischen Demokratie und seiner wirklichen Funktion der Klassenrepression entspricht. Als solche Partei meldet sie ihren Regierungsanspruch an. So wie sie ist, stellt sie die *vereinigte* Partei der Bourgeoisie dar. Sie ist bereit und in der Lage, dem Staat einen zusätzlichen repressiven und bürokratischen Apparat zur Verfügung zu stellen. Als Gegenleistung darf sie die Macht völlig legal übernehmen

men. Sie bedarf hierfür nicht der hinausposaunten "Revolution". Den Marsch auf Rom kann sie 1922 gemütlich im Schlafwagen absolvieren, in der ruhigen Gewißheit, daß sie, einmal an der Macht, mit der Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der traditionellen demokratischen Parteien von Regierung und Opposition rechnen kann.

Sicherlich vollzog sich jene Metamorphose des Faschismus nicht ohne einigen Widerstand seitens der Basis, die noch der ursprünglichen "Reinheit" der faschistischen Aktionsgruppen versonnen nachhing. Da es sich hierbei jedoch um eine Umwandlung handelte, die unvermeidlich war, setzte sie sich ganz entschieden durch, indem sie alle Hindernisse, die im übrigen nur die Qualität von Pappmaché aufwiesen, beiseitelegte. Wenn also nach dem Versuchsballon eines versöhnenden Meinungsaustausches zwischen den werten Kollegen Mussolini, Baldesi und Turati zwei Paare von Parlamentariern, die die zwei Seiten vertreten (Acerbo und Giuriati für die Faschisten und Ellero und Zaniboni für die Sozialisten) Anfang Juli im Montecitorio ihre "Privatverhandlungen" im Hinblick auf eine Versöhnung und eine gegenseitige Entwaffnung aufnahmen, so bedeutete dies alles keineswegs, daß der Faschismus etwa bereit gewesen wäre, den Boden der Gewalt zu verlassen. Vielmehr unternahm er jene Gespräche, weil er im Parlament den idealen Boden gefunden hatte, um eine Rückendeckung für seine eigene bewaffnete Aktion zu gewinnen. So war es ihm auch möglich geworden, sich ein Alibi für seine demokratische Würde zu schaffen und gleichzeitig die Proletarier zu desorientieren (d.h. in der Praxis, sie zu entwaffnen) und zumindest der Sozialistischen Partei und ohne weiteres auch der Confederazione del Lavoro mit den Fesseln der Legalität die Hände zu binden. Im Schatten der Verhandlungen entfesselt er dann seine Gewalttaten. Und je grausamer sich die Angriffe der schwarzen Banden ausnehmen, um so ängstlicher sind die sozialistischen Unterhändler darauf bedacht, zu einem Ergebnis zu kommen. Als der Friedenspakt dann endlich abgeschlossen ist, wird die Schuld für das jeweilige Verletzen dieses Abkommens ganz einfach der anderen Seite zugeschoben ... und schon kann sich die Gewalt "legitimiert" und geheiligt von neuem entfesseln. Ein Spielchen, würdig des Montecitorio, aber mit sicherem Erfolg.

Der Monat, den die Sozialisten in ihrer Einfältigkeit (wenn wir immer noch diese wohlwollende Einschätzung gelten lassen wollen) für den Monat einer "Läuterung" Mussolinis und einer allgemeinen Befriedung unter dem Schutz von Vater Staat und seinem turnusmäßigen Führer, dem ehemaligen Sozialisten Bonomi, hielten, erwies sich in der Tat, wie wir eingangs gesehen haben, als ein Monat der erneuten antiproletarischen Offensive. Die Sozialisten merken, daß sie den Boden unter den Füßen verlieren, aber anstatt jeden Schlag der Faschisten mit einem Gegenschlag zu vergelten, beschleunigen sie die Verhandlungen für ... den sozialen Frieden!

Die Verhandlungen wurden von den Vertretern der PSI im typischen Stil der alten Partei geführt: Allein die Eingeweihten wissen, daß die Parteiführung mit ihnen völlig einverstanden ist;

nach außen hin, also für das Publikum, werden sie als inoffiziell ausgegeben und mal dementiert, mal bestätigt, mal "richtiggestellt". Die "roten" Schacherer gehen sogar so weit, das unverschämte Gerücht zu verbreiten, daß die Kommunistische Partei Italiens sich an den Verhandlungen beteiligen würde. Das führt natürlich wiederum dazu, daß ihre "schwarzen" Kollegen den sofortigen Abbruch der Verhandlungen androhen, sollte jemals die PCI bei diesem Spiel zugelassen werden. Die Exekutive der PCI veröffentlichte ihrerseits, noch bevor das schändliche Abkommen geschlossen wurde, in *Il Comunista* vom 10. und 21. Juli die folgenden Erklärungen:

"GEGEN DEN FASCHISTISCHEN FRIEDEN"

Da sie die kommunistischen Prinzipien und die kommunistische Taktik vertritt, braucht die Kommunistische Partei Italiens nicht erst zu erklären, daß sie mit den von den Sozialisten zu gebenden und nur im Hinblick auf die ausgehandelten Bedingungen dementierten Vereinbarungen zwischen Sozialisten und Faschisten nichts zu tun hat. Sie prangert vor dem Proletariat die Haltung der Sozialisten an und wird deren niederträchtige Bedeutung noch illustrieren.

Laut bislang nicht dementierten Gerüchten soll sich die Confederazione del Lavoro die Aufgabe gestellt haben, bei den Verhandlungen und den sich daraus ergebenden Verpflichtungen auch die in ihren Reihen gewerkschaftlich organisierten Kommunisten zu vertreten. Die KP Italiens erklärt es für absurd, daß die Gewerkschaftsführer den Anspruch haben, auf der Ebene einer rein und eindeutig politischen Aktion die kommunistische Minderheit zu vertreten, die in den Reihen der Gewerkschaften gerade mit dem Ziel kämpft, die opportunistische und konterrevolutionäre Orientierung dieser Führer zu besiegen."

"GEGEN DEN FRIEDENSSCHLUSS"

Auch wenn es jedem, der die programmatischen Richtlinien des Kommunismus auch nur im entferntesten kennt, überflüssig scheinen mag, besteht die Kommunistische Partei darauf, zu den Presseveröffentlichungen über den sogenannten Friedensschluß zwischen den Parteien die folgenden kurzen und erschöpfenden Erklärungen abzugeben.

Weder auf nationaler noch auf lokaler Ebene beteiligen sich die Kommunisten an Initiativen für eine 'Befriedung' oder 'Entwaffnung', noch werden sie dies jemals tun, egal ob diese Initiativen nur von Regierungsstellen oder irgend-einer politischen Partei ausgehen.

Die in diese Richtung laufende Erklärung der sozialistischen Partei wurde ohne weiteres zurückgewiesen.

Die Verlautbarung einer politischen Strömung, nicht mit den Kommunisten verhandeln zu wollen, wirkt geradezu lächerlich, da die Kommunisten niemals die absurde Absicht geäußert haben, auf dieser Ebene mit irgendjemandem einen Pakt zu schließen.

Wo nötig, hat auch diese Mitteilung den lokalen Organisationen der Partei als Anweisung zu

gelten."

Aber das parlamentarische Karussell drehte sich, und am 3. August unterzeichneten die Vertreter der PSI-Führung (mit dem Sekretär Giovanni Bacci an der Spitze) sowie die Vertreter der Parlamentsfraktion und der CGL zusammen mit den Vertretern des Nationalrats der faschistischen Aktionsgruppen und der von Mussolini geführten faschistischen Parlamentsfraktion den berühmten Friedenspakt. Dieses Abkommen, bei dessen Taufe der Kammerpräsident De Nicola Pate stand (er zeichnete es auch gegen), enthielt folgende wesentliche Punkte:

"Die oben genannten Vertretungen verpflichten sich, sofort zu handeln, damit Drohungen, Tätlichkeiten, Repressalien, Strafaktionen, Racheakte, das Ausüben von Druck sowie persönliche Gewalttaten jeglicher Art sofort aufhören.

Die Abzeichen, Embleme und Wappen werden, gegenseitig respektiert (man staune, womit sich diese Herren nicht alles beschäftigen in einer Epoche heftigster Kämpfe!).

Die Parteien verpflichten sich, ihre Wirtschaftsorganisationen gegenseitig zu respektieren (also Anerkennung der entstehenden faschistischen Gewerkschaften seitens der CGL und der PSI!).

Jede Aktion und jedes Verhalten in Verletzung dieser Verpflichtung und dieses Abkommens wird schon jetzt von den jeweiligen Vertretungen verurteilt und bedauert."

Noch am selben Tage gab die Führung der PSI eine scheinheilige Erklärung ab, die sich an die desorientierten Genossen an der "Basis" richtete. Hierin hieß es: *"Es handelt sich in keiner Weise darum, die Propaganda und Aktion zu verleugnen, welche die Partei seit Jahren im Rahmen einer FRIEDLICHEN Auseinandersetzung um Ideen und Positionen bei hellichtem Tage und in aller Öffentlichkeit durchgeführt hat. Noch weniger handelt es sich um IRGEND EINEN VERZICHT auf die Propaganda- und Organisationsfreiheit oder auf jedwede schriftliche oder mündliche, ausdrückliche oder symbolische Äußerung ihrer eigenen Ideale" ... usw. Die Sozialisten tun also gerade so, als ob die Versöhnung mit dem Klassenfeind nicht eine offene "Verleugnung" der eigenen klassenmäßigen "Vergangenheit" wäre. Sie tun so, als wäre es möglich, nicht auf die "Propagandafreiheit" zu verzichten, wenn man auf jene höchste Form der "Propaganda" nämlich den Kampf, verzichtet! Um aber das Maß vollzumachen, verpflichtete sich die Führung dazu, "auch in diesem Augenblick gemäß den Prinzipien und der Tradition der PSI FÜR DIE WIEDERHERSTELLUNG DES NORMALEN LEBENS ZU ARBEITEN, DAMIT DIE FREIE ENTWICKLUNG DER FRIEDLICHEN KÄMPFE GESICHERT SEI..."*

Genau in jenen Tagen, wo die Verhandlungen zwischen den Sozialisten und den Faschisten stattfanden, tagte in Moskau der III. Kongreß der Komintern, an dem auch jene drei "Pilger" der PSI, die dort freilich hart angegriffen wurden, teilnahmen. Als Vertreter einer Partei, die mit der Unterschrift ihres Sekretärs für ein derartiges Abkommen bürgte, hätte man es ihnen nicht

einmal erlauben dürfen, auf dem Kongreß für ihre Aufnahme in die Internationale einzutreten. Und einmal diese Pilger nach Hause geschickt - wie dies auch geschah - durfte man nicht die Möglichkeit offenlassen, die PSI in die Internationale aufzunehmen, auch nicht unter der Bedingung, daß sie die "Teilnehmer der reformistischen Konferenz von Reggio d'Emilia und deren Anhänger" (d.h. den rechten Flügeln Turatis) ausschließen würde. In der Tat, was unterschied noch die Maximalisten von den Reformisten, jetzt, wo sich erstere ausdrücklich in Form des Friedenspaktes die Ideologie des Sozialpazifismus zu eigen gemacht hatten und die "private Gewalt" der Parteien und Klassen verurteilten, während sie die "öffentliche" Gewalt des Staates akzeptierten? Sie unterschieden sich in nichts mehr von den Reformisten, für die der Staat ja noch nie ein Organ der Klassenunterdrückung, sondern ein über den Klassen schwebendes metaphysisches Wesen, eine Art guter Familienvater gewesen war. Zur Verteidigung der PSI zu behaupten, daß das Friedensabkommen sofort in den Papierkorb wanderte, hat gar keinen Sinn, erstens weil nicht die PSI, sondern der Gegner es zerfetzte, zweitens weil schon allein die Tatsache, daß die PSI dieses Abkommen geschlossen hatte, nicht unter dem Blickwinkel der Moral oder der Ästhetik, sondern in der Praxis eine offene Sabotage des blutigen proletarischen Widerstands, einen Beitrag zur Desorientierung und Entwaffnung des Proletariats und den eindeutigen Beweis für die defätistische Haltung der PSI bedeutete.

Um der unverschämten Lügenkampagne ein Ende zu bereiten, veröffentlichte die Zentrale der PCI am 7. August in *Il Comunista* die folgende Erklärung:

"DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI UND DIE 'BEFRIEDUNG'"

Erklärung des Exekutivkomitees

Um jegliches Mißverständnis, das die Presse- nachrichten der letzten Tage über die Initiativen für die sogenannte 'Befriedung' hervorrufen könnten, auszuräumen und die politischen Verantwortlichkeiten klar abzugrenzen, veröffentlicht das Exekutivkomitee der KP Italiens den folgenden Telegrammaustausch:

'An die Führung der Sozialistischen Partei - Rom

Mailand, den 27. Juli 1921 - dringend

Um zu unterbinden, daß ihr weiterhin vom Namen unserer Partei willkürlich Gebrauch macht, machen wir euch mit der Bitte um telegraphische Bestätigung die offizielle und direkte Mitteilung, daß wir an keinem Parteitreffen teilnehmen werden, das sich die Befriedung oder Entwaffnung zum Ziel setzt. Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei.'

'An die Exekutive der Kommunistischen Partei - Mailand

Rom, den 27.7.1921

Wir haben nicht die Gewohnheit, mit Tricks zu arbeiten. Unser Vorschlag bedeutet keinen willkürlichen Gebrauch des Namens eurer Partei, noch desjenigen irgendeiner anderen. Wir nehmen eure uns erst heute zugestellte offizielle Mitteilung, daß ihr an keinem Parteitreffen mit dem Ziel der Befriedung teilnehmen

werdet, zur Kenntnis. Bacci.'

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei fügt dem hinzu, daß es der Führung der Sozialistischen Partei bekannt sein mußte, daß unsere Partei sich nicht an den erwähnten Initiativen beteiligen würde. Dies ging sowohl aus den veröffentlichten offiziellen Erklärungen als auch aus der Mitteilung hervor, die die kommunistische Parlamentsfraktion diesbezüglich schon vor etlichen Tagen der sozialistischen Parlamentsfraktion gemacht hatte, als diese sie zu derartigen Praktiken offiziell eingeladen hatte. Dies ganz abgesehen von der Schnelligkeit, mit welcher diejenigen, welche noch vor wenigen Monaten in der Kommunistischen Internationale waren, deren grundlegende programmatische und taktische Richtlinien vergessen haben. Das Exekutivkomitee."

Das Unglück aber bestand darin, daß die Internationale es noch immer für möglich hielt, diese Leute als verlorene Söhne anzusehen, denen man unter der Bedingung die Türen öffnen könnte, daß sie die gebührende Reue zeigen, und das hieß nur Ausschluß der Rechten, ... um selbst weiterhin rechts zu bleiben. Aber auf diesem Punkt werden wir an anderer Stelle zurückkommen.

DIE "ARDITI DEL POPOLO"

Die Frage der Arditi del Popolo ist in der damaligen Polemik, vor allem aber auch in der ultrademokratischen Literatur der falschen Kommunisten von heute so oft wiedergekaut worden, daß es angebracht ist, hier in groben Zügen an die Ursprünge, das "Programm" und die Entwicklung jener bunt zusammengewürfelten Gruppierung zu erinnern, die - wie so viele andere ähnliche Gruppen - aufgrund der damals nicht nur in Italien, sondern leider international herrschenden Verwirrung Blüten treiben konnte.

Die Bewegung der Arditi del Popolo entstand in der Periode der Suche nach einer neuen Regierung Ende Juni 1921, als die Bourgeoisie nach dem Fall Giolittis für kurze Zeit unentschieden zwischen zwei Wegen schwankte. Der eine bestand in einer Neuauflage der faschistenfreundlichen Politik Giolittis, die dieser hinter einem Programm der "Integration" des faschistischen Bandentums in die "demokratische Legalität" verborgen hatte. (Diese Lösung setzte sich dann durch, als Ivanoe Bonomi, der Vater aller späteren "neuen Wege" zum ... Sozialismus, zum Ratspräsidenten gewählt wurde.) Die zweite Möglichkeit bestand in einem politischen Manöver, das man heute Mitte-Links-Koalition bezeichnen würde. Nicht minder entschlossen, der Arbeiterbewegung energisch entgegenzutreten (hatte nicht gerade Nitti, der diese zweite Alternative verkörperte, die königlichen Garden ins Leben gerufen?), hätte diese Koalition aber eher dazu geneigt, die Verteidigung der hochheiligen demokratischen Institutionen ausschließlich seiner Majestät dem Staat und nicht einem Monopol der Schwarzhemden, die "alles selbst machen" wollten, anzuvertrauen.

Die Bewegung der Arditi del Popolo entstand trotz der anderslautenden hochgestochenen

Phrasen, mit denen sie sich umgab, wohlbemerkt nicht als eine "Volksbewegung", sondern sie ging, versehen mit dem Segen gerade der Anhänger Nittis und ihres Presseorgans "Il Paese", aus einer Spaltung innerhalb der "Führungsspitze" der Vereinigung der Arditi d'Italia (15) hervor. Es handelte sich hierbei um eine Organisation, die eine Art Gralshüter jener von D'Annunzio vollkommen verkörperten "Werte" des heroischen Individualismus und des kriegshetzerischen Patriotismus war. Diese Arditi umfaßten - wie zu den "schönen Zeiten" der "Rede von Quarto" oder des Unternehmens von Fiume (16) - die verschiedensten Anhänger des Kriegsinterventionismus, entwurzelte Kleinbürger, Anhänger des Mazzinismus und Syndikalismus, Faschisten und Halb-anarchisten, Glücksritter und sogar Polizisten. Kurzum, in diesen Arditi hatte man eine ganze Palette von Menschen, ob jung oder alt, vor sich, die in jenem Klima der Kriegsbegeisterung und dann der Nachkriegsenttäuschungen groß geworden waren. Von den zweifellos guten Absichten oder der persönlichen Aufrichtigkeit einzelner Anhänger wollen wir hier einmal absehen. Nachdem sich von der Gruppe, die wir als links bezeichnen werden, zunächst eine rechte Gruppe und dann eine Gruppe von Faschisten (mit der die erste nichts zu tun haben will, "SOLANGE sie die Arbeitskammern und andere Arbeitervereinigungen zerstören") getrennt hatten, entstand aus der übrigen Gruppe am 2. Juli unter der Führung des ehemaligen Oberleutnants Argo Secondari die eigentliche Bewegung der Arditi del Popolo. Ihr provisorischer Sitz befand sich in zwei Räumen des Palazetto Venezia, die ihnen - eine interessante Einzelheit - von der "Nationalen Vereinigung der Frontsoldaten", jener anderen Perle der ... progressiven Szene, wie man heute sagen würde, zur Verfügung gestellt wurden. Kurze Zeit danach, am 10. Juli, hatten die Arditi del Popolo ihren ersten öffentlichen Auftritt, bei dem sie in der Hauptstadt eine öffentliche Veranstaltung abhielten und eine Militärparade organisierten.

Aber lassen wir einmal den Hauptbeteiligten, Argo Secondari, zu Worte kommen. In einem Interview mit dem "Ordine Nuovo" (17) vom 12. Juli 1921 erinnerte der ehemalige Oberleutnant daran, wie sich die Arditi "sofort nach dem Waffenstillstand als Reaktion gegen das Dekret über die Auflösung der Sturmbataillone" (an die sich die Proletarier in Uniform nur allzu gut erinnern konnten!) zu einer Vereinigung zusammengeschlossen hatten. Er erinnerte daran, daß die Arditi während des Krieges "den tatkräftigsten Beitrag zu den militärischen Operationen" geliefert und "mit ihrem Heldenmut ein zweites Caporetto verhindert" hatten (für eine "Volksbewegung" ist dies ein echter Ruhmestitel!). Ihnen war "jener anfängliche Schwung des italienischen Heeres" zu verdanken, "der es ermöglichte, die Österreicher auf ihre Stellungen zurückzudrängen und eine große Schlacht (die von Piave), von der das Schicksal Italiens abhängen konnte, zu gewinnen". In dem weiteren Interview berief sich Argo Secondari auf das Unternehmen von Fiume, an dem die Arditi d'Italia teilgenommen hatten und dessen Tradition die Arditi del Popolo wiederaufnahmen, "zum Teil aus revolutionärem (!) Geist und auch, weil sie an Gabriele d'Annunzio glauben, den sie als ihren GEISTIGEN FÜHRER betrachten."

Es handelte sich hierbei nicht etwa um eine nur so dahingeworfene Bemerkung, denn nach dem Programm der Arditi del Popolo gefragt, erfand Secondari sofort die Formel von der *"Verteidigung der Kopf- und Handarbeiter"*, die er von nun an auf Schritt und Tritt wiederholte und die im übrigen genauso nichtssagend und hochtrabend war wie die Artikel der d'annunzischen *"Carta del Carnaro"* (18). Aber das Tollste in diesem Interview kommt noch. Gerade in den folgenden Worten Secondaris kommt die wirkliche Bedeutung der neuen *"antifaschistischen"* Organisation grell zum Vorschein: *"Die Arditi konnten gegenüber dem von den Faschisten entfesselten Bürgerkrieg nicht gleichgültig und passiv bleiben, und DA SIE DIE AVANTGARDE DES ITALIENISCHEN HEERS GEBILDET HABEN, WOLLEN SIE AUCH DIE AVANTGARDE DES ARBEITENDEN VOLKES SEIN. Anfangs schien der Faschismus ein Ziel zu verfolgen, das äußerlich gesehen AUCH UNS VOM PATRIOTISMUS BESELT ZU SEIN SCHIEN: DIE ROTEN GEWALTSTATEN EINZUDÄMMEN. WIR, DIE WIR IM WESENTLICHEN DARAUF ABZIELTEN, DEN INNEREN FRIEDEN ZU VERWIRKLICHEN UND DEN ARBEITERN DAMIT DIE FREIHEIT ZU GEBEN, HÄTTEN DEM STREIT ZWISCHEN DEN FASCHISTEN UND DEN SUBVERSIVEN AUCH FERNBLEIBEN KÖNNEN. HEUTE JEDOCH LIEGT DAS TRAUERIGE MONOPOL DES POLITISCHEN BRIGANTENTUMS AUSSCHLIESSLICH IN DEN HÄNDEN DER FASCHISTISCHEN KAMPFEINHEITEN."* Deshalb also, laßt uns jetzt den Kampf gegen die Schwarzhemden aufnehmen! Bei einer anderen Gelegenheit ließ Secondari verlauten, daß das Ziel seiner Bewegung in der Wiederherstellung der *"Ordnung und des normalen bürgerlichen Lebens"* bestand. Die weiter oben angeführten Sätze illustrieren in geradezu beredter Weise, was dies alles zu bedeuten hatte. Den Arditi ging es darum, gegen jeden zu kämpfen, der Gewalt anwandte: *Gegen die Proletarier, wenn sie über das "Monopol des politischen Brigantentums" verfügten, und gegen die Faschisten, wenn dieses Monopol in ihre Hände überging. Sie wollten dem Staat, der Nation wieder neue Kraft verleihen (wen kann das noch wundern, wo doch der "Patriotismus" dem Führer der Arditi als wesentliches Beurteilungskriterium diene?). Sie kämpften, damit sich die Beziehungen zwischen den Menschen wie zwischen den Klassen wieder "friedlich" gestalteten und setzten sich damit für genau dasselbe ein wie eine Fraktion der Bourgeoisie, wie die rechten Sozialisten und Zentristen sowie auch - das versteht sich von selbst - die Republikaner, die aufgrund einer langen Tradition zu mustergültigen Vertretern des antiproletarischen Hasses geworden waren. Die Arditi del Popolo hielten also die bewaffnete Gewalt der "Helden von Piave, Monte S. Michele und Bainsizza" (19) für notwendig, um der "privaten" Gewalt der Klassen, Gruppen und Parteien ein Ende zu bereiten. So wie sie gestern gegen die "roten Gewalttaten" der Proletarier waren und es im gegebenen Fall morgen wieder sein werden, sind sie heute gegen die Gewalttaten der Faschisten, weil diese die Oberhand gewonnen haben. Während die PSI also die Befriedung auf dem Wege von Abkommen zu erreichen versucht, stellen die Führer der Arditi del Popolo ihre Erfahrungen als Helden des 1. Weltkrieges in den Dienst desselben Ziels: die Rückkehr zur Legalität und die Wiederherstellung des "inneren Friedens".*

Wie sahen nun die Beziehungen aus, die die Bewe-

gung der Arditi del Popolo mit den Parteien, insbesondere den Arbeiterparteien herzustellen beabsichtigte? In dem bereits erwähnten Interview erklärte Secondari: *"UM UNSEREN HUNDERTSCHAFTEN ANZUGEHÖREN, GENÜGT ES, MITGLIED DER STURMBATAILLONE oder Soldat gewesen zu sein. Die einfachen ehemaligen Soldaten und diejenigen, die noch keinen Militärdienst geleistet haben, werden als FREIWILLIGE betrachtet."* Die ehemaligen Mitglieder der Sturmabteilungen, deren Bajonette die *"undisziplinierten"* Soldaten und die *"Deserteure"* während des Krieges im Karst und auf den Hochebenen zur Genüge hatten kosten dürfen, sollten die Führer oder jedenfalls Mitglieder der *"regulären"* Formationen sein. Die anderen also hatten das Kanonenfutter für die *"Fachleute des Ardītismus"* abzugeben!! Kurze Zeit danach veröffentlichte das Direktorium eine Mitteilung, in der es sich nicht nur der Unabhängigkeit des Ardītismus von sämtlichen politischen Parteien rühmte, sondern letzteren auch davon abriet, sich mit der *"militärtechnischen Organisation des arbeitenden Volkes"* zu beschäftigen. Der Mitteilung zufolge hatten nur die Arditi das historische Recht und die patriotischen Verdienste, um sich dieser Aufgabe anzunehmen. Auf dieser militärischen Grundlage sollten sie eine Organisation errichten, deren Mitglieder sich zur strengsten Disziplin und zum ausdrücklichen Verzicht auf politische Aktivitäten verpflichten mußten. Eine andere Mitteilung vom 27. Juli blieb nicht dabei stehen, die Parteien als offizielle Organe auszuscheiden, und präzisierte: *"Das Direktorium der Arditi del Popolo ruft alle politischen Parteien dazu auf, moralisch und materiell zur Entwicklung der Vereinigung der Arditi del Popolo beizutragen. Zugleich fordert es alle seine Mitglieder auf, innerhalb der Arditi del Popolo keine politischen Gruppierungen zu schaffen, weil die militärische Disziplin dadurch geschwächt würde."* Wir möchten festhalten, daß wir nichts dagegen einzuwenden hatten noch jemals haben werden, daß eine militärische Organisation unterschiedliche Zielsetzungen nicht dulden kann. Gerade deswegen aber mußte man den Beitritt der Kommunistischen Partei oder, schlimmer noch, die Unterordnung ihrer militärischen Organisation unter die Führung des *"Direktoriums"* der Arditi del Popolo ganz klar ausschließen! Wenige Monate, nachdem die Bewegung ins Leben gerufen worden war, führten ihre heterogene politische und soziale Zusammensetzung sowie ihre eigenen individualistisch-heroischen Ursprünge dazu, daß sich sowohl die Spitze als auch die Basis der Arditi gegen die vom autoritären Secondari gewünschte straffe Zentralisation auflehnten. Die nationale Führung der Bewegung ging in die Hände des Abgeordneten Mingrino (Mitglied derselben Sozialistischen Partei, die den Friedenspakt unterzeichnet hatte) und eines Republikaners über. Dies bedeutete für die Arditi aber zugleich den Anfang vom Ende einer national und zentral organisierten Bewegung. Es blieb bald nur noch ein ziemlich loses Netz von lokalen, in jeder, vor allem in politischer Hinsicht unterschiedlichen Gruppen bestehen. Oft erwiesen sich diese Gruppen, insofern sie auf proletarischer Grundlage entstanden, trotz ihrer Bezeichnung als Arditi als sehr kämpferisch und sogar heroisch wie zum Beispiel in Parma. Fast immer arbeiteten sie mit den kommu-

nistischen Militäreinheiten zusammen, und mehr als einmal gingen sie in deren Reihen über. Diese Gruppen selbst wurden aber durch keine einheitliche Linie und durch keine zentrale Disziplin mehr zusammengehalten, während aufgrund eines genau umgekehrt verlaufenden Prozesses - der ausgesprochen politischer Natur war - die militärische Organisation der KP Italiens sich immer mehr festigte. Sie wurde immer homogener und zentralisierter, entsprach einheitlichen Richtlinien und zeigte trotz ihres notwendigerweise embryonalen Charakters eine außerordentliche Widerstandsfähigkeit: Desertionen kamen kaum vor; die Infiltration von Spitzeln oder Provokateuren war fast gleich Null; trotz einiger lokaler Verhaftungen wurde das gesamte zentrale Geheimnetz nicht angetastet; die kommunistischen Kampftrupps waren ausgesprochen mobil, und der gesamte Organismus zeigte eine hohe Vitalität. Alles dies bietet - wenn das überhaupt noch nötig wäre - einen weiteren Beweis für die Richtigkeit einer Methode oder - um einmal den "skandalösen" Titel einer damals von der Partei veröffentlichten Artikelserie, in der unsere Taktik illustriert wurde, zu benutzen - den "Wert der Isolierung", die nichts anderes bedeutete und bedeutet als die Aussonderung der negativen und kranken Elemente aus dem gesunden Körper der proletarischen Partei.

Es besteht kein Zweifel, daß am Anfang, als die faschistische Offensive wieder in großem Stil aufgenommen wurde und die Sozialistische Partei sich auf das schändliche Manöver des Friedenspaktes einließ, die Bewegung der Arditi del Popolo auch in den Reihen der Arbeiterklasse Sympathien erweckte. Selbst in der jungen Kommunistischen Partei Italiens fehlte es nicht an Sektionen, die - beeindruckt von jenem ersten Beispiel einer in aller Öffentlichkeit betriebenen "bewaffneten Verteidigung" und militärischen Organisation - es für richtig hielten, sich den Arditi anzunähern oder ihnen sogar ihre Unterstützung und Solidarität anzubieten. In den Erklärungen der Kommunistischen Partei, die wir bereits im ersten Teil dieser Artikelreihe abgedruckt haben, wurde diese Tatsache schon angedeutet. Die Zentrale der KP ließ diesen ersten Erklärungen eine weitere, ausgesprochen klare folgen, die am 7. Juli auf der ersten Seite von "Il Comunista" unter dem folgenden Titel veröffentlicht wurde:

"DIE POLITIK DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI STEUERT GERADLINIG UND KLAR AUF IHR ZIEL ZU: DIE REVOLUTION"

Die klaren und präzisen Anweisungen, die für den Aufbau der kommunistischen Militärorganisation gegeben wurden, waren keine sportähnliche Stegreifübung, sondern sie entsprechen einer Arbeit, die vor vielen Monaten vor allem in den Reihen der kommunistischen Jugend aufgenommen wurde. Trotz dieser Anweisungen bestehen mehrere Genossen und einige Organisationen der Partei darauf, die Beteiligung der Kommunisten, Jugendliche und Erwachsene, an anderen militärischen Formationen, die wie die 'Arditi del Popolo' auf außerhalb der Partei ergriffene Initiativen zurückgehen, weiterhin vorzuschlagen und in einigen Fällen auch in die Tat umzusetzen oder gar die Initiative zu

ergreifen, lokale Gruppen der 'Arditi del Popolo' zu bilden, anstatt die Arbeit im Sinne der Anweisungen der Zentralorgane aufzunehmen.

Wir rufen alle betreffenden Genossen zur Disziplin auf und bedauern es, daß kommunistische Militanten, die unter allen Umständen einen kühlen Kopf bewahren und Standfestigkeit sowie revolutionäre Entschlossenheit zeigen müssen, sich von romantischen und sentimentalen Betrachtungen leiten lassen, die schwerwiegende Fehler und gefährliche Konsequenzen zur Folge haben können.

Zur Erläuterung dieses entschiedenen Aufrufs zur Disziplin erinnern wir die betreffenden Genossen an die selbstverständlichen kommunistischen Überlegungen, die zu den von uns angenommenen Richtlinien geführt haben, und zwar unabhängig von besonderen Einzelheiten, die den für die landesweite Aktionslinie verantwortlichen Zentralorganen durchaus bekannt sind.

Die militärische Organisation des Proletariats muß, da sie die höchste und schwierigste Organisationsform des Klassenkampfes ist, ein Maximum an Disziplin verwirklichen und auf Parteigrundlage entstehen. Sie muß der politischen Organisation der Klassenpartei strengstens untergeordnet sein. Im Gegensatz dazu ist die Organisation der 'Arditi del Popolo' von Befehlen abhängig, deren Herkunft nicht genau zu ermitteln ist. Ihre nationale Zentrale, die ja besteht, obgleich ihr Ursprung noch schwer festzumachen ist, behauptete in einer Erklärung, über den Parteien zu stehen, und sie forderte die politischen Parteien dazu auf, sich nicht mit der 'militärtechnischen Organisation des arbeitenden Volkes' zu beschäftigen. Diese würde somit der Kontrolle und Führung durch undefinierbare Kräfte anvertraut bleiben und dem Einfluß unserer Partei entzogen werden. Nun setzt sich aber die Kommunistische Partei per definitionem die Organisation und Führung der revolutionären Aktion der Massen zum Ziel. Beides läßt sich auf keinen Fall miteinander vereinbaren.

Außer der Organisations- und Disziplinfrage stellt sich hier auch die Frage nach dem Programm. Obgleich man in dieser Bewegung dazu neigt, den Aufbau der Organisation als wichtiger zu erachten als die Festlegung von Zweck und Ziel (welche Gefahren dies beinhaltet, läßt sich leicht verstehen), nehmen sich die 'Arditi del Popolo', wie es scheint, vor, die proletarische Reaktion auf die faschistischen Ausschreitungen zu organisieren, mit dem Ziel, 'die Ordnung und das normale gesellschaftliche Leben' wiederherzustellen. Das Ziel der Kommunisten ist ein ganz anderes: Sie wollen den proletarischen Kampf bis zum revolutionären Sieg führen; sie verneinen, daß eine normale und friedliche Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens möglich ist, bevor der Klassenkonflikt, der in der heutigen historischen Situation in seine höchste und entscheidende Phase getreten ist, zu einer Lösung kommt; sie stellen sich also auf den Standpunkt des unerbittlichen Gegensatzes zwischen der Diktatur der bürgerlichen Reaktion und der Diktatur der proletarischen Revolution. Dies schließt jede Unterscheidung zwischen Defensiv und Offensiv

der Arbeiter aus und zeigt, wie hinterhältig und defätistisch eine solche Unterscheidung ist, denn die Arbeiter werden nicht nur von der materiellen Gewalt der Faschisten getroffen. Sie bekommen auch alle Folgen zu spüren, die sich aus der extremen Verschärfung eines Ausbeutungs- und Unterdrückungssystems ergeben, für das die Brutalität der schwarzen Banden nur ein Zeichen ist, das sich von allen anderen nicht trennen läßt.

Es dürfte eigentlich nicht nötig sein, diese Betrachtungen, die mehr und mehr von der Praxis bestätigt werden, Kommunisten ins Gedächtnis zu rufen. Auf ihrer Grundlage haben die zentralen Organe der Kommunistischen Partei die Initiative ergriffen, die unabhängige proletarisch-kommunistische Militärorganisation aufzubauen, ohne sich durch das Auftreten anderer Initiativen von dieser Aufgabe abbringen zu lassen. Solange die Aktionen dieser anderen Initiativen in dieselbe Richtung gehen wie die unsrigen, werden sie von uns sicherlich nicht als gegnerisch betrachtet. Ihre scheinbar größere Beliebtheit wird uns jedoch nicht dazu bringen, unsere spezifische Aufgabe fallen zu lassen, die wir gegen eine ganze Reihe von Feinden und falschen Freunden von heute und morgen erfüllen müssen.

Wir können nicht umhin zu bedauern, daß kommunistische Genossen sich mit den Organisatoren der "Arditi del Popolo" in Rom in Verbindung gesetzt haben, um ihnen ihre Hilfe anzubieten und sie um Instruktionen zu bitten. Sollte sich dies wiederholen, so werden strengere Maßnahmen getroffen werden.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei Italiens und das Exekutivkomitee des Kommunistischen Jugendverbands Italiens warnen alle Genossen und die kommunistischen Organisationen, irgend jemandem auch nur das geringste Vertrauen entgegenzubringen, der persönlich oder per Brief vorschlägt, Militärverbände der Arditi del Popolo zu bilden oder auf sie zurückzugreifen, und der dabei behauptet, daß er von den Organen der Kommunistischen Partei dazu beauftragt wurde bzw. daß es Übereinkünfte gibt, die im Gegensatz zu den schon veröffentlichten genauen Anordnungen stehen. Die Genossen erhalten Richtlinien nur über den internen Parteiweg. Alle anderen Wege sind auszuschließen und abzulehnen. Die Exekutivkomitees der Partei und des Jugendverbands"

TAKTISCHES PROBLEM ODER THEORETISCHER LUXUS

Die Kriterien, von denen sich die Zentrale bei der Lösung der schwierigen Frage der Taktik der Klassenpartei (und die Frage der Beziehungen zu anderen politischen und um so mehr noch zu anderen militärischen Formationen ist nur ein Teilaspekt hiervon) leiten ließ, kommen bereits in dieser Erklärung klar zum Vorschein.

Als die Partei in Livorno entstand, hatte sie sich mit der revolutionären und marxistischen Theorie bewaffnet, die durch die russische Revolution und die Bildung der III. Internationale erneut eine mächtige Bestätigung gefunden

hatte. Ihre Kampforganisation, die sich durch ihre engen Bindungen an die Internationale auszeichnete, arbeitete mit großer Zuversicht daran, den Einfluß der Partei innerhalb des Proletariats zu vergrößern. Ihre Ernsthaftigkeit, ihre überlegten Entscheidungen und die grenzenlose Opferbereitschaft aller Militanten mußten sie in den Augen der Proletarier klar von dem traditionellen Bild der alten Partei unterscheiden, in der Oberflächlichkeit, Durcheinander und Karrierismus sich breit gemacht hatten. In einer Situation, deren Entwicklung noch durch diese alten Krankheiten beeinträchtigt war, erschien eine revolutionäre Offensive kurzfristig nicht möglich. Wie aber die Linke 1924 in den "Randbemerkungen" zu ihren Thesen schrieb: "Die Aktion der Partei konnte und mußte sich das Ziel setzen, dem proletarischen Widerstand gegen die Offensive der Bourgeoisie die größtmögliche Wirkungskraft zu geben und durch diesen Widerstand die Kräfte der Arbeiterklasse unter den bestmöglichen Bedingungen um die Fahne der Partei zusammenzufassen, deren Methode allein es erlaubt, den revolutionären Gegenschlag vorzubereiten. Die italienischen Kommunisten haben das Problem folgendermaßen gesehen: Es gilt, ein Höchstmaß an Einheit in der proletarischen Verteidigung gegen den Druck der Offensive der Unternehmer zu entwickeln und gleichzeitig zu vermeiden, daß die Massen sich wieder der Illusion jener scheinbaren Einheit hingeben, die aus einem Gemisch gegensätzlicher Orientierungen besteht und die bereits aufgrund einer schmerzhaften Erfahrung als ohnmächtig entlarvt wurde."

Die zwei Aspekte des Problems bedingten sich gegenseitig. Sie fügten sich nahtlos ein in die marxistische Theorie und mußten dies auch, wenn der Marxismus nicht ein Hirngespinnst ist. Sie waren jedoch nicht nur von theoretischer, sondern auch von ausgesprochen praktischer Bedeutung. In der Tat, was hatte denn die durchaus kämpferische Aktion der proletarischen Massen nach dem Kriege gelähmt, wenn nicht gerade das Zusammenleben verschiedener Tendenzen innerhalb der Partei, die diese Aktionen hätte führen sollen? Und was hatte die Linke der alten Partei gelähmt, wenn nicht die Tatsache, die Bewegung des Proletariats zusammen mit der Rechten und dem Zentrum führen zu müssen? Die Spaltung zwischen Kommunisten und Sozialisten auf internationaler Ebene war nicht das Ergebnis einer "Augenblicks-laune" gewesen, sondern war unter dem Druck einer objektiven Erfahrung entstanden, die man ebenfalls weltweit hatte machen müssen und aufgrund derer Lenin die Revolutionäre tausendmal beschworen hatte, nicht nur mit ihren direkten Feinden - den Reformisten - zu brechen, sondern gerade auch und vor allem mit den falschen "Verwandten" - den betrügerischen und verwirrenden Strömungen des Zentrismus. Die Spaltung war und mußte genauso unwiderruflich bleiben wie die Feststellung, daß die proletarische Klasse nur auf einem einzigen Weg ihrer eigenen Sache wird zum Sieg verhelfen können, nämlich durch die Zerschlagung des heutigen Staatsapparates, auf dessen Trümmern sie einen eigenen diktatorischen Staatsapparat errichten muß. Diese Feststellung wäre sicherlich aber nur von rein theoretischem und "abstraktem" Wert, würde sie nicht gleichzeitig bedeuten, daß "für den Sieg des Proletariats die Partei nötig ist, und zwar nicht nur in der Phase des

höchsten Kampfes, sondern auch in den diesem Kampf vorausgehenden Perioden. Eine Partei, die programmatisch und organisatorisch auf diesen Sieg ausgerichtet ist und die sich zur Hauptkraft entwickelt, die, indem sie in den einzelnen Kampfphasen auf jene endgültige Lösung orientiert, das Proletariat auf die Erfordernisse dieses Kampfes vorbereitet" ("Die Aufgabe unserer Partei" in "Il Comunista" vom 21.3.1922) Jede andere Lösung, die einerseits vorgibt, die "Unabhängigkeit" der Partei aufrechtzuerhalten und zu gewährleisten, sie andererseits aber dadurch gefährdet, daß sie das Einzige, was die Partei "unabhängig" macht, nämlich ihre praktische Opposition zur bürgerlichen Regierung und den mit ihr verbundenen Parteien, fallen läßt und den Massen einen Weg vorgaukelt, der faktisch die primäre Notwendigkeit der Klassengewalt und der nicht allein rhetorischen, sondern praktischen Vorbereitung leugnet; jede andere Lösung stellt den fatalen Teufelskreis, aus dem man mit Hilfe der Spaltung hatte herauskommen können, wieder her, denn sie zerstört die zwei entscheidenden Fundamente der Parteiselbständigkeit: ihr programmatisches Bewußtsein und ihre organisatorische Disziplin. Eine solche Lösung muß sich in der Praxis als schädlich und defätistisch erweisen, auch wenn sie im guten Glauben und mit den besten Absichten verteidigt wird.

Diese Betrachtungen, die zwar praktischer Natur, deshalb aber nicht weniger theoretisch fundiert waren, bestimmten die Haltung der Partei gegenüber den Arditi del Popolo, jener x-ten Verkörperung der falschen und scheinheiligen "Einheit", für die das heldenhafte Proletariat nicht nur in Italien so oft einen blutigen Preis zahlen müssen. Sowohl was ihre Ursprünge und Ziele, als auch was ihre soziale Zusammensetzung und ihre vielfachen Verbindungen zu den Kräften der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft anging, entstand die Bewegung der Arditi del Popolo mit einem zweideutigen, heterogenen und unzuverlässigen Charakter. Das größte Mißtrauen und die größte Vorsicht waren daher berechtigt, zumal es sich um eine militärische, illegale und zentralisierte Organisation handelte, deren Führung und zentrale Aktionsanweisungen geheim waren. Hinzu kam, daß sie mit einem Programm der *Wiederherstellung der Ordnung* entstand. Ein solches Programm steht in diametralem Gegensatz zum Programm der kommunistischen Partei, das, auch wenn sie es nicht unmittelbar verwirklichen kann, ihre Aktion und Bewegung in jeder Hinsicht bedingt. Die Arditi del Popolo entstanden auch mit einer Organisation, die ihren programmatischen Zielen entsprach, d.h. sie stellten den Anspruch, der für eine militärische Organisation durchaus berechtigt ist, eine zentrale und einzige Disziplin ohne organisatorische und programmatische Einmischungen an der Spitze oder an der Basis ihres hierarchischen Netzes durchzusetzen. Sich ihnen anzuschließen und sich ihrer Disziplin zu unterordnen, hätte die Bedeutung gehabt, nicht nur auf die Endziele, sondern auch auf die unmittelbaren Ziele der eigenen Organisation zu verzichten. Eine gemischte Zentrale, die übrigens die Arditi del Popolo selbst erklärtermaßen ausschlossen, konnte man nicht errichten. Sie hätte die Kontrolle und die Führung militärischer Bewegungen, darunter auch der kommunistischen, unter sich vereint

und damit jene Situation der Lähmung wiederhergestellt, die die Spaltung notwendig, unauf-schiebbar und unwiderruflich gemacht hatte. Dies hätte bedeutet, auf die beschworene "Unabhängigkeit" nicht nur auf der organisatorischen, sondern auch auf der lebenswichtigen programmatischen Ebene zu verzichten. Die Partei, die selbst in der Defensive, selbst in der geschichtlich bedingten zeitweiligen Niederlage das *einzigmögliche Organ* der proletarischen Revolution und der revolutionären Vorbereitung ist, wäre nicht mehr als solche vor den Massen aufgetreten, sondern wie eine der vielen Parteien, die in Worten revolutionär sind, sich faktisch aber als gradualistisch, reformistisch, demokratisch, als *Verteidiger der Ordnung* erweisen.

Mit einem Wort, man hätte die ganze Arbeit gefährdet, die seit Livorno und schon vor Livorno geleistet worden war, um sich und damit auch die Massen von der Verschwommenheit, der Verwirrung und dem Marasmus loszureißen, um sich einen klaren, entschlossenen, unverwechselbaren Weg zu zeichnen.

Heute jammert die KPI über die verpaßte "Einheit" mit der Bewegung der Arditi del Popolo, die im übrigen nach Ablauf weniger Monate entweder in der Lähmung oder in der Atomisierung endete, was im Grunde dasselbe ist. Dies ist verständlich, denn die KPI ist nicht mehr auf den Pol der Revolution ausgerichtet, sondern auf den entgegengesetzten Pol der Demokratie. Rückblickend träumt sie von einer Vorwegnahme des "Nationalen Befreiungskomitees" (20), dem sich die Partei, nicht mehr als Partei der Revolution, sondern als Partei der *Konservation*, unterworfen hätte. Das ist logisch. Ebenso logisch ist es aber, daß die Partei, die gerade einen solchen Entwicklungsweg und dessen Verfechtern einen Kampf bis auf's Messer erklärt hatte, sich nicht in diesen Sumpf begeben konnte und begeben wollte. *Nichts* hinderte uns daran, zusammen mit den Arditi del Popolo auf der Straße zu kämpfen. Aber alles verbot uns, unsere disziplinierte Organisation - diese andere Seite unserer programmatischen und taktischen Unabhängigkeit - den Befehlen einer nicht nur fremden, sondern in ihren Zielsetzungen und daher auch in ihrer Taktik entgegengesetzten Organisation zu überlassen. In der Tat: Was würden die Arditi del Popolo tun, nachdem sie ihr Ziel, nämlich die "Wiederherstellung der Ordnung" (das Programm Nittis und der Sozialisten) erreicht hätten? Sie würden ihre Waffen gegen uns, die geschworenen Feinde dieser Ordnung, richten. Und selbst vorher schon, denn wir erkennen keine Grenzen zwischen Defensive und Offensive, Legalität und Illegalität, "erlaubten" und "unerlaubten" Mitteln, illegalen Schlägertrupps der Bourgeoisie und deren höchst legalen Staatsorganen an und würden den Rahmen ihrer Aktion daher sprengen müssen und uns zwar bei ungünstigen Kräfteverhältnissen zurückziehen, allerdings nur - wie wir es immer erklärt haben - um in einem günstigen Augenblick wieder zum Angriff überzugehen.

Es gibt aber eine noch wichtigere Frage: Was wäre aus uns selbst geworden, wenn wir den Weg des Opportunismus eingeschlagen hätten, um die Einheit mit den Arditi del Popolo herzustellen? Man muß dabei bedenken, daß die Par-

tei keine bloße Maschine ist. Sie ist zugleich Produkt und Faktor der historischen Entwicklung. Eine falsche Taktik kann daher einen ungünstigen Einfluß auf ihren Inhalt und auf ihre programmatische Orientierung haben. Die Herren der heutigen KPI werden antworten, die Augen zum Himmel emporgerichtet, daß aus uns, hätte Gott uns beigestanden, schon damals das geworden wäre, was sie heute sind: eingefleischte Demokraten, leidenschaftliche Patrioten, christlich gesinnte Typen, die Tränen vergießen vor dem Bild Johannes XXIII. Aber diese Antwort ist der beste Beweis dafür, daß wir Recht hatten!

Der Kampf der Linken gegen die "Einheit um jeden Preis" hatte 1913 begonnen. Er wurde bis 1919 und 1920 fortgesetzt und war 1921 nach wie vor aktuell, wie man dem bereits erwähnten Artikel "Der Wert der Isolierung" entnehmen kann, in dem wir die tausend Strömungen, die auf der politischen Bühne mit mehr oder weniger "linken" Programmen und Parolen wetteiferten, untersuchten und u.a. schrieben:

"DER WERT DER ISOLIERUNG"

Wir denken, daß unsere Taktik auf folgendem Kriterium beruhen soll: Kein Organisationsabkommen, d.h. keine Einheitsfront mit jenen Elementen, die sich NICHT den bewaffneten revolutionären Kampf des Proletariats gegen den bestehenden Staat zum Ziel setzen, die diesen Kampf nicht als eine Offensive, eine revolutionäre Initiative zur Abschaffung der Parlamentarischen Demokratie und des Exekutivapparates dieses Staates verstehen, die das Ziel der Errichtung der politischen Diktatur des Proletariats, deren revolutionäres Gesetz alle Gegner der Revolution für vogelfrei erklären wird, nicht teilen.

Der Ursprung dieser wesentlichen Grundlagen eines taktischen Abkommens liegt nicht etwa darin, daß wir einen abstrakten Geschmack daran finden würden zu sagen: "Bei der praktischen Vorbereitung der Revolution werden wir nur mit den Leuten zusammenarbeiten, die unsere kommunistischen theoretischen Auffassungen im wesentlichen teilen". Nein, es handelt sich um keinen theoretischen Luxus, wenn auch die Überlegungen, die zu diesem Kriterium führen, erneut bestätigen, welch großartige Anleitung zum Handeln unsere marxistische Theorie ist. Es handelt sich in Wirklichkeit darum, die praktischen Lehren aus der Erfahrung RICHTIG anzuwenden.

Selbst wenn es den Kommunisten gelingen sollte, Seite an Seite mit anderen politischen Bewegungen den Faschismus durch eine mit anderen Elementen vereinbarte Aktion der "proletarischen Verteidigung" in Schach zu halten: Dieses Ziel einmal erreicht, würden wir die Schwächung des Feindes ausnutzen, um weiter in Richtung auf die Zerschlagung der bürgerlichen Macht zu gehen. Als Vertreter der Wiederherstellung des normalen Lebens würden unsere Verbündeten von gestern in uns logischerweise die Unruhestifter sehen. Sie würden zu unseren schlimmsten Feinden werden. Man könnte folgendes einwenden: Da wir bis dahin ihre Kräfte benutzt und zugleich unsere Propaganda unter den Massen gemacht haben, so würde es jetzt möglich sein, sie zu verdrängen und die Zügel allein

und direkt in die Hand zu nehmen, um eine spezifisch kommunistische Aktion weiterzuführen. Solche Gedanken zeugen von einer literarischen und theatralischen Auffassung der Revolution. Es wird nicht verstanden, daß der Erfolg der Revolution vor allem eine organisatorische Vorbereitung der für sie kämpfenden Kräfte voraussetzt. Um eine Katastrophe zu vermeiden, muß diese Vorbereitung in der letzten Phase den technischen Charakter einer disziplinierten militärischen Organisation annehmen. Solange man den Kampf mit Reden, Tagesordnungen und politischen Erklärungen führt, kann man ohne Schwierigkeit die Taktik ändern. Vom organisatorischen Standpunkt aus ist aber der Frontwechsel unmöglich. Die politische Spaltung ist eine Wirklichkeit und eine historische Notwendigkeit. ABER DIE SPALTUNG EINER KÄMPFENDEN ARMEE FÜHRT UNWEIGERLICH ZUM RUIN. SIE HINTERLÄSST KEINE ZWEI ARMEEEN, SONDERN ÜBERHAUPT KEINE ARMEE, weil die militärische Organisation mit der hierarchischen Einheit der Verbindungen und des Kommandos steht und fällt. Ebenso wenig lassen sich die ihr angeschlossenen Unterstützungsbereiche spalten. Jener Teil der in gegnerische Lager geteilten Armee, der zum zwar geschlagenen, aber entschlossenen Feind überliefe, würde dort einen sicheren Stützpunkt und Aktionsraum finden. Der andere Teil, der allein zu handeln hätte, würde ohne jegliche organisatorische Festigkeit, ohne ein funktionsfähiges Organisationsnetz und somit kampfunfähig zurückbleiben.

Deshalb sind wir gegen die Verteidigungsabkommen, zumal wenn es sich darum handelt, der Reaktion mit Gewaltaktionen und nicht mit liberalen Jeremiaden entgegenzutreten. Mit Jeremiaden erreicht man überhaupt nichts, und im Falle von solchen Abkommen entfernt man sich vom Weg der revolutionären Vorbereitung.

Diese rein taktischen Überlegungen führen zu dem erwähnten Kriterium, keine Abkommen mit Leuten zu schließen, die eine offensive proletarische Aktion gegen das Regime und den Staat grundsätzlich ausschließen und lediglich bereit sind, einer defensiven Aktion gegen das, was sie verschwommen "Ausschreitungen" der Bourgeoisie nennen, zuzustimmen. Die einzige Ausschreitung der Bourgeoisie besteht heute darin, daß sie an der Macht ist. Und solange das demokratisch-parlamentarische System besteht, wird sie an der Macht bleiben. Ein Beispiel für diese pseudorevolutionären Verbündeten kann in diesem Zusammenhang genannt werden: Leutnant Secondari und Abgeordneter Mingrino. Beide sprechen von bewaffneter Organisation, um die gesellschaftliche Ordnung wiederherzustellen und dann nach Hause zu gehen. Hierin erblicken wir einen Defätismus, der vielleicht noch schlimmer ist als derjenige der Sozialdemokraten mit ihrer Losung der Befriedung durch Kapitulation und durch Ablehnung der defensiven wie offensiven bewaffneten Aktion der Massen. IN DER SCHRECKLICHEN HEUTIGEN LAGE KANN MAN IN WIRKLICHKEIT KEINEN TRENNUNGSSTRICH ZWISCHEN KLASSENVERTEIDIGUNG UND -ANGRIFF ZIEHEN. Gerade deshalb - und hierfür ist der Faschismus ein ausgezeichnete Lehrmeister - ist der Klassenkampf

heute zu einem wahrhaftigen Krieg geworden. Und wie jeder Militärexperte bestätigen kann, ist es im Krieg so, daß man sich verteidigt, indem man angreift, und daß man angreift, indem man sich verteidigt. Würde ein General oder Soldat sagen, die Armee müsse sich nur verteidigen und dürfe niemals zum Angriff übergehen, so würde er wegen Defätismus 'im Hinblick auf die Verteidigung selbst' erschossen werden...

Abschließend sagen wir: Zahlreiche Erfahrungen dieser komplizierten politischen Phase in Italien liefern uns die Bestätigung, daß es richtig ist, die Frage der revolutionären Vorbereitung folgendermaßen zu stellen: **DIE KRÄFTE, DIE DARAUF ABZIELEN, DEN STAAT AUF EINE NEUE GRUNDLAGE ZU STELLEN, MÜSSEN AUCH MILITÄRISCH ZUSAMMENGEFASST UND ORGANISIERT WERDEN, ABER NUR WENN SIE DIESES ZIEL IM SINNE EINES GEGENSATZES ZWISCHEN ZWEI GESCHICHTLICHEN LÖSUNGEN VERSTEHEN, NÄMLICH ENTWEDER EFHALTUNG DES ZUGLEICH DEMOKRATISCHEN UND FAKTIONÄREN BÜRGERLICHEN STAATES ODER BILDUNG DES PROLETARISCHEN STAATES ALS EINER KLASSENDIKTATUR.**

Die unzähligen Grüppchen, die auf schädliche Weise die revolutionäre Verworrenheit unserer Tage vermehren, werben für andere Lösungen, die sich in zwei große Gruppen einteilen lassen: Bei der einen handelt es sich um Betrug, bei der anderen um Irrtum. Den politischen Organisationen, die sich der zweiten Gruppe zuordnen lassen, bringen wir verständlicherweise eine größere Sympathie entgegen, und sie stehen uns auch näher als diejenigen der ersten Gruppe. Wir dürfen uns aber an keine dieser Organisationen durch Organisationsabkommen zur revolutionären Vorbereitung binden.

So zeichnet sich das ab, was in unserer Sichtweise heute die spezifische Aufgabe der kommunistischen Partei ist. Unzählige "revolutionäre" Strömungen bieten ihre Programme und Methoden feil, zeugen durch ihre "Kreuzung" merkwürdige Nachfolgeorganisationen, vermischen sich alle in "Einheitsfronten", was alles bei Gruppen von Proletariern Anklang findet. Geistig wie praktisch muß die kommunistische Partei mitten in diesem Chaos als Faktor der Orientierung, des Zurechtbiegens und der festen Kontinuität handeln.

Mögen andere glauben, einen kürzeren Weg zu kennen. Doch ist der Weg, der leichter scheint, nicht immer der kürzere, und man macht sich nicht um die Revolution verdient, nur weil man es "eilig" hat, sie zu "machen"; dies ist entschieden zu wenig."

DER MONAT DER SCHMACH

Der Monat August war für die sozialistische Partei der Monat der großen Schmach. Die Geschichte hat ein Gefallen daran, aus Dramen Komödien zu machen. Bonomi, der Großvater der "neuen Wege zum Sozialismus" war 1912 wegen seiner Unterstützung des Libyen-Krieges von der "unnachgiebigen" revolutionären Fraktion Mussolinis und Baccis aus der Partei ausgeschlossen worden. 1914 wurde Mussolini

von Bacci ausgeschlossen, weil er Bonomis Verrat auf erweiterter Stufenleiter wiederholt hatte. Nun waren Bonomi und Mussolini durch eine logische Entwicklung zu den Führern der legalen bzw. illegalen Schutzmacht der Bourgeoisie geworden, und Giovanni Bacci drückte Mussolini die Hand im Namen der Entwaffnung des Klassenkampfes und rief niemand anders als Bonomi dazu auf, die Rolle des unparteiischen Beschützers des Friedenspaktes, dieses wahren Judaspaktes, zu übernehmen. Selbst wenn sie zu verschiedenen Zeitpunkten vom Weg der Revolution abgehen, so werden alle Renegaten früher oder später im selben Boot sitzen. Vierundzwanzig Jahre später sollten zwei ehemalige Protagonisten des Friedenspaktes, Bonomi und De Nicola, wieder zusammen an der Spitze der "erneuerten Demokratie" zu finden sein, während Nenni den Posten Baccis übernehmen und - als Gipfel der Schmach - das Trio sich durch die Teilnahme Togliattis in ein Quartett verwandeln sollte. Zufall? Unvorhersehbares? Nein, objektive Bestimmung. Die Sozialisten hatten durch ihre beredten Taten bewiesen, der Sache der Revolution für immer den Rücken gekehrt zu haben. Die Linke brauchte daher keine geheimnisvolle prophetische Gabe zu besitzen, sondern nur die marxistische Dialektik richtig anzuwenden, um schon früh vorherzusagen, daß man durch taktische Nachgiebigkeit, um die Sozialisten wieder für die Sache der Revolution zu gewinnen, schließlich alles, an erster Stelle das Programm verlieren würde, ja, daß man dadurch noch tiefer als die Sozialisten selbst hinabsinken würde.

Welche Bedeutung hatte in Wirklichkeit die Unterzeichnung des Friedenspaktes für eine objektive Einschätzung der Natur der Sozialistischen Partei? Die Bedeutung, daß diese Partei, die, nachdem sie aus der Kommunistischen Internationale ausgeschlossen worden war, nunmehr versuchte - und sei es durch die Hintertür - wieder aufgenommen zu werden, ihre eigenen programmatischen Erklärungen mit Füßen trat und die grundlegenden Thesen der Internationale leugnete. Die Bedeutung, daß diese Partei in der Entfesselung von Gewalt nicht die materielle Äußerung des infolge des Krieges und der Nachkriegskrise zur äußersten Verschärfung gebrachten Zusammenstoßes zwischen den Klassen sah, sondern etwas, was von einzelnen Individuen zufällig und "privat" erzeugt wurde. Die Bedeutung, daß sie einen Klassenfrieden zwischen Arbeit und Kapital nicht nur für möglich, sondern auch für wünschenswert hielt und daß für sie der Staat ein über den Klassen stehendes Wesen, ein neutraler Schiedsrichter in den Kämpfen zwischen den Parteien der verschiedenen Klassen, das Instrument zur Durchsetzung des Friedens war. Kurzum, Bacci stellte sich 1921 auf denselben Boden, auf dem Bonomi seit 1912 stand. Es stimmt zwar (und hier liegt das große Mißverständnis), daß er nach wie vor eine "parlamentarische Unnachgiebigkeit" praktizierte und, soweit diese Unnachgiebigkeit reichte, gegen die Regierung und vor allem gegen die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung stimmte. Er machte sich aber die *Nachgiebigkeit gegenüber dem Staat* zu eigen und praktizierte sie, und das ist viel schlimmer als die Nachgiebigkeit eines Turati oder

D'Aragona gegenüber einem Kabinett. Von dieser Partei zu verlangen - wie es die Kommunistische Interantionale in jenen Tagen in Moskau gegen die Meinung der KP Italiens tat -, daß sie die Rechten ausschließen sollte, um nach dieser "Säuberung" mit der Partei von Livorno vereinigt und wieder völlig rechtens in die Weltorganisation des revolutionären Proletariats aufgenommen zu werden, hätte die Bedeutung gehabt, daß man zum Preis der Erfüllung einer völlig formalen Aufnahmebedingung der Kommunistischen Internationale alle anderen und zuallererst die inhaltlichen Bedingungen verletzen konnte. Zum Zeitpunkt des Kongresses von Livorno hätte der Bruch mit der Rechten noch - wie man sich ausdrückte - eine Art "Thermometer" für den aufrichtigen Beitritt zur III. Internationale darstellen können. Dies war sechs Monate später aber nicht mehr möglich, denn die PSI hatte in der Zwischenzeit zwar nicht mit Worten, aber mit Taten bewiesen, daß sie sich auf demselben Boden wie die Rechte bewegte, was noch dadurch verschlimmert wurde, daß sie ihre Preisgabe des ABC des Kommunismus, die Ablehnung der Klassengewalt und die Übernahme des Prinzips der Klassenverwöhnung unter der Ägide von Vater Staat mit den Phrasen der "parlamentarischen Unnachgiebigkeit" verschleierte.

KEIN BURGRIEDEN

Der Friedenspakt war in der Tat mehr als eine bloße Verpflichtung zur Entwaffnung der proletarischen Kräfte. Er war die Verpflichtung, das Proletariat der Repressionsgewalt des Staatsapparates auszuliefern, einer Gewalt, die, weil sie vom Staat ausging, für "legitim" gehalten wurde. Er bedeutete nicht allein: Wir geben die Waffen ab! Er bedeutete: Staat, wache mit deinen Waffen, daß niemand sonst zu den Waffen greift! Und da eine einzige Partei, die Kommunistische Partei, die Einladung zum Burgfrieden zurückweist, ist es deine Pflicht, lieber Vater Staat, sie dazu zu zwingen, ihn einzuhalten! Dies hat Bonomi flugs begriffen. Sofort nach Unterzeichnung des Schmachpaktes schickte er an die Präfekte ein berühmtes Rundschreiben zur "Klärung" und "Ermahnung": "Sie müssen berücksichtigen, daß die Tatsache, sich an dem Pakt nicht beteiligt zu haben oder sich ihm lokal nicht beugen zu wollen, die Bürger nicht von der Einhaltung des Gesetzes entbindet, sondern dazu noch mehr verpflichtet. Das Gesetz kann und darf nicht verletzt werden."

Wenn aber die PSI, Mussolini und Bonomi (und selbst die Arditi del Popolo, die sich danach sehnten, mit Gewalt die Herrschaft der ... Gewaltlosigkeit wiederherzustellen) glaubten, daß die Kommunistische Partei Italiens deshalb die Waffen strecken oder das Recht, nicht verboten zu werden, erleben würde, so hatten sie sich nicht schlecht getäuscht! Die KP hatte eine solche Gruppierung der gegnerischen Kräfte vorausgesehen oder sogar gewünscht, weil dies zu einer Klärung innerhalb des Proletariats und zur Kristallisierung der besten Kräfte der Arbeiterklasse unter ihrem Banner beitragen mußte. Sie hatte nie gemeint, ihr Weg würde bequem sein, sondern von Anbeginn gewußt, daß er

hart sein würde. Was die Sozialisten angeht, so hatte die Kommunistische Partei nicht erst den 7. August 1921 abgewartet, um ihnen ins Gesicht zu sagen, daß die wirklich große Lehre aus den sozialen Kämpfen der letzten Jahre in Italien lautete: "Du darfst zwischen deinen Gegnern keine Unterscheidung machen, du darfst den Renegaten nicht vergeben!" Sie wußte von vornherein, daß sie sich auf dem Weg des revolutionären Kampfes allein befinden würde. Sie wußte, daß das Risiko mit sich brachte, aber sie wußte auch, daß die Tatsache, daß sie sich vom Opportunismus abkapselte, ihr die Möglichkeit eröffnete, die Arbeiter, die noch Mitglieder der PSI waren, an ihre disziplinierte Organisation, ihre unverwechselbaren Richtlinien, ihr offenes und nie verwässertes Programm zu ziehen. Sie hatte vom Staat niemals eine Straflosigkeit erwartet, die dieser ihr niemals gewähren würde. Sie hatte die Herausforderung angenommen und würde sie nicht zurückweisen. Als Antwort auf das erwähnte Rundschreiben schrieb das Zentralorgan der Partei am 14. August 1921:

"DAS RUNDSCHREIBEN BONOMI: DIE SOZIALISTEN SIND BEDIENT!"

"Eine revolutionäre Partei, die weiß, was sie will, die weiß, wo ihr Ziel liegt, und auf dieses Ziel lossteuert; die zentralisiert und diszipliniert ist, die nicht nach dem Prinzip der Freiheit ihrer Mitglieder handelt, sondern die Verantwortung für die Handlungen, die ihre Zentrale durchführt oder durchführen läßt, auf sich nimmt; eine solche Partei MUSS man fürchten, eine solche Partei MÜSSEN die Revolutionäre der Phrase verlassen, sie MUSS den Gegnern verhasst sein, der Staat MUSS sie verbieten."

Das alles ist natürlich. Das Proletariat sieht, wie dieselben Leute, die gestern noch erklärten, daß die Revolution unvermeidlich ist und man den Staat nur mit Gewalt zerschlagen kann, heute über die Revolution, die sie als "Traum von Verirrten und Verrückten" bezeichnen, lachen und Haarspaltereien in der Frage der Gewalt betreiben, weil sie befürchten, daß die Gewalt die Gewalt des Gegners hervorruft. Das wirklich revolutionäre, bewußte und vorbereitete Proletariat kann daher nicht umhin, diese falschen Führer zu verdammen und zu verlassen. Dieser Klärungsprozeß geht langsam in den Massen vor sich, er läßt sich nicht improvisieren, ist aber unvermeidlich. Wir müssen ihn BEGÜNSTIGEN UND BESCHLEUNIGEN, denn durch ihn kommt die Richtigkeit unserer Kritik an der Sozialdemokratie zum Ausdruck. Wir rechnen mit dieser langsamen Differenzierung - nicht aus politischer Spekulation, sondern weil wir breite Schichten des Proletariats an uns binden wollen. Welches Schicksal die Aktionen der Regierung und die Reaktionen der Staatsorgane uns auch vorbehalten mögen, dieser Prozeß wird sich vollziehen. Mehr noch, der Schaden, der unseren Militanten und Organisationen zugefügt wird, wird das vom Kapitalismus unterdrückte und von der idiotischen Politik der Emanzipation durch Reformen betrogene Proletariat umso schneller von seiner ängst-

lichen Mentalität losreißen.

Wenn die Sozialisten die Staatsmacht und die königliche Garde gegen uns richten wollten, dann haben sie ihr Ziel vollkommen erreicht. Wenn sie aber meinten und nach wie vor meinen, uns mit Musketen oder Verhaftungen zu zerschlagen, dann haben sie sich kolossal geirrt.

Die Kommunistische Partei ist nicht zu zerschlagen. Die Regierung und die Sozialisten werden sehen, wie die Reaktion gegen unsere Partei einen Widerstand hervorrufen wird, für den es im italienischen politischen Leben der letzten fünfzig Jahre kein Beispiel gibt."

Die Kommunisten waren also nicht zufällig dem schändlichen Friedensschacher zwischen den Parteien ferngeblieben. Darin lag eine Lebensbedingung, welches die praktischen Folgen in der nächsten Zukunft und wie groß der unmittelbare Popularitätsverlust auch sein mochten. Es war kein Schritt rückwärts, kein Faktor der Schwächung, sondern ein Faktor der Stärkung und damit ein Schritt vorwärts in der Festigung der Partei als einziger Führung des revolutionären Proletariats in der Verteidigung wie im Angriff. Hatte die große Stärke der Bolschewiki nicht darin gelegen, daß sie fähig waren, allein zu bleiben, um sich nicht durch die falschen Freunde, die objektiv im Dienste des Feindes standen, lähmen zu lassen? Stolz schrieb das Parteiorgan am 14. August 1921 als Kommentar zu den Friedensaufrufen, welche die verschiedenen Parteien zur weiteren Bekräftigung des Friedenspaktes machten:

"DER ABWESENDE

Hinter dem Appell an die Massen oder an die Behörden steckt folgender Gedanke: der in Rom unterzeichnete Pakt verpflichtet die Parteien zum Frieden und zur Entwaffnung. Hier liegt der 'Fehler'. Wir bedauern es für Herrn Bonomi und seine Präfekten, aber wenn wir uns nicht nach Rom begeben haben, so nicht, um uns die Unannehmlichkeit oder die Ausgaben zu sparen, sondern weil wir wissen, daß die Klassen weder heute noch morgen noch jemals sich versöhnen und in Frieden leben können und daß DIE ILLUSION EINES WAFFENSTILLSTANDS IM KLASSENKAMPF DER POLITISCHEN PARTEI DER ARBEITERKLASSE DAS RECHT ENTZIEHT, DAS PROLETARIAT IN DIE REVOLUTION ZU FÜHREN.

Wir sind nicht gekommen, weil die Prinzipien und die Taktik der Kommunisten keinen Waffenstillstand und keine Milderung im Klassenkampf zulassen, weil wir die Gesamtheit der politischen und ökonomischen Bestrebungen der Arbeiterklasse von einem geschichtlichen Standpunkt aus einschätzen müssen, selbst wenn wir uns dadurch zeitweilig unbeliebt machen. Es ist natürlich, daß der Staat eine Kampagne wie diese, die die Sozialisten für die Wiederherstellung der Legalität, für die Rückkehr zur Ordnung und die Einhaltung des Gesetzes führen, mit Sympathie erblickt. Wir aber, die wir gegen das Gesetz sind und wissen, daß unter der bürgerlichen Herrschaft die normale Ordnung die Festi-

gung der Autorität der herrschenden Klasse zum Schaden der proletarischen Errungenschaften und der revolutionären Vorbereitung des Proletariats bedeutet, wir müssen aus der bürgerlichen Gesellschaft verbannt werden, denn wir sind ihre Feinde, wir sind Feinde ihrer Organe und Komplizen...

Der Vorsitzende des Ministerrats hat uns mit seinem jüngsten Zirkular einen sehr guten Dienst erwiesen. Er zeigt nämlich, auf welche Weise man den Abwesenden schlagen soll, nachdem die "Befrieder" das Dokument unterzeichnet haben.

Aber der Anwesende erklärt den Sozialisten und Faschisten, der Regierung und allen Parteien der Bourgeoisie:

SOWOHL GEGENÜBER DER BÜRGERLICHEN KLASSE ALS AUCH GEGENÜBER DEN SOZIALVERRÄTERN BLEIBEN DAS KOMMUNISTISCHE PROGRAMM UND DIE TAKTIK DER KOMMUNISTEN UNVERÄNDERT;

DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI SETZT IHRE PROPAGANDA FÜR DIE REVOLUTIONÄRE VORBEREITUNG UND DIE ORGANISATION DES PROLETARIATS LEGAL UND ILLEGAL FORT;

DIE AKTION DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI SETZT SICH DEN STURZ DES BÜRGERLICHEN STAATES DURCH EINEN AUFSTAND DER ARBEITERKLASSE ZUM ZIEL.

Es ist nicht erwiesen, daß die Beseitigung der kommunistischen Führer die Zukunft der Revolution ernsthaft gefährdet. Mögen Sozialisten und Regierung, Faschisten und Polizei soviel tun, wie es ihnen beliebt, um uns der Propaganda- und Aktionsfreiheit zu berauben. Sie haben das Recht und von ihrem Standpunkt aus sogar die Pflicht dazu. Es wäre verwunderlich, wenn sie einer Partei die Freiheit ließen, unbestraft gegen das Leben des bürgerlichen Staates zu handeln. Aber wir erklären sehr deutlich den gestrigen und heutigen Verrätern der Arbeiterklasse, den Bonomi, Mussolini und Bacci, daß wir auf ihre Idiotie und auf ihre Strafverfolgungen entschieden pfeifen.

Wir pfeifen auf die Gesetze, die sie zur Geltung bringen wollen und auf die Gesetze, die sie ausarbeiten. WIR SIND GEGEN IHR GESETZ. Deshalb blieben wir ihrem schwächlichen Schacher fern. Deshalb bleiben wir allein, wenige, aber stark, sehr stark, unbesiegbar. Denn wir wollen nicht den Waffenstillstand der Besiegten, und wir verlangen keinen Waffenstillstand von Feiglingen.

So spricht der Abwesende, und er erwartet, daß die sozialdemokratischen Spitzel ihn dem Söldner und der Polizei anzeigen."

KAMPF AN ALLEN FRONTEN

Eshandelte sich dabei nicht um Worte, die man leichtfertig von sich gibt, um Effekthascherei. Derselbe Monat August, der für die anderen (natürlich nicht für die Faschisten,

aber für die Sozialisten) der Monat der Entwaffnung sein sollte und auch wurde, bedeutete für die KP Italiens nicht den Beginn, sondern die beschleunigte Entfaltung der Aktivität und Mobilisierung auf allen Gebieten, eine Phase der wahrhaftigen *Offensive* gegen den friedfertigen Pazifismus der Versöhner sowie der politischen und militärischen Organisation der proletarischen Kräfte gegen die feindliche Gewalt. Von bürgerlicher Seite wurde die faschistische Offensive (von der staatlichen ganz zu schweigen) durch eine Offensive der Arbeitgeber gegen die Löhne, die Tarifverträge, die Arbeitszeit und selbstverständlich die Organisationen der ökonomischen Verteidigung begleitet. Von kommunistischer Seite ging die zentralisierte Aktivität für die militärische Parteiorganisation mit einem entschlossenen Kampf für die gewerkschaftliche Einheitsfront einher. Die Arbeiter aller politischen Gesinnungen wurden dazu aufgerufen, der Arbeitgeberfront eine einheitliche und entschlossene Front für die Verteidigung von Brot und Arbeit entgegenzustellen und, ob die "Führer" es nun wollten oder nicht, die Arbeitskammern und die Gewerkschaftssitze immer mehr in Festungen der Abwehr und wenn möglich des Gegenangriffs gegen die entfesselte Gewalt des Feindes zu verwandeln. Man mußte eine klare und umumstoßbare Grenze zwischen der Partei des revolutionären Proletariats einerseits und den Parteien der Bourgeoisie bzw. der Versöhnung mit der Bourgeoisie andererseits ziehen. Aber weit davon entfernt, die Proletarier voneinander abzutrennen, bezweckte diese Wasserscheide ihre Vereinigung in der gemeinsamen Verteidigung der elementaren Lebensbedingungen heute, um sie morgen zum gemeinsamen Angriff gegen die herrschende Ordnung zusammenzufassen. Beide Aktionen - Verteidigung und Gegenangriff auf militärischer Ebene und Verteidigung und Gegenangriff auf ökonomischer Ebene - waren aneinander gekettet wie zwei Seiten einer einzigen Aktion: auf der Grundlage der revolutionären Initiative der Partei in jedem Bereich mit dem immerwährenden Ziel der revolutionären Vorbereitung der Massen in der Wechselwirkung von ökonomischem Kampf um unmittelbare Forderungen und politischem Kampf um die höchsten Zielsetzungen. Die Notwendigkeit der organisatorischen Trennung auf politischem Gebiet ging einher mit der Notwendigkeit der Kampf- und Organisationseinheit auf dem ökonomischen. Beide Sachen widersprachen sich nicht, sondern ergänzten sich gegenseitig. Auch die Ablehnung von politischen oder gar militärischen Zusammenwürfelungen hatte für uns niemals die Bedeutung einer "splendid isolation" oder einer arroganten Gleichgültigkeit gegenüber den Ereignissen des offenen Klassenkrieges, welche Protagonisten diese auch haben mochten. Der Grund für die Trennung auf der Ebene der politischen Führung und für das mögliche Zusammenkommen in der Aktion wurde immer klar ausgesprochen.

"Wir behaupten, daß die kommunistische Bewegung jedes Organisationsabkommen mit Bewegungen, die nicht auf den entscheidenden Kampf ausgerichtet sind, generell ablehnen muß. ... Es ist sehr einfach zu erklären, was wir unter 'Organisationsabkommen' verstehen. Jede Aktion bedarf einer Vorbereitung und daher einer Organisation

und eben deshalb einer Disziplin. Die Kommunisten können niemals die organisatorische Disziplin ihrer eigenen Partei einer anderen Disziplin unterstellen, wie dies der Fall wäre, wenn sie sich verpflichten würden, die Anweisungen einer anderen, aus Vertretern verschiedener Parteien gebildeten 'Einheitsfrontführung' zu befolgen...

Wir müssen darauf hinweisen, daß die Ablehnung von Organisationsabkommen keineswegs ausschließt, daß Aktionen durchgeführt werden, an denen sich mit gleicher Zielrichtung die Kommunisten und andere politische Kräfte beteiligen. Wir müssen aber die volle Kontrolle über unsere Kräfte behalten für den Augenblick, in dem sich die Bündnisse einer Übergangsperiode auflösen können und auflösen müssen und wo die Frage der Revolution in ihrer ganzen Tragweite auftreten wird. Die Hypothese, solche Organisationsabkommen mit der Absicht zu schließen, sie bei der ersten Gelegenheit zu "verraten" oder die dahinterstehenden Kräfte auszunutzen, steht nicht zur Debatte. Wir schließen diese Taktik aus, aber nicht aus moralischen Skrupeln, sondern weil angesichts der hier behandelten und verheerenden "revolutionären Verworrenheit", die nicht einmal die Massen, die unserer Partei folgen, schont, das Spiel viel zu gefährlich wäre und das Trennungsmanöver zu unseren Lasten gehen würde. Um die Massen auf die strenge Disziplin der revolutionären Aktion vorzubereiten, sind äußerst klare Haltungen und Handlungen vonnöten. Man muß sich daher von Anfang an auf eine sehr deutliche und feste Plattform stellen: auf unsere Plattform. Andernfalls würden wir Plattformen für andere erzeugen, für Bewegungen, die trotz ihrer Neuererposen bewußt reaktionär sind oder die auf dem Boden der Revolution stehen, aber keine richtige Auffassung von der revolutionären Entwicklung haben..." ("Der Wert der Isolierung", zit.).

Hätte aber der Versuch, durch Organisationsabkommen mit anderen Parteien eine Kampf- und Führungseinheit herzustellen, verheerende Folgen gehabt (eine Kampfeinheit verwirklichte sich allerdings oft faktisch im Laufe des Kampfes selbst), so stellte sich die Frage innerhalb der ökonomischen Organisationen anders. Dort lag der natürliche und fruchtbare Boden für eine solche Einheit, und die Partei arbeitete für eine Zusammenfassung aller Teilkämpfe und für die Vereinigung aller Gewerkschaften. Dort, wo sich die Arbeiter aller politischen Gesinnungen Schulter an Schulter, vereint durch ihr gemeinsames Proletarierdasein, zusammenfanden, dort konnte die Partei ihren Hebel ansetzen und ihre Rolle als Katalysator, ihre Aufgabe, die Klasse zusammenzuschließen, erfüllen. Dort, außerhalb der naiven, so verworrenen wie verwirrenden allseitigen Umarmungen und der zersetzenden und desorientierenden Wirkung der Kulissenverhandlungen und -manöver, konnte die Partei ansetzen, um ihren Einfluß zu vergrößern, denn in der feurigen Atmosphäre jener Epoche konnten die Gewerkschaften, vor allem in ihren Basisorganisationen und unter dem Einfluß der revolutionären Gruppen die Rolle als "Kriegsschulen"

des Proletariats, die Engels ihnen zuschrieb, wieder annehmen. Und in dieser Perspektive würde die Partei als der wahre zentrale Antrieb des proletarischen Kampfes erscheinen, während die anderen "Arbeiterparteien" infolge ihrer erwiesenen Unfähigkeit, den Kampf der Massen entschieden zu führen, sich auflösen würden. Damit sich diese Perspektive verwirklichte, wäre es jedoch notwendig, den Weg bis zum Ende zu gehen, ohne Zögern, ohne Rückzieher und vor allem ohne reuige Nostalgie, denn die "Wiedergewinnung" einiger Fetzen oder gar "Persönlichkeiten" der alten Partei, sollte sie überhaupt möglich sein, würde auf jeden Fall eine episodische Randscheinung im Vergleich zur Eroberung anonymer, aber kämpferischer und unverdorbener Schichten des Proletariats bleiben. Und sie hätte andererseits niemals die Verwirrung und Enttäuschung der Proletarier aufwiegen können, die sich der Partei annäherten, weil die Tatsachen sie davon überzeugt hatten, daß sie sich dadurch nicht allein der offenen, sondern auch der subtileren Verräter für immer entledigen könnten, und die nunmehr diesen Gespenstern einer traurigen Vergangenheit neu lackiert gerade in den Reihen der Partei selbst wieder begegnen würden. Man durfte den Maximalismus, der tagtäglich Beweise für seinen konterrevolutionären Charakter lieferte, nicht durch die Erwägung auch nur der Möglichkeit seiner Revolutionierung aufwerten. Im Gegenteil mußte man seine natürliche Angleichung an die Rechten begünstigen, man mußte ausschließen, daß er ein anderes Ende nehmen könnte. Die KP Italiens hatte ihrerseits keine Zweifel in dieser Hinsicht, und ihre entschiedene Stellung kommt in folgender Erklärung der Exekutive nochmals zum Ausdruck:

"BEZIEHUNGEN ZU ANDEREN PARTEIEN UND ZU GEWERKSCHAFTLICHEN ORGANISATIONEN"

Angesichts der Vielfalt von lokalen Situationen, die diese bewegte Periode mit sich bringt, sind die Genossen nicht immer in der Lage, die von der Exekutive für die Parteiaktion festgelegten Richtlinien richtig anzuwenden. Wir halten daher die folgenden Klarstellungen für nötig.

Ohne vorherige Autorisation der Exekutive darf man keinem Komitee und keiner Initiative beitreten, an denen sich verschiedene politische Parteien beteiligen. Ein Beispiel hierfür sind die Komitees und Initiativen, die sich mit Communiques, in denen Vertreter der verschiedenen Organisationen aufgeführt sind, mit Manifesten, die von verschiedenen Organisationen oder verschiedenen Parteien unterzeichnet werden, u.dgl. der Öffentlichkeit vorstellen.

Für bestimmte Initiativen, die keinen strikt und spezifisch auf die Partei zugeschnittenen Charakter haben, werden die gewerkschaftlichen Organisationen, in denen sich Arbeiter aller Parteien befinden, zur Aktion aufgerufen, wie die Exekutive bereits mitgeteilt hat und gegebenenfalls wieder mitteilen wird. In solchen Fällen sollen die Komitees aus Gewerkschaftsvertretern, sei es der Organisationen der CGL, sei es gegebenenfalls der Unione Sindacale

(d.h. der anarchistischen Gewerkschaftszentrale) gebildet werden. Die Kommunistische Partei soll sich nicht direkt, durch Entsendung politischer Delegierter, an diesen Komitees beteiligen, sondern indirekt durch ihre Mitglieder, die in den Reihen der Gewerkschaften kämpfen. Dasselbe gilt folglich auch für die Sektionen der Partei: keine Delegierten entsenden, keine Manifeste unterzeichnen, nicht als Träger von Veranstaltungen solcher Komitees auftreten, sondern dies alles den Gewerkschaftsorganen überlassen, sowohl wenn diese von unserer Partei geführt werden als auch im anderen Fall. Dieses Kriterium hat man z.B. für die Unterstützung der politischen Opfer und die Hilfe an Sowjetrußland angewendet.

Auf anderen Gebieten, auf denen die spezifische politische Funktion der Partei zum Tragen kommt, darf man weder gemischte Komitees bilden, noch die Gewerkschaftsorganisationen mit der Aktion beauftragen. Dies gilt z.B. und vor allem für die militärische Organisation.

Wir verleihen diesen Normen keinen absoluten, prinzipiellen Wert. Jede Abweichung von ihnen muß aber ausschließlich von der Exekutive beschlossen werden. Wir erwarten von den Genossen, daß sie sich von nun an strikt an obige Anweisungen halten" ("Il Comunista", 21. August 1921).

In den nachfolgenden Monaten sah man die Partei ständig und entschieden an der Spitze der bewaffneten Abwehr gegen faschistische Angriffe und an der Spitze der großen Streiks. Ihre Richtlinien bahnten sich einen Weg in die Gewerkschaftsorganisationen hinein, wo sie die wachsende Zustimmung der Massen fanden. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Die CGL hat auf die Einladung zur Einheitsfront nicht geantwortet, wurde aber von ihrer Basis zur Tagung ihres Nationalrats in Verona gezwungen, und die Eisenbahnergewerkschaft sah sich ihrerseits gezwungen, die Initiative zur Bildung der "Allianz der Arbeit", der Einheitsfront der verschiedenen Gewerkschaftszentralen, zu ergreifen. Man darf durchaus die Frage stellen, ob die energische Aktion der Kommunistischen Partei an allen Fronten des proletarischen Klassenkampfes nicht viel größere Ergebnisse gehabt hätte, wenn die Internationale, um den Einfluß der Partei auf immer breitere Schichten der Arbeiterklasse zu vergrößern, nicht den scheinbar leichteren Weg der Anlehnung an die alte sozialistische Partei bevorzugt hätte - und die Illusion, verhindern zu können, daß die PSI in den Abgrund stürzte, führte schließlich sogar dazu, daß man ihr in den Abgrund folgte.

Auf dem Kongreß von Mailand im Oktober hegte die Internationale die Illusion, die PSI würde sich von ihrem offenen rechten Flügel trennen; ein Jahr später, auf dem darauffolgenden sozialistischen Kongreß von Rom, sollte sie sich der noch größeren Illusion hingeben, daß die PSI, nachdem sie sich von den offenen Reformisten getrennt hatte, ihren Reformismus ablegen würde. Diese Illusion hatte eine schädliche Wirkung auf die Massen, die einer-

seits täglich gegen die Feigheit und Nachgiebigkeit der maximalistischen Partei- und Gewerkschaftsführer kämpfen mußten und von der harten Wirklichkeit *gezwungen* wurden, diese mindestens als bewußte oder unbewußte Helfer der Faschisten und der Unternehmeroffensive zu betrachten, die aber andererseits erleben mußten, wie Delegationen der Internationale zu den ekelerregenden Kongressen der PSI angegeist kamen. Dies erweckte den Eindruck, als gäbe es für Moskau nicht eine *einzige*, durch einen Selektionsprozeß entstandene Partei der Arbeiterklasse, sondern eine "Palette" von Kandidaten auf diesen Status, dergestalt, daß man nur noch auf ... diplomatischem Wege die offizielle Ernennung der vermeintlichen Kandidaten auszuhandeln hätte; dies erweckte den Eindruck, als könnten die in Livorno errichteten und in den folgenden sechs Monaten durch die Tatsachen selbst bestätigten und noch *stringenter* gemachten Schranken umgestoßen werden, als entsprächen sie nicht präzisen und international gültigen Kampfbedingungen, sondern persönlichen und lokalen Launen. In der sicherlich ehrlich gemeinten Vorstellung der Komintern handelte es sich um ein hohes Kunststück des taktischen Manövers; für die an allen Fronten kämpfenden Proletarier war es ein tragischer Hohn; für die kommunistische Partei schließlich bedeutete es die Zerstörung fester Grundlagen, die man sich im Feuer des Klassenkampfes erworben hatte.

DIE ZWEITE WELLE

In ihrer unheilbaren Dummheit hielten die Maximalisten, wie wir oben gesehen haben, das "so genannte Friedensabkommen", das Bacci "beklommenen Herzens" unterzeichnet hatte, für den "Anfang des Zerfalls der faschistischen Kräfte" ("*Avanti!*" vom 9.8.1921). Die Wirklichkeit sah genau entgegengesetzt aus, und nicht etwa weil der schändliche Pakt nicht die erwarteten negativen Reaktionen innerhalb des "romantischen" faschistischen Budentums hervorgerufen hätte, denn er hatte nichts weniger als die närrische Demission Mussolinis (die er allerdings sofort wieder rückgängig machte) von der Exekutive der faschistischen Kampfeinheiten zur Folge. Entgegen den maximalistischen Wunschvorstellungen war die Wirklichkeit dadurch gekennzeichnet, daß sich dieser Friedenspakt in einen unausweichlichen, von dem Willen und den nostalgischen Vorstellungen einzelner Individuen oder Gruppen unabhängigen Prozeß der politischen, organisatorischen und militärischen Zentralisation der bürgerlichen Konterrevolution einordnete. Im faschistischen Lager führte dieser Prozeß im November zur Gründung der nationalen faschistischen Partei PNF; auf der Ebene der militärischen Angriffe kam er in einer systematischen Neuorganisation der faschistischen Kampftruppe und einer zentralen und disziplinierten Führung dieser Aktionen zum Ausdruck; auf politischer Ebene schließlich wurde die Konvergenz zwischen legalen und illegalen Repressionsapparaten, die im Schutze der Neutralität oder, schlimmer noch, der sozialistischen Entwaffnung ihr Handwerk treiben konnten, immer deutlicher.

Im August, dem Monat des Friedenspaktes, gingen die kleineren faschistischen Gewalttaten nach einer anfänglichen Zunahme dann wieder zurück, allerdings nur um Anfang September einer groß angelegten Offensive Platz zu machen. Am 10. September legten 3 000 perfekt ausgerüstete, bewaffnete und organisierte Schwarzhemden bei ihrem "Marsch auf Ravenna" die ländlichen Gebiete der Romagna in Schutt und Asche. Die Regierung sah untätig zu, und erst am 27. September, nachdem bei einem Zusammenstoß mit den königlichen Gardien in Modena 7 Faschisten umgekommen waren, erließ sie ein Dekret, das das Tragen von Waffen sowie Lastwagenfahrten von einer Provinz zur anderen verbot. Das *einzige* Ziel und Ergebnis dieser Maßnahme war die Entwaffnung der Arbeiter und Bauern. (Es ist jedoch charakteristisch, daß Ravenna erst 10 Monate später endgültig von den Helden des Knüppels "erobert" werden konnte, und zwar unter Bedingungen, die wieder einmal mehr ein klares Licht auf die defätistische Rolle der PSI und der CGL werfen sollten). Am 26. September wird in Mola di Bari der sozialistische Abgeordnete Giuseppe di Vagno erschossen. Die unnachahmbare sozialistische Parlamentsfraktion schließt sich "dem von verschiedenen Organisationen gemachten Vorschlag, eine nationale Protestaktion zu starten, nicht an, weil sie ihrem Anspruch *treu bleiben will, ALLES zu TUN UND NICHTS ZU UNTERLASSEN, WAS GEEIGNET IST, DER GEWALTORGIE, DIE DAS LAND IN BLUT ERTRÄNKTE, EINHALT ZU GEBIETEN, ... NICHT MIT PROTESTAKTIONEN, DIE ZU NEUEN GEWALTSTATEN ANLASS GEBEN, SONDERN DURCH EINE BEWUSSTE UND ZÄHE AKTION, UM DEN FRIEDLICHEN GEGENSCHLAG DER ARBEITER VORZUBEREITEN*". Damit meinte die PSI sicherlich die x-te Petition an die Regierung Bonomi. Am 20. Oktober versandte diese Regierung, die die Sozialisten für nicht "stark" genug hielten, ein Rundschreiben. Darin ordnete sie an, diejenigen Offiziere, die gerade demobilisiert werden sollten (ca. 60 000) in die wichtigsten Übungszentren zu entsenden, mit der Auflage, den faschistischen Aktionsgruppen beizutreten und für 4/5 ihres bisherigen Solds deren Kommando zu übernehmen. Genau das war es, was ntotat, um den bereits begonnenen Prozeß der Zentralisierung und Disziplinierung der faschistischen Sturmtruppe zu begünstigen und zu beschleunigen. Mit seinen Abgeordneten im Frack, seinen regulären Offizieren an der Spitze der illegalen Sturmtruppe und bald darauf auch seiner Parteiorganisation war der Faschismus nunmehr mit allen Wassern der demokratischen Hoffähigkeit geweiht. Er war keine illegale Bewegung mehr, sondern zu einem paralegalen Instrument des Staates geworden. Hierhin also führten die "neuen Wege zum Sozialismus", die von Ivanoe Bonomi aus der Taufe gehoben worden waren!

Aber das Bild der erneuten antiproletarischen Welle ist damit noch nicht abgeschlossen. Während sich der Faschismus im Schatten des Friedenspaktes und unter den Fittichen der Regierung eine wirksamere Organisationsstruktur schafft, während seine Sturmtruppe die großen Arbeiterfestungen noch weit umgehen, weil sie darauf warten, daß der Verwesungsprozeß der

PSI und der CGL den Punkt erreicht, wo er das proletarische Bollwerk zerbrechlich macht oder womöglich dessen Tore öffnet (hierzu brauchte es aber noch eines weiteren Jahres!), entfesseln die Unternehmer gleichzeitig einen planmäßigen Angriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen des Proletariats. In den gesamten letzten vier Monaten des Jahres 1921 kommt es zu zahlreichen Unruhen, die vom gewerkschaftlichen Opportunismus aber auf den jeweiligen regionalen Rahmen beschränkt werden können (bei der heute üblichen Unverschämtheit, einzelne Betriebe oder gar Betriebsabteilungen "schwerpunktmäßig" streiken zu lassen, war man damals also noch nicht angelangt). Im August und September kommt es zu landesweiten Streiks der Textil- und Holzarbeiter. Dann geraten die lombardischen Metallarbeiter in Bewegung. Erst als ihr Streik beendet ist, legen die Metaller in Ligurien und im julischen Venetien die Arbeit nieder. Wir haben hier regionale und nationale Streiks verschiedener Industriezweige, die sich miteinander verflechten. Die Bewegungen werden aber abgebrochen, während es im julischen Venetien wieder zu Unruhen auf breitester Ebene kommt. Kaum ist der Streik der julischen Metallarbeiter beendet, als die Ermordung eines Druckers in Triest zu einem landesweiten Streik dieser Berufssparte führt, den die Bonzen nach 24 Stunden wieder abbrechen. Mit diesen mächtigen, aber voneinander isolierten Streiks gehen noch zahlreiche andere Bewegungen einher: der antifaschistische Generalstreik vom November in Rom, der von der CGL beendet wird, während der Eisenbahnerstreik im Süden noch weitergeht; der Streik von Turin, der sich gegen die Verurteilungen wegen Vergehen während der Fabrikbesetzungen 1920 wendet; der Generalstreik von Neapel aus Solidarität mit den Hafen- und Metallarbeitern der Stadt sowie auch der harte Kampf der Seeleute. Und dies sind nur die wichtigsten Episoden! Angesichts dieser Tatsachen wird die Bedeutung der Kampagne für eine gewerkschaftliche Einheitsfront klar, die die Partei damals parallel zu ihren Bemühungen um eine militärische Organisation entwickelte, genauso übrigens wie auch die planmäßige Offensive der Unternehmerschaft parallel zur bewaffneten Offensive der faschistischen Sturmtruppe stattfand. Die PSI, die im August den Friedenspakt geschlossen hat, läßt es zu, daß ihr ... gewerkschaftliches Anhängsel auf den entschiedenen Aufruf der KP zur Bildung einer gewerkschaftlichen Einheitsfront nicht eingeht und auch jene Appelle unbeantwortet läßt, in denen die Kommunisten zu einer Zusammenfassung aller Konflikte auf einer gemeinsamen gewerkschaftlichen Plattform durch einen einzigen Forderungskatalog auffordern, in dem die Verteidigung des Lohns, des Achtstundentags, der geltenden Verträge und Abkommen, der wirtschaftlichen Organisation und der Arbeitslosen zu einer grundsätzlichen Frage erhoben werden sollte. Der massiven Unternehmersoffensive hat die CGL nichts anderes entgegenzusetzen als den Vorschlag einer ... Untersuchung über die Lage der Industrie, jener Ausgangspunkt für so viele verlogene "Forderungen" des heutigen Opportunismus!

Die enge Verflechtung von ökonomischem und militärischem Kampf, den die Partei auf der Grundlage der oben genannten Kriterien führt, kommt

in dem folgenden Manifest, in dem die gesamte Strategie der Partei dargelegt wird, klar zum Ausdruck:

"GEGEN DIE OFFENSIVE DER REAKTION!"

Arbeiter, Genossen!

Das wiederholte Vorkommen schwerwiegender Ereignisse zeigt, daß die reaktionäre Offensive der bewaffneten bürgerlichen Banden noch lange nicht aufgehört hat. Die Gewalttaten des Faschismus, die versteckte und offene Reaktion der Staatsmacht sind nur eine Seite der allgemeinen antiproletarischen Bewegung, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet in dem Versuch äußert, durch eine regelrechte Kampagne von Lügen und Gewalttaten gegen die Arbeiterorganisationen den Arbeitern die Löhne zu kürzen und ihre Arbeitsbedingungen durch Entlassungen und Aussperrungen zu erschweren.

Unsere Partei hat wiederholt vor den Massen erklärt, daß dies alles eine Bestätigung dafür ist, daß die heutige Gesellschaft in eine unheilbare Krise geraten ist, die die herrschende Klasse selbst dazu treibt, das Proletariat zum letzten Kampf herauszufordern.

Angesichts der zunehmenden Fälle bürgerlicher Aggression sieht die Kommunistische Partei ihre allgemeine Einschätzung der Lage bestätigt. Dasselbe gilt auch für ihre Taktik, die ihre Militanten bereits in die Tat umgesetzt haben und umsetzen und deren Parole lautet: - jeden Schlag des Gegners mit einem Gegenschlag unter Anwendung derselben Mittel vergelten; - die scheinheilige und schändliche Illusion bekämpfen, derzufolge es im Rahmen der heutigen Institutionen möglich ist, wieder friedliche Formen des Zusammenlebens der entgegengesetzten sozialen Klassen herzustellen; - die angeblichen Befriedungsversuche als Akte der Komplizenschaft mit den Angreifern und den Herrschenden entlarven.

Gleichzeitig zeigt die Kommunistische Partei dem Proletariat, daß es für eine Situation, die sich jeden Tag auf Kosten der Arbeiter verschärft und der man als ökonomisches, soziales und politisches Ganzes begegnen muß, nur einen einzigen Ausweg gibt: die Aktion des gesamten Proletariats, an der sich - in Verwirklichung der Einheitsfront - alle Arbeitergruppen und alle lokalen Organisationen der arbeitenden Klasse beteiligen. Ohne auf unser politisches Programm zu verzichten, das in der Zerschlagung des bürgerlichen Staates und der Errichtung der proletarischen Diktatur die Richtsteine des proletarischen Emanzipationskampfes sieht, zu verzichten, haben wir zu diesem Zwecke durch das kommunistische Gewerkschaftskomitee die klaren Bedingungen und Ziele genannt, die für eine Aktion des gesamten italienischen Proletariats durch die gemeinsame Erklärung des Generalstreiks seitens der großen nationalen Gewerkschaftsorganisationen Geltung haben müssen. Die deutliche Aufforderung, die wir an die Confederazione del Lavoro, die Unione Sindacale und die Eisenbahnergewerkschaft gerichtet haben, damit sie ihren jeweiligen Nationalrat einberufen, um den kommunistischen Vorschlag zu diskutieren und in gegenseitiger Übereinkunft

die allgemeine Aktion des Proletariats zu organisieren, hat in den Massen ein positives Echo gefunden, aber die Führer noch nicht aufrütteln können.

Unsere Partei faßt in diesem Vorschlag das unmittelbare Aktionsprogramm des Proletariats zusammen. Die sich überschlagenden Ereignisse lassen seine Richtigkeit und Wirksamkeit klar zutage treten. Die anderen sich auf das Proletariat berufenden Parteien, vor allem die sozialistische Partei, die heute, trotz ihrer Bemühungen um eine geistige und materielle Entwaffnung, in der Person eines ihrer Abgeordneten fürchterlich getroffen wurde, haben weder zu unserem Vorschlag Stellung genommen, noch schlagen sie andere Programme für die proletarische Aktion vor.

Arbeiter!

Die blutigen Heldentaten der weißen Banden, die bei euch, die ihr mit euren Familien vom Gespenst des Hungers bedroht werdet, eine Welle der Empörung hervorrufen, zwingen euch dazu, der Situation ins Auge zu sehen.

Versammelt euch in euren Organisationen, um den Vorschlag des Kommunistischen Gewerkschaftskomitees zu diskutieren und anzunehmen.

Fordert die Einberufung der Nationalräte der großen proletarischen Wirtschaftsorganisationen, damit sie seine Durchführung beschließen.

Fordert von den Parteien und Politikern, die euch von den Interessen der ausgebeuteten, verhöhnten und angegriffenen Arbeiter erzählen, daß sie zu diesem brennenden Problem klar Stellung nehmen und ihre Vorstellungen über die Aktion, welche das Proletariat durchführen muß, zum Ausdruck bringen.

Eure Rettung kann nur in einer allgemeinen und direkten Aktion der Massen liegen, die nicht auf eine absurde Versöhnung eurer Interessen mit denen der Bourgeoisie hinarbeitet, sondern sich den entschiedenen Kampf gegen diese Klasse zum Ziel setzt, nicht die Wiederherstellung, sondern die Zerschlagung der legalen bürgerlichen Ordnung.

Nur so werdet ihr euch vor dem Hunger, der Reaktion, der Demütigung und Aggression, die heute gegen euch wüten, retten können.

Es lebe die allgemeine Aktion des gesamten Proletariats gegen die kapitalistische Ordnung, in Richtung auf den revolutionären Endsieg!

Das Exekutivkomitee"

Es ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich, auf die umfassende Aktion, welche die Partei nach dem Aufruf vom 17. August im gewerkschaftlichen Bereich entwickelte, im einzelnen einzugehen. Was hier aber erwähnt werden muß, ist, daß es in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 trotz des Defätismus der PSI und der CGL an allen Fronten zu einer Stärkung

und Reorganisierung der Arbeiterverteidigung kommt. Die Aktion der jungen KP Italiens führt nicht nur zu einer Wiederbelebung und einem erneuten Aufflammen der proletarischen Kampfbereitschaft. Indem sie klare Zeichen setzt, schafft sie ihr eine feste Bahn. Wenn der Feind seinerseits seine eigenen Kräfte zu disziplinieren und zentralisieren versucht, so weil seine Zähne einen Knochen vorgefunden haben, der viel härter als vorausgesehen ist, und dies gilt vor allem für die großen städtischen Zentren, die aufgrund der enormen Widerstandskraft der Arbeiter von den Faschisten nicht eingenommen werden können. Bis August 1922 (d.h. bis zum abgebrochenen Generalstreik) und selbst danach noch befinden sich die Hochburgen des Faschismus in der Provinz und in den landwirtschaftlichen Randgebieten. Nur mit der hilfreichen Unterstützung der Staatsmacht einerseits und mehr noch des reformistischen und maximalistischen Verrats andererseits gelingt es ihm nach langen Mühen, diese Lage zu überwinden.

Bacci und Co. hatten von dem Friedenspakt eine ... Zerbröckelung der faschistischen Sturmtrupps erwartet. Die Wirklichkeit sah aber so aus: Anstatt zu "zerbröckeln", schöpften die Faschisten im Schutze jener angeblichen "Waffe ihres Zerfalls" neue Kraft. Wenn das Proletariat seinerseits in jenen entscheidenden Monaten die Waffen nicht nur nicht gestreckt hat, sondern sich im Gegenteil auflehnte und nicht selten zum Gegenangriff überging, so gerade infolge der stärkenden und disziplinierenden antipazifistischen Aktion der Kommunisten.

So konnten z.B. die von der Partei unterstützten und geführten Proletarier in jenen Tagen, wo in Rom der Gründungskongreß der PNF stattfand, den faschistischen Schlägern eine aufsehenerregende Schlappe bereiten. Die ach so mutige Konterrevolution schrieb sich diese Lektion hinter die Ohren: Sie vermied es, die sehr viel besser bewaffneten und "schwierigeren" Arbeiterzentren frontal anzugreifen und beschränkte ihre Orgien auf kleinbürgerliche Kleinstädte und verstreute ländliche Gebiete, bis der Staat ihrem ... Schlafwagen dann endlich freie Fahrt in die Metropolen gewährte.

WAS ALSO IST DER FASCHISMUS?

Die Episode von Rom ist kennzeichnend. Die Agitation gegen die Ausschreitungen der Schwarzhemden, die zu ihrem Kongreß zusammengeströmt und dazu entschlossen waren, "ein Andenken von sich zu hinterlassen", begann zunächst in jenem volkstümlichen und kleinbürgerlichen Ton, der für Rom typisch ist. Man stellte die Legalität der Illegalität, Ruhe und Ordnung dem Chaos und der Barbarei entgegen. Stück für Stück jedoch nahm diese Agitation dann einen ausgesprochen proletarischen Charakter an. Als am 9. November ein faschistischer Sturmtrupp bei seiner Ankunft auf dem Bahnhof Termini das Feuer auf die Eisenbahner eröffnete, weil sie mit den Lokomotiven ein Pfeifkonzert veranstaltet hatten, entschließt sich das aus den zwei Arbeitskammern (der der CGL

und der der Einzelgewerkschaften) gebildete Komitee zur proletarischen Verteidigung endlich dazu, in Rom und in der Provinz den Generalstreik auszurufen. Es verleiht ihm jedoch den jämmerlichen Charakter eines Protests gegen die Verletzung des Gesetzes. Die Arditi del Popolo ihrerseits erklären (was unsere Auffassung von ihnen völlig bestätigt), daß sie *"LEIDER gezwungen sind, die Verantwortung abzulehnen, da wir den gerechten und heiligen Protest der proletarischen Massen Roms NICHT BREMSEN KÖNNEN"*. Nur der von außen kommende, aber mächtige Druck der Kommunisten bringt das Verteidigungskomitee dazu, den Streik in einen unbegrenzten Streik bis zum völligen Abzug aller faschistischen Schlägertrupps aus Rom zu verwandeln. Dieser Streik dauert ohne Unterbrechung volle fünf Tage, keiner springt ab. Die Regierung droht den Eisenbahnern drakonische Strafen an. Vergeblich, denn die Eisenbahner von ganz Süditalien und im Bezirk von Ancona lassen sich hierdurch nicht davon abhalten, aus Solidarität mit ihren Kollegen ebenfalls die Arbeit niederzulegen. Ohne Erfolg versuchen die königlichen Garden, einige Straßenbahnen in Gang zu bringen. Genauso ergebnislos ist das - niemals ausgeführte - Ultimatum, das die faschistischen Kongreßteilnehmer den Streikenden stellen. Die Stadt ist völlig lahmgelegt, und die Faschisten müssen ihre Versuche, in die proletarischen Viertel einzufallen, sehr schnell wieder aufgeben, um nicht noch mehr Federn zu lassen. Am 14. schließlich sehen sich die schwarzen Banden gezwungen, Hals über Kopf eine Stadt zu verlassen, die sich mittlerweile in ein befestigtes Lager verwandelt hat. Vier Tote und 115 verletzte Arbeiter, darunter 44 Kommunisten, bilden das Wahrzeichen einer mutigen Schlacht, die gegen die "legalen" und "illegalen" Kräfte der Ordnung gewonnen wurde. Als am 24. Mai des folgenden Jahres die faschistischen Schläger erneut versuchen, Herr über Rom zu werden, ist es wieder das proletarische Viertel S. Lorenzo, von dem das Signal für die Gegenoffensive ausgeht. Eine schändliche Niederlage einsteckend, werden die Faschisten vom Volkszorn aus der Stadt hinausgeworfen. Das Unternehmen vom November 1921 ist der erste Versuch der Faschisten, ihr Lager in einer großen Stadt aufzuschlagen. Zugleich zeigt er beispielhaft, wozu die Proletarier noch in der Lage sind, wenn sie - gemäß dem Aufruf ihrer Partei - den Kampf entschieden, ohne Einschränkungen und Zögern führen und dem Feind dabei offen entgegentreten.

Die (auch theoretische) Bilanz eines Jahres von erbitterten Kämpfen und blutigen Klassenzusammenstößen kann nicht besser zusammengefaßt werden, als dies in einer Artikelreihe geschehen ist, die zum Zeitpunkt des mussolinischen Kongresses in allen Organen der KP Italiens veröffentlicht wurde und deren Ziel es war, unsere Einschätzung des Faschismus, seiner Ursprünge und Ziele, so wie sie sich in dem Rahmen der Entwicklung der bürgerlichen Herrschaft einordnen, darzulegen. Der erste dieser Artikel, die wir hier vollständig zitieren werden, erschien unter anderem auch im *"Ordine Nuovo"* vom 27.11. 1921 unter dem Titel:

"DER FASCHISMUS"

Diese Anmerkungen wollen nicht die Bilanz der jüngsten Ereignisse in Rom ziehen, um daraus ein Urteil über den Faschismus abzuleiten, sondern sie gehen von den Ergebnissen des faschistischen Kongresses aus, auch wenn dieser nur gezeigt hat, daß er für die Erstellung eines kritischen Urteils über den Faschismus überflüssig war.

Die faschistische Bewegung konnte auf ihrem Kongress die Waffe einer mächtigen Organisation aufweisen, und sie hatte sich vorgenommen, ihre Kräfte in der Hauptstadt spektakulär zur Schau zu stellen. Gleichzeitig wollte sie auch vor den Augen der Öffentlichkeit die Prinzipien ihrer Ideologie und ihres Programms darlegen, denn ihre Führer meinten, eine so entwickelte Organisation müsse sich durch eine "neuartige" Lehre und "neuartige" politische Orientierung legitimieren.

Die Niederlage, die der Faschismus in den Tagen des Römischen Generalstreiks einstecken mußte, ist noch gar nichts gegen die Pleite, die sich hinsichtlich seiner oben genannten Absichten in den Ergebnissen des Kongresses widerspiegelte. Es ist offensichtlich, daß man eine Erklärung oder, wenn man so will, eine Berechtigung des Faschismus außerhalb jener Bemühungen um neue programmatische Konstruktionen suchen muß. Weder als kollektives Werk noch als persönlicher Versuch eines Führers, der zwar unweigerlich die Laufbahn eines "Politikers" im traurigen traditionellen Sinne des Wortes machen wird, der aber nie zu einem Meister seines Faches werden kann, führten diese Bemühungen zu einem Ergebnis.

Der Faschismus, dieser politische Futurismus (21), hat sich nicht auch nur einen Millimeter über das platte Niveau der bürgerlichen Mittelmäßigkeit hinausbewegt. Warum?

o o o

Der Kongress, so hat man gesagt, bestand eigentlich nur aus der Rede Mussolinis. Diese Rede ist ein Schlag ins Wasser. Ausgehend von der Analyse der anderen Parteien, ist Mussolini keineswegs zu einer Synthese gelangt, in der er die Positionen, aufgrund derer sich eine faschistische Partei von allen anderen unterscheidet, umrissen hätte. Wenn es ihm in gewisser Weise auch gelungen ist, sich durch eine entschieden feindliche Haltung gegenüber dem Sozialismus und der Arbeiterbewegung zu kennzeichnen, so ist doch nicht klar geworden, welche neuen Positionen den Faschismus von den traditionellen politischen Ideologien der bürgerlichen Parteien unterscheiden.

Die faschistische Ideologie wollte sich als vernichtende Kritik an überkommenen Formeln darstellen. Dieser Versuch beschränkte sich aber fast ausschließlich auf ein Jonglieren mit Paradoxa. Er löste sich in eine Reihe von Behauptungen auf, die weder an sich neu waren, noch einen neuen oder überhaupt einen Zusammen-

hang ergaben. Völlig wirkungslos wurden die Gemeinplätze der Politik wiederholt, mit denen die verschiedenen Schulen immer wieder um sich werfen und die uns von den krankhaft neuerungssüchtigen Politikastern des zeitgenössischen bürgerlichen Zerfalls in jeder denkbaren Aufmachung aufgetischt werden. In einer Epoche der äußersten Krise der bürgerlichen Gesellschaft bastelt die bürgerliche Ideologie an Schablonen herum, die sie dem Syndikalismus, dem mehr oder weniger individualistischen Anarchismus, den Trümmern der spiritualistischen und religiösen Metaphysik entwendet hat. Nur unser schrecklicher und brutaler bolschewistischer Marxismus fällt als glückliche Ausnahme diesem Beutezug nicht zum Opfer. Die bürgerliche Ideologie bläht sich in ihrem Zersetzungsprozeß auf. Mussolini - dies gilt aber nicht allein für seine Rede, sondern für die gesamte faschistische Literatur - lieferte uns ein Sammelsurium der hierfür typischen kulturellen Bakterienflora. Die feierliche Verkündung einer neuen Wahrheit blieb aus.

Griff er auf den Antiklerikalismus der Freimaurer zurück, um sich vom Programm der Volkspartei abzugrenzen, so bediente er sich zugleich der militanten Religiösität; sprach er sich offen für den ökonomischen Liberalismus aus, um die vergeblichen kollektivistischen Experimente unter der "kapitalistischen Wirklichkeit" zu begraben, so läutete er zugleich die Totenglocken für die Lehre des politischen Liberalismus. Was kann man in der Tat folgern aus diesem unzusammenhängenden Reigen unterschiedlicher Auffassungen? Was soll es heißen, wenn Mussolini behauptet, die Auffassung einer antidemokratischen Diktatur mit dem Kommunismus zu teilen, wenn diese für ihn nur der Zwangsapparat der "freien" kapitalistischen Wirtschaft, die er für lebensnotwendiger denn je erklärt, darstellt? Und wie kann man zugleich Republikaner sein und die Perspektive einer vorparlamentarischen, diktatorischen und somit erzdynastischen Herrschaftsform aufblitzen lassen? Oder die Doktrin der liberalen Partei derjenigen der historischen Rechten entgegenstellen, die ja dem Liberalismus in Theorie und Praxis ernsthafter und enger verpflichtet waren?

Wäre aus allen diesen Aussagen am Ende ein harmonisches Ganzes entstanden, so würden sie trotz ihrer Widersprüchlichkeit die Kraft jener Paradoxa behalten, mit denen sich jede neue Ideologie verkleidet, um aus ihnen dank einer dialektischen Virtuosität gewissermaßen Kraft und Festigkeit zu schöpfen. In diesem Fall blieb aber die abschließende Synthese aus. Der Mischmasch aus alten Märchen ergab per saldo einen Bankrott.

Der kritische Punkt bestand darin, die Haltung des Faschismus gegenüber den Parteien der bürgerlichen Mitte zu bestimmen. Es war nicht so schwer, sich irgendwie als Gegner der sozialistischen und der Volkspartei darzustellen. Aber die Kritik an der liberalen Partei und die Notwendigkeit, sie zu erledigen, um ihren Platz irgendwie einzunehmen, konnte nicht sauber begründet werden und sich in ein Parteiprogramm umsetzen. Es sei sofort hinzugefügt, daß wir da-

mit nicht die Auffassung bekräftigen wollen, der Faschismus könne keine Partei sein. Er wird eine Partei sein; und hierfür wird er seine verschrobenen Abneigungen gegen die Monarchie, die Demokratie und sogar ... den Staatssozialismus miteinander versöhnen. Wir stellen lediglich fest, daß die faschistische Bewegung über eine wirksame und starke Organisation verfügt, die über den militärischen Charakter hinaus auch einen politischen und parlamentarischen Charakter erhalten kann, die aber keine eigene Ideologie und kein eigenes Programm hat. Die Untersuchung des faschistischen Kongresses, oder besser der Rede Mussolinis, in der die Bestrebung nach einer Selbstkennzeichnung der Bewegung am deutlichsten zum Ausdruck kam, führt uns zur Feststellung, daß der Faschismus hierzu unfähig ist. Diese Tatsache, auf die wir im Laufe unserer kritischen Untersuchung an geeigneter Stelle zurückkommen werden, beweist die Überlegenheit des Marxismus, der ihn im Gegenteil sehr gut kennzeichnen kann.

o o o

Das Wort Ideologie hat einen metaphysischen Beigeschmack. Wir benutzen es aber, um das programmatische Rüstzeug einer Bewegung, ihr Bewußtsein von einer Reihe von Zielen, die sie mit ihrer Aktion erreichen will, zu kennzeichnen. Das setzt natürlich eine Methode voraus, mit der man die gesellschaftlichen und geschichtlichen Ereignisse versteht und interpretiert. Gerade weil sie sich in der Epoche ihres geschichtlichen Niedergangs befindet, hat die Bourgeoisie heute eine zwiespältige Ideologie. Die Programme, die sie nach außen hin vertritt, entsprechen nicht dem inneren Bewußtsein, das sie von ihren Interessen und der zum Schutze dieser Interessen notwendigen Aktion hat. Als die Bourgeoisie eine revolutionäre Klasse war, war sie von ihrer eigenen sozialen und politischen Ideologie durch und durch überzeugt. Wir meinen damit denselben "Liberalismus", zu dessen Überwinder sich der Faschismus erklärt. "Glaube" und "Wille" der Bourgeoisie entsprachen den Tafeln des liberalen bzw. demokratischen Programms. Ihr brennendes Interesse bestand darin, ihre Wirtschaftsform von den Fesseln der Gesetze und der Gesellschaftsordnung des "ancien regime" zu befreien. Sie war überzeugt, daß die Verwirklichung eines Höchstmaßes an politischer Freiheit und das Zugeständnis aller möglichen Rechte an alle Bürger mit der humanistischen Universalität ihrer Philosophie, aber auch mit der größten Entwicklung ihrer eigenen Wirtschaft im Einklang stand.

Und war der politische Liberalismus ein ausgezeichnetes Mittel, um mit der Macht des Staates die feudale Wirtschaftsordnung und die Privilegien der zwei ersten "Stände" (Adel und Klerus) abzuschaffen, so war er auch ein probates Mittel, wenn es darum ging, die "Klassen"-Funktion des parlamentarisch-bürgerlichen Staates nicht mehr allein gegen die Vergangenheit und die Restaurationsversuche auszuüben, sondern ebenso gegen die Äußerungen des "vierten Standes", gegen die Angriffe der proletarischen Bewegung. In ihrer ersten Lebensphase fehlte der Bourgeoisie noch das Bewußt-

sein von dieser zweiten Funktion der Demokratie, von ihrem historischen Frontwechsel, ihrer Verwandlung von einem revolutionären in einen konservativen Faktor. Die historische Rechte in Italien liefert ein Beispiel für dieses fehlende Bewußtsein. Die Ideologen des Liberalismus haben nicht nur "erklärt", daß diese Methode zum Aufbau des politischen Apparats für das ganze "Volk" von Vorteil war und die Rechtsgleichheit aller Gesellschaftsmitglieder sicherte. Sie haben dies auch "geglaubt". Sie konnten sich noch nicht vorstellen, daß die Rettung der von ihnen vertretenen bürgerlichen Institutionen die Abschaffung der in den bürgerlichen politischen Lehren und Verfassungen enthaltenen liberalen Garantien verlangen könnte. In ihren Augen konnte der Staatsfeind nur der Feind aller Bürger sein, der Verbrecher, der den Vertrag des gesellschaftlichen Zusammenlebens verletzte.

Später konnte die herrschende Klasse deutlich erkennen, daß das demokratische System sich sehr gut als "Ventil" gegen das Proletariat einsetzen läßt, um den Überdruck seiner Unzufriedenheit mit den ökonomischen Verhältnissen abzulassen. Während die Überzeugung der Bourgeoisie, daß der liberale Mechanismus ihren Klasseninteressen hervorragend diene, immer mehr zunahm, verlor er in ihren Augen mehr und mehr den Charakter eines philosophischen und abstrakten Ziels, um nunmehr als ein Mittel betrachtet zu werden. Und, wie sie erkennen mußte, war die Anwendung dieses Mittels in Wirklichkeit nicht unvereinbar mit der ergänzenden Funktion des bürgerlichen Staates, die proletarische Bewegung auch mit Gewalt zu unterdrücken. Wenn aber ein liberaler Staat die verbrieften Freiheiten abschaffen muß, um sich vor Angriffen zu schützen, so liefert er einen geschichtlichen Beweis für den verlogenen Charakter des Liberalismus bzw. der liberalen Auffassung von der Mission der Bourgeoisie und von der Natur ihres Regierungsapparates. Seine wirkliche Rolle kommt zum Vorschein. Er muß nämlich die Interessen des Kapitalismus mit allen Mitteln schützen: mit dem Ablenkungsmanöver der demokratischen Maskeraden und, sobald diese allein die Bewegungen, die den Staat selbst bedrohen, nicht mehr zurückzuhalten vermögen, mit zusätzlicher bewaffneter Repression.

Diese Lehre von der Rolle des bürgerlichen und liberalen Staates ist an sich nicht "revolutionär". Besser gesagt, das Revolutionäre liegt darin, sie vorzutragen. Deshalb muß die Bourgeoisie in der gegenwärtigen geschichtlichen Phase DIESE LEHRE AUF PRAKTISCHER EBENE WIRKLICHEN UND AUF THEORETISCHER EBENE LEUGNEN. Wenn der bürgerliche Staat die repressive und konterrevolutionäre Rolle, die ihm ganz natürlich zufällt, erfüllt, muß die Bourgeoisie implizit erkannt haben, daß die liberale Doktrin falsch ist. Es ist aber keineswegs notwendig, rückwärts zu laufen und die Verfassung des Staatsapparates einer Revision zu unterziehen.

Weder muß die Bourgeoisie ihre liberale Vergangenheit bereuen noch muß sie dem Liberalismus abschwören. Beides bleibt ihr erspart, denn ihr Herrschaftsorgan wurde durch seine eigene logische, ja biologische Entwicklung dazu be-

fähigt und bewappnet, die "Sache der Freiheit" mit Gewehren und Kerkern zu verteidigen.

o o o

Solange sie Programme verkündet und politische Theorie betreibt, kann eine bürgerliche Bewegung diese Notwendigkeit einer Klassenverteidigung mit allen Mitteln, einschließlich derjenigen, die von der Verfassung und den Gesetzen des Staates verboten sind, nicht offen aussprechen. Vom konservativen Standpunkt aus wäre dieses Manöver ein Fehler. Andererseits läßt sich nicht bestreiten, daß neunundneunzig Prozent der herrschenden Klasse eine formale Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und die Forderung nach einer Reform des bürgerlichen Staates im mittelalterlichen bzw. aristokratischen oder autokratischen Sinn für ein falsches Mittel zur Erhaltung ihrer Herrschaft halten. Kein vornapoleonischer Staat war für die Schrecken des Krieges qualitativ und quantitativ besser ausgerüstet als die modernen demokratischen Staaten, und dies gilt nicht allein im Hinblick auf die technischen Mittel. Auch wenn es um die Reaktion und Repression im Inneren und um die Verteidigung ihrer eigenen Existenz geht, erweisen die modernen demokratischen Staaten ihre Überlegenheit. In der heutigen Periode von Repression gegen die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse ist es aber logisch, daß die politische Bewegung der Mitglieder der bürgerlichen Klasse und ihrer Schützlinge bzw. ihre Beteiligung am politischen Leben neue Aspekte gewinnt. Die "verfassungsmäßigen" Parteien, deren Organisation darauf abgestimmt ist, Wahlkämpfe zu führen und das Fortbestehen des kapitalistischen Regimes durch die Antwort der Mehrheit des Volkes bei den Wahlen bestätigen zu lassen, reichen nicht mehr aus. Es ist notwendig, daß die Klasse, auf der der Staat beruht, diesem entsprechend den neuen Erfordernissen bei der Erfüllung seiner Funktion hilft. Die konservative und konterrevolutionäre Bewegung muß sich militärisch organisieren, um eine militärische Funktion zu erfüllen, erwartet man ja den Bürgerkrieg.

Es liegt im Interesse des Staates, daß sich diese Organisation, in der Gesellschaft, in der "Masse der Bürger" bildet, weil so die repressive Funktion sich besser mit der verzweifelten Verteidigung der Illusion vereinbaren läßt, daß der Staat der Vater aller Bürger, aller Parteien und aller Klassen sei.

Sobald die Massen die Hoffnung aufgeben, sich auf legalem Weg, durch die vom Staat erlaubte politische Aktivität emanzipieren zu können, sobald die revolutionäre Methode unter den Massen an Boden gewinnt und diese Massen auf eine militärische Organisation und Aktion vorbereitet, wird sich die Partei der Ordnung ihrerseits organisieren und bewaffnen, um sich zu verteidigen.

Neben dem Staat, aber logischerweise unter seinem Schutz beeilt sie sich, um sich "schneller" und "besser" als das Proletariat zu bewaffnen. Und sie ergreift die Offensive gegen proletarische Stellungen, die das libe-

rale bürgerliche Regime toleriert hatte. Dies darf man jedoch nicht verwechseln mit der Entstehung einer Partei, die den Staat erobern möchte, um ihm vorliberale Formen zu verleihen, und die in diesem Sinne gegen den Staat wäre.

Wie der Leser schon verstanden haben wird, liegt für uns hier die Erklärung für die Entstehung des Faschismus. ER ERGÄNZT DEN BÜRGERLICHEN LIBERALISMUS; ER ZERSTÖRT IHN NICHT. Durch seine den offiziellen Staatsapparat flankierende Organisation verwirklicht er die bürgerliche Doppelverteidigung.

Wenn sich der revolutionäre Druck des Proletariats verschärft, wird die Bourgeoisie wahrscheinlich dazu neigen, diese beiden Verteidigungsmethoden, DIE SICH NICHT AUSSCHLIESSEN, SONDERN NEBENEINANDER EXISTIEREN, maximal zu intensivieren. Sie wird die kühnste demokratische oder sogar sozialdemokratische Politik zur Schau tragen und die Angriffsbanden der Konterrevolution auf das Proletariat losjagen, um es abzuschrecken. Hier liegt aber ein anderer Aspekt der Frage, der nur beweisen soll, wie unsinnig die Gegenüberstellung von Faschismus und parlamentarischer Demokratie ist. Die Wahltätigkeit des Faschismus bestätigt erneut die Haltlosigkeit dieser Gegenüberstellung.

Es bedarf indes keines Höhenfluges, um eine parlamentarische Partei zu werden. Ebensowenig ist es hierfür nötig, das harte Problem der Ausarbeitung des "neuen" Programms zu lösen. Und gerade der Faschismus wird seine Daseinsberechtigung niemals durch programmatische Tafeln darlegen können, wie er sich auch niemals ein eigenes Bewußtsein wird erarbeiten können, denn er ist das PRODUKT EINER ENTZWEIUNG VON PROGRAMM UND BEWUSSTSEIN EINER GESELLSCHAFTSKLASSE. Und sollte er im Namen einer Doktrin reden müssen, so würde er dem traditionellen Liberalismus zuzuordnen sein, in dessen Auftrag er für den "Außengebrauch" die liberale Theorie verletzt, damit der Liberalismus selbst weiterhin die Aufgabe wahrnehmen kann, diese Theorie zu predigen.

Der Faschismus hat sich also auf dem Kongreß von Rom nicht selbst definieren können und wird dazu auch niemals imstande sein, denn er konstituiert sich nach der Formel DIE ORGANISATION IST ALLES, DIE IDEOLOGIE NICHTS, was der Formel der liberalen Partei - die Ideologie ist alles, die Organisation nichts - dialektisch entspricht. Allerdings muß der Faschismus deshalb nicht auf seine Existenz und die Erfüllung seiner Funktion verzichten.

Nachdem wir kurz gezeigt haben, wie die Entzweigung von Doktrin und Organisation die Bewegungen einer niedergehenden Klasse kennzeichnet, wäre es jetzt interessant hervorzuheben, daß die STRIKT REALISTISCH UND HISTORISCH BEGRÜNDETE Synthese von Ideologie und Organisation eine Eigenschaft der revolutionär aufsteigenden Klasse ist. Wir können daher nach Art eines Bekenntnisses der Hoffnung schließen: Wenn man den Gegner und die Quellen seiner Kraft besser kennt als er selber und wenn man seine eigene Kraft auf einer klaren

Kenntnis der eigenen Ziele errichtet, so kann man des Endsieges über diesen Gegner nur sicher sein."

o o o

NOCH EINMAL ÜBER DAS FASCHISTISCHE "PROGRAMM"

Die im obigen Artikel dargelegten Argumente werden kurze Zeit nach dem Gründungskongreß der PNF in einem weiteren Artikel vom 30.11. 1921 wieder aufgegriffen, den wir hier ebenfalls vollständig zitieren wollen:

"DAS FASCHISTISCHE PROGRAMM"

Zur gleichen Zeit wie das von der Führung in Mailand ausgearbeitete Manifest der faschistischen Partei veröffentlichte die faschistische Tageszeitung auch einen Artikel, der - wie eine Reihe weiterer Artikel - die faschistische Bewegung gegen die von zahlreichen Parteien vorgebrachte Beschuldigung, sie habe weder ein Programm noch eine Ideologie oder Doktrin, verteidigen sollte. Der Duce antwortet diesem Chor von Vorwürfen ein wenig gereizt: IHR FORDERT EIN PROGRAMM VON UNS? IHR FORDERT ES VON MIR? MEINT IHR ETWA NICHT, DASS ICH ES IN MEINER REDE VON ROM SCHON FORMULIERT HABE? Und er findet ein schützendes Argument, das einer gewissen polemischen Wirkung nicht entbehrt: Haben denn die politischen Bewegungen, die sich in ihrer Erwartung eines faschistischen Programms enttäuscht sehen, selbst überhaupt ein Programm, das diesen Namen verdienen würde? Und an diesem Punkt angelangt, muß man zwei Tatsachen festhalten: Erstens, daß die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien gerade deshalb vom Faschismus ein Programm erwarten, weil sie selbst keines haben; und zweitens, daß man der faschistischen Bewegung nicht das Fehlen eines Programms zum Vorwurf machen kann, denn gerade diese Programmlosigkeit stellt ein wichtiges Element dar, um ihr Wesen zu verstehen und zu bestimmen.

Des weiteren will sich der Direktor der faschistischen Tageszeitung über seine Widersacher erheben, indem er zeigt, daß der Faschismus deshalb weder programmatische Richtlinien noch theoretische Grundsätze habe, weil er an die modernste Richtung des philosophischen Denkens, nämlich die Relativitätstheorie, anknüpfe. Diese hat seiner Meinung nach mit dem Historizismus, für den die Ereignisse bestimmten Gesetzen gehorchen, reinen Tisch gemacht, um den Wert des absoluten Aktivismus zu bestätigen. Seit vielen Jahren hat der Duce nichts anderes getan, als aus dem Gefühl heraus Relativismus zu praktizieren. Über seine Entdeckung ließe sich also so mancher Witz machen, und man braucht sich nur einmal zu fragen, welcher Liederjahn des politischen Lebens sich nicht mit derselben Devise schmücken und sich das Etikett "PRAKTISCHER RELATIVIST" umhängen könnte. Halten wir aber fest, daß diese Anwendung des Relativismus, des Skeptizismus und Aktivismus auf die Politik in der Tat nichts Neues ist, sondern einen ziemlich häufig praktizierten ideologischen Rückzug

darstellt, dessen objektive Ursache, versucht man sie mit Hilfe des historischen Materialismus herauszufinden, in der Notwendigkeit der Verteidigung der herrschenden Klasse liegt. In der Periode ihres Verfalls ist die Bourgeoisie unfähig geworden, sich einen festen Weg vorzuschreiben, d.h.: nicht nur eine Auffassung vom Ablauf der Geschichte, sondern auch eine Gesamtheit von Aktionsrichtlinien festzulegen. Um die Gefahr, die sie darin erblickt, daß andere soziale Kräfte sich in ihrer revolutionären Aggressivität einen festen Weg vorzuschreiben, abzuwenden, greift sie auf die bankrotte Philosophie des universellen Skeptizismus zurück, was ein sicheres Zeichen für Epochen der Dekadenz ist. Lassen wir die Relativitätstheorie, die Einstein für die Physik entwickelte, gleich beiseite. Welche Anwendung sie in der jüngsten intellektuellen Mode und in den Salons, wo Philosophie diskutiert wird, gefunden hat, wissen wir nicht, und wahrscheinlich weiß auch Einstein, der mit der revolutionären proletarischen Bewegung sympathisiert, nur sehr wenig davon. Die Anwendung dieser Theorie auf die Politik und die Geschichte unseres unglückseligen Planeten würde sowieso keine spürbaren Auswirkungen haben. Wenn man bedenkt, daß sie die Zeitberechnung mit Hilfe der Lichtgeschwindigkeit korrigiert und daß die Zeit, die ein Lichtstrahl braucht, um die längsten meßbaren Entfernungen auf unserem Planeten zu durchlaufen, weniger als eine zwanzigstel Sekunde beträgt, dann versteht man, daß sich der Ablauf der irdischen Ereignisse aufgrund dieser Theorie nicht ändern würde. Was kümmert es uns zu wissen, ob Mussolini seit 10 Jahren aus dem Gefühl heraus Relativismus betreibt oder seit 10 Jahren und einer zwanzigstel Sekunde?

Aber, wie wir schon sagten, die Anwendung des philosophischen Relativismus und Aktivismus auf die Politik und die soziale Praxis ist eine alte Geschichte und ganz einfach ein Zeichen von funktioneller Ohnmacht. Die einzige logische Anwendung derartiger Lehren auf das gesellschaftliche Leben betrifft die subjektive und individuelle Anmassung einzelner; wenn die Programme für eine Reformierung und Revolutionierung des gesellschaftlichen Mechanismus zusammenbrechen, dann zerfallen mit ihnen die großen kollektiven Organisationen: Was übrig bleibt, ist die Aktion der einzelnen oder im Höchstfall die Aktion von begrenzten, unabhängigen Gruppen, die über sehr viel Initiative verfügen.

Die beiden wohlbekannten Formen der Revision des revolutionären Marxismus, der Reformismus und der Syndikalismus, hatten sich logischerweise den Skeptizismus und den Relativismus zu eigen gemacht. Schon lange vor Mussolini sagte Bernstein, daß das Ziel nichts und die Praxis, die Bewegung alles sei. Und während man versuchte, dem Proletariat seine Orientierung auf ein Endziel zu nehmen, nahm man ihm auch gleichzeitig die einheitliche Auffassung von der Klasse als einer um ein gemeinsames Ziel kämpfenden Klasse. Man reduzierte so den Sozialismus auf einen von unzusammenhängenden Gruppen und mit einer unbegrenzten Bandbreite von Methoden geführten Kampf um unmittelbare

Augenblicksziele, d.h. auf jenen "MOBILISMUS", der heute vom Duce beschworen wird. Auf der Grundlage einer solchen ideologischen Haltung ist auch der Syndikalismus entstanden. Die relativistische Kritik scheint der Auffassung zu sein, daß die Theorie, die der proletarischen Klasse die Einheit ihrer Bewegung in Raum und Zeit erklärt, ein alter Hut ist, tausendmal widerlegt und begraben. Aber diese Kritik, die sich Tag für Tag als "neu" präsentiert, ist selbst nur eine olle kleinbürgerliche Kamelle. Sie ähnelt dem eleganten religiösen Skeptizismus der letzten Aristokraten, die am Vorabend der großen bürgerlichen Revolution nicht mehr die Kraft hatten, für die Erhaltung ihrer Klasse zu kämpfen. Im einen wie im anderen Fall haben wir Symptome der Agonie vor uns.

Der Faschismus jedoch hat dem wahren Wesen seiner Bewegung nach keinerlei Recht, sich auf den Relativismus zu berufen. Ganz im Gegenteil könnte man sagen, daß er die letzten Anstrengungen zum Ausdruck bringt, die die heute herrschende Klasse unternimmt, um sich sichere Verteidigungslinien zu schaffen und gegen die revolutionären Angriffe ihr Recht auf Leben zu verkünden. Das ist ein negativer Historizismus, aber trotzdem Historizismus. Der Faschismus verfügt über eine Organisation von unbestreitbarer Festigkeit. Er stellt die Organisation all derjenigen Kräfte dar, die im praktischen Kampf verzweifelt jene Stellungen verteidigen werden, die die Bourgeoisie schon seit langem theoretisch zu rechtfertigen versucht. Aus diesem Grunde tritt der Faschismus, wie wir bereits in einem unserer Artikel sagten, nicht als Überbringer eines neuen Programms auf, sondern als eine Organisation, die für ein uraltes Programm, nämlich das des traditionellen bürgerlichen Liberalismus, kämpft.

Der scheinbare Agnostizismus, den das Manifest der faschistischen Partei gegenüber dem Staat zum Ausdruck bringt, darf und kann nicht täuschen. Aus diesem Manifest zu schließen, daß auch der Begriff des Staates für das faschistische Denken und die faschistische Methode keine "FESTE KATEGORIE" sei, wäre nur eine sinnlose Wortspielerei. Der Faschismus bringt den Staat und seine Funktion mit einer "neuen" absoluten Kategorie in Verbindung, die nicht weniger dogmatisch als irgendeine andere ist: die NATION. Anstelle des STAATES wird vom Faschismus die NATION groß geschrieben. Daß der nationale Wille und die nationale Solidarität keine "HISTORIZISTISCHEN" und "DEMOKRATISCHEN" Ausdrücke sein sollen, müßten uns die Philosophen des Faschismus schon beweisen! Und sie müßten hierzu schon über eine Lehre oder kritische Methode verfügen, die in der Lage wäre, uns den Unterschied zu erklären zwischen ihrem höchsten Prinzip, der NATION, und der gegenwärtigen realen Organisation des STAATES.

In Wirklichkeit entspricht der Begriff der NATION ganz dem bürgerlichen und demokratischen Begriff der Volkssouveränität, die angeblich im STAATE zum Ausdruck kommen soll. Der Faschismus hat also nichts anderes getan,

als die Begriffe des Liberalismus zu übernehmen, und wenn er auf den kategorischen Imperativ der Nation zurückgreift, so bringt dies nur ein weiteres Mal den klassischen Schwindel zum Ausdruck, der die Übereinstimmung von Staat und herrschender kapitalistischer Klasse zu verschleiern sucht! Selbst eine oberflächliche Kritik zeigt, daß erstens die NATION des faschistischen Manifests eine "KATEGORIE" ist, die in der Ideologie einen so absoluten Wert hat, daß in der Praxis derjenige, der gegen sie zu lästern wagt, zum Sühneopfer der ... Prügel verurteilt ist; zweitens, daß diese NATION nichts anderes als die Bourgeoisie und ihre zu verteidigende Herrschaft darstellt. Also die "Gegenkategorie" zur proletarischen Revolution ist. Zahlreiche kleinbürgerliche Bewegungen, die pseudorevolutionäre Allüren zeigen - und die heute alle, so paradox dies klingen mag, zum Faschismus neigen - machen den zweideutigen Beinamen "national" auch für sich geltend. Warum wird die Nation gerade von den faschistischen Freiwilligenmilizen repräsentiert und nicht von der unorganisierten oder in anderen Minderheiten organisierten Masse, die ja der natürliche Feind dieser Freiwilligenmilizen ist? Dies müßte für immer unverständlich bleiben, wenn wir den Begriff der Nation nicht derselben marxistischen Kritik unterziehen würden, die uns zu der Feststellung führt, daß der bürgerliche Staat, während er im Namen aller spricht, die Organisation einer Minderheit für die Aktion einer Minderheit ist, nämlich der Bourgeoisie. Die Tatsache, daß neben der Staatsorganisation noch die mächtige Organisation der faschistischen Freiwilligenmiliz besteht, bedeutet nicht eine Unabhängigkeit dieser Bewegung, SONDERN NUR EINE TEILUNG DER AUFGABEN, DIE DEN VERTEIDIGUNGSBEDÜRFNISSEN DER ANTIREVOLUTIONÄREN KLASSE, DER BOURGEOISIE ENTSPRICHT. WEIL SICH DER STAAT DAS RECHT BEWAHREN MUSS, ALS DEMOKRATISCHER AUSDRUCK DER INTERESSEN ALLER ZU GELTEN, ENTSTEHT DIESE MILIZ AUSSERHALB DES STAATES. UND DIESE WAGT ES IHRERSEITS SO WENIG, SICH ENTSPRECHEND DEN PHILOSOPHIEN, MIT DENEN SIE SICH BEMÄNTELN MÖCHTE, ZU VERHALTEN, DASS SIE, ANSTATT SICH ALS DEN AUSDRUCK EINER ELITE DARZUSTELLEN, IHR PROGRAMM AUF EINEN VAGEN "NOMINALISMUS" REDUZIERT, DER AUCH NOCH DIE EIGENSCHAFT HAT, IM TRADITIONELLEN UND VULGÄREN SINNE DEMOKRATISCH ZU SEIN: DIE NATION.

In den schwachen und auf die Niederlage gefaßten bürgerlichen Schichten, deren Desorganisation den Zusammenbruch des bürgerlichen Denkens und der bürgerlichen Kraft zum Ausdruck bringt, herrscht der Relativismus vor. Die einheitliche Organisation aber, die die letzten Kampffähigkeiten der Bourgeoisie zusammenfügt und militärisch organisiert, zeigt, daß sich diejenigen Kräfte der Vergangenheit, die noch imstande sind, sich zu vereinigen, dies nicht auf der Grundlage eines Programms für die zukünftige Geschichte tun (keine bürgerliche Strömung und auch nicht der Faschismus kann ein solches Programm finden), sondern daß sie allein dem instinktiven Entschluß gehorchen, die offensive Verwirklichung des revolutionären Programms zu verhindern. Wenn dieses Programm im Bereich der theoretischen Kritik von den neuen, verführerischen Thesen, die den Artikeln des faschistischen Führers ihren Glanz

verleihen, geschlagen worden wäre, und wenn es von der Bourgeoisie nicht als eine Gefahr angesehen würde, die sich morgen in die Tat umsetzen könnte, dann könnte der Duce seine Schwarzhemden nach Hause schicken und im Namen der relativistischen und aktivistischen Philosophie jene unbewegliche Disziplin aufheben, unter der er sie erklärtermaßen immer mehr halten muß."

ES LEBE DIE STARKE REGIERUNG DER REVOLUTION

Angeichts der Bedrohung durch einen neuen und mächtigen ... parlamentarischen Konkurrenten nahmen die demokratischen Parteien, die Sozialisten vorneweg, wieder ihre Kampagne für einen "Linksblock" auf, der die Aufgabe haben sollte, den Staat und seine Autorität gegenüber den böartigen "illegalen" Attacken der Faschisten wieder zu stärken. Deshalb veröffentlichte die Kommunistische Partei am 3. Dezember 1921 in "Il Comunista" einen Artikel, der mit Vehemenz die klassische Position gegenüber derartigen Ablenkungsmanövern vertrat und ihnen den einzigen und unveränderlichen Weg des Kommunismus entgensetzte:

"VON DER REGIERUNG

Die Demokraten, Sozialdemokraten und Sozialisten schicken sich an, die alte Farce von einem Linksblock wieder aufzuwärmen. Die Position der Kommunisten gegenüber all den Dummheiten, die diese Leute in der Abgeordnetenversammlung von sich geben, ist äußerst einfach.

Es ist völlig falsch zu behaupten, daß es den Faschismus deshalb gibt, weil es an einer Regierung fehlt, die in der Lage wäre, ihn zu unterdrücken. Es ist ein Betrug, glauben zu machen, daß die Bildung einer solchen Regierung und im allgemeinen die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Aktion des Staates und der Aktion der Faschisten vom Lauf der Dinge im Parlament abhängen könnte. Wenn sich diese starke Regierung bilden würde, d.h. eine Regierung, die die Herrschaft des heutigen Gesetzes gewährleisten würde, dann würde sich der Faschismus schon ganz von selbst in den Ruhestand versetzen, VERFOLGT ER DOCH KEIN ANDERES ZIEL ALS DIE TATSÄCHLICHE EINHALTUNG DES BÜRGERLICHEN GESETZES. GERADE DIESES GESETZ ZU ZERSTÖREN, IST ABER DAS ZIEL DES PROLETARIATS. ES HAT MIT SEINER ZERSTÖRUNG BEREITS BEGONNEN UND WIRD DAMIT FORTFAHREN, SOBALD DER KONSERVATIVE WIDERSTAND GEGENÜBER DEN ARBEITERN NACHLÄSST. Eine starke Regierung und ein starker Faschismus machen sich für das Proletariat auf dieselbe Weise bemerkbar: nämlich durch ein "Höchstmaß" an Betrug.

Geben wir einige Erklärungen zu diesen drei obigen Behauptungen, die in völligem Gegensatz zu dem widerlichen Spiel stehen, das die politische "Linke" mit ihren schamlosen Kontakten und Kontrakten im Montecitorio betreibt. Dieser "Linken" wiederholen wir noch

einmal von ganzem Herzen die alte Erklärung, daß sie uns tausendmal mehr anwidert als alle Reaktionäre, Klerikalen und Nationalfaschisten von einst und jetzt.

o o o

Der bürgerliche Staat - dessen wirklicher Machtapparat nicht das Parlament, sondern die Bürokratie, die Polizei, die Armee und die Justiz sind - ist keineswegs dadurch gedemütigt worden, daß er von den wilden Aktionen der faschistischen Banden übergangen wurde. Man kann nicht gegen etwas sein, was man vorbereitet hat und unterstützt: Bürokratie, Polizei, Armee und Justiz sind für den Faschismus, ihren natürlichen Verbündeten, unabhängig davon, welche Zusammenstellung von Hanswürsten im Ministerrock nun an der Macht sitzt.

Um den Faschismus auszumerzen, bedarf es nicht einer Regierung, die stärker als die heutige ist. Es würde schon genügen, daß der Staatsapparat ihn nicht mehr mit seiner Macht unterstützt. Nur gibt es sehr viel tieferliegende Gründe, weshalb der Staatsapparat es heute vorzieht, nicht seine eigene unmittelbare Gewalt, sondern die indirekt von ihm unterstützte Gewalt der Faschisten gegen das Proletariat einzusetzen.

Wir Kommunisten sind nicht so dumm, eine "starke" Regierung zu fordern. Würden wir glauben, man braucht nur zu bitten, um etwas zu bekommen, dann würden wir ganz im Gegenteil eine wirklich schwache Regierung fordern, denn so wären der Staat und seine gewaltige Organisation zu schwach, um sich in das Duell zwischen den Weißen und den Roten einzumischen. Dann würde man den Demokraten à la Labriola zeigen, daß es sich um einen wirklichen Klassenkrieg handelt, und dem Duce, daß es nicht wahr ist, daß seine Siege auf den faulen Pazifismus der Arbeiter zurückzuführen sind. Die Demokraten und Faschisten würden ihre "starke Regierung" dann schon bekommen, allerdings von uns, den Kommunisten. Aber die Hypothese ist absurd.

Der Faschismus ist aus der revolutionären Situation hervorgegangen. Revolutionär deshalb, weil die bürgerliche Bude nicht mehr funktioniert, weil das Proletariat sich schon daran gemacht hat, die ersten Latten einzureißen. Die vulgäre Demagogie und nicht zu übertreffende Niederträchtigkeit der falschen proletarischen Führer verschiedener Schattierungen, die in der sozialistischen Partei ihr Domizil finden, haben zwar den Vormarsch des Proletariats sabotiert. Dies heißt aber nicht, daß das revolutionäre Proletariat Italiens nicht stolz für sich beanspruchen kann, die Initiative ergriffen zu haben zum Angriff auf den bürgerlichen Staat, die Regierung, die kapitalistische Ordnung und auf die Herrschaft jenes Gesetzes, das die Ausbeutung der Arbeiter schützt.

Der Faschismus ist aus der Notwendigkeit entstanden, der umstürzlerischen Initiative des Proletariats mit zwei Methoden zugleich

zu begegnen: erstens mit der versöhnlerischen, demokratischen und parlamentarischen Bestechung, aufgrund derer der Staat weiterhin seine soziale Unparteilichkeit vorschützen kann und zweitens mit der gewaltsamen Repression, der bewaffneten Gegenoffensive gegen die ersten sich herausbildenden Kerne der Kampfarmee der Revolution. Die Lage kann sich ändern: Die kapitalistische Krise kann sich verschärfen oder zeitweilig abschwächen; das Proletariat aggressiver werden oder den Schlägen der Gegenoffensive unterliegen und sich von den Schandtaten der Sozialisten irreleiten lassen. Dies alles sind Hypothesen; welche die wahrscheinlichste ist, können wir hier nicht sagen. Von diesen unterschiedlichen Situationen jedoch wird es abhängen, ob und inwieweit sich die Aufgaben des Faschismus gegenüber der staatlichen Organisation ändern werden. Sollte das Proletariat geschlagen werden, so wird noch am selben Tage jede Regierung automatisch als "stark" auftreten, und die faschistischen Banden werden sich dem Fußball widmen können oder der Huldigung der heiligen Tafeln des herrschenden Rechts. Sollte das Proletariat seinen Angriff wieder aufnehmen, so wird sich das Spielchen des unter der Hand mit den faschistischen Formationen verbündeten Regierungsliberalismus noch einige Zeit fortsetzen, vielleicht unter einer Regierung Nitti oder Modigliani. Aber der Augenblick, wo sich die Faschisten und die Demokraten über die sehr richtige Tatsache einig sein werden, daß der einzige Feind der bestehenden Ordnung das revolutionäre Proletariat ist, wird in diesem Falle nicht lange auf sich warten lassen, und sie werden dann gemeinsam offen für die Sache der Konterrevolution arbeiten.

Mit der Entwicklung dieser sozialen und historischen Phänomene hat die Darbietung, die die Idioten und Gauner augenblicklich im Montecitorio geben, nichts zu tun. Auch die Bildung der "bürgerlichen Linken" mit ihren 150 Deputierten, darunter allein 145 Anwärter auf Ministerialposten, wird keinerlei Einfluß auf diese Entwicklung haben. Ganz im Gegenteil wird sie wahrscheinlich dazu beitragen, daß irgendein Dugoni oder Varcirca oder andere Persönlichkeiten gleichen Kalibers an die Macht kommen, Defätisten bis auf's Mark, wenn es um die Interessen derjenigen Arbeiter geht, die sie leider wählen und die ihrem Gejammer über die faschistischen Gewalttaten zu Unrecht Glauben schenken.

Man gibt vor, durch einfache parlamentarische Manöver eine Regierung herbeiführen zu können, die das Programm verfolgt, die Faschisten zu ent Waffen und den lokalen Staatsapparat als Schutzinstanz der öffentlichen Ordnung wieder Geltung zu verschaffen. Diese Hypothese ist so dumm, daß ein subtiler Kritiker wie Labriola, wenn er sie vertritt, wohl von der plattesten politischen Karrieresucht befallen wurde. Aber nehmen wir einmal an, daß sich diese Hypothese verwirklicht. Welche Folgen würde dies für das Proletariat haben? Wir haben uns nicht zu sehr ausbreiten wollen und haben es auch schon auf einen Begriff gebracht: einen Betrug, den größten Betrug.

Es gab eine Zeit, wo sich das Spiel der Linken von dem der Rechten unterschied, weil letztere die Ordnung mit Zwangsmaßnahmen aufrechterhielt, während Erstere dies mit liberalen Mitteln zu erreichen versuchte. Heute ist die Zeit der liberalen Methoden vorbei, und das Programm der Linken besteht darin, die Rechte bei der Aufrechterhaltung der Ordnung an "Energie" zu überbieten. Diese bittere Pille sollen nun die Arbeiter schlucken, und man versucht sie ihnen mit dem Vorwand zu versüßen, daß es die "Reaktionäre" sind, die die Ordnung stören und daß es die bewaffneten Banden Mussolinis wären, die die Energie der Regierung zu spüren bekämen!

Aber da das Proletariat die Aufgabe hat, diese eure verdammte Ordnung zu zerschlagen, um auf ihren Trümmern seine eigene zu errichten, ist derjenige sein schlimmster Feind, der sie mit der meisten Energie aufrechterhalten will.

Würde man dem Liberalismus Glauben schenken, so könnte das Proletariat von der Bourgeoisie eine liberale Regierung fordern, um unter den geringsten Opfern die Grundlagen seiner Diktatur zu errichten. Es wäre aber ein Verbrechen, den Massen eine solche Illusion zu geben. Deshalb entlarven die Kommunisten das Programm der "Linken" als einen Betrug, sei es wenn sie sich darüber beklagt, daß es keine starke Regierung gibt, sei es, wenn sie über die Verstöße gegen die öffentliche Freiheit stöhnt. Das einzige, worüber man sich freuen kann, ist, daß je mehr der Inhalt dieses Betrugs klar zutage tritt, umso mehr auch der Liberale sich als Polizist erweist. Selbst wenn er sich die Uniform anzieht, um Mussolini zu verhaften, so bleibt er doch nicht weniger ein Polizist, ein Polizist, der Mussolini nicht verhaften wird, aber gewiß vor den Schanzen des Feindes der Arbeiterklasse, dem heutigen Staat, Wache stehen wird.

WIR SIND ALSO WEDER FÜR EINE STARKE NOCH FÜR EINE SCHWACHE, WEDER FÜR EINE RECHTE NOCH FÜR EINE LINKE REGIERUNG. WIR WERDEN NIE DIESE UNTERSCHIEDUNGEN VON REIN PARLAMENTARISCHER BEDEUTUNG SCHLACKEN. WIR WISSEN, DASS DIE STÄRKE DES STAATES NICHT VON HINTERZIMMERMANÖVERN DER ABGEORDNETEN ABHÄNGT, UND WIR SIND FÜR EINE EINZIGE REGIERUNG: DIE REVOLUTIONÄRE REGIERUNG DES PROLETARIATS. WIR ERBITTEN SIE VON NIEMANDEM, WIR BERETEN SIE VOR IN DEN REIHEN DES PROLETARIATS, GEGEN ALLE.

ES LEBE DIE STARKE REGIERUNG DER REVOLUTION!"

Mit diesen Worten, in denen die einzige "Alternative zum Faschismus" klar zusammengefaßt ist, die einzige Alternative, für die die Kommunisten, die dieses Namens würdig sind, kämpfen konnten, möchten wir die Untersuchung des Jahres 1921 abschließen.

(Fortsetzung folgt)

ANMERKUNGEN:

- (13) Ivanoe Bonomi war der Verfasser des 1907 veröffentlichten Buches *"Die neuen Wege des Sozialismus"*, mit dem der italienische Revisionismus eingeleitet wurde. Bonomi vertritt in diesem Buch die Auffassung, daß der Staat nunmehr sein Wesen verändert habe, daß er über den Klassen stehe, von
- (14) Die Aktionsgruppen, die sich *"Fasci"* nannten, wurden zunächst Ende 1914 als

"Fasci di Azione Rivoluzionaria" gegründet, und zwar im Zusammenhang mit der Kampagne für den Kriegsbeitritt Italiens, den sie als einen höchst "revolutionären" Akt betrachteten.

- (15) Wie wir bereits im ersten Teil dieses Artikels erwähnten, waren die *"Arditi"* ursprünglich Sturmbrigaden der regulären Armee gewesen, die mit Dolchen und Handgranaten ausgerüstet waren.
- (16) Bei der "Rede von Quarto" handelt es sich um eine Rede, die im Mai 1915 von Gabriele D'Annunzio in Quarto dei Mille gehalten wurde, einem Ort in der Provinz von Genua, wo sich 1860 die Truppen Garibaldis für ihren Sizilienfeldzug einschifften. In dieser Rede forderte D'Annunzio den Kriegsbeitritt Italiens an der Seite der Ententemächte und im Namen der Vollendung der Einigungskriege des nationalen Risorgimento. Sich wie ein Garibaldi vorkommend, besetzte D'Annunzio im September 1919 mit seinen *"Arditi"* die Stadt Fiume. Bald nach Abschluß des Rapallo-Vertrags zwischen Italien und Jugoslawien wird D'Annunzio von der italienischen Armee aus der Stadt vertrieben (27. - 29. Dezember 1920).
- (17) Die ordinovistische Gruppe Gramscis, die, wenn sie auch bereit war, sich bei dem ersten ... Peitschenschlag zu disziplinieren, immer ihren schwankenden Charakter beibehielt, liebäugelte anfangs mit den *Arditi del Popolo*. Und 1924 zur Zeit der Matteotti-Krise konnte Gramsci es sich auch nicht verkneifen, ... Gabriele D'Annunzio als einem möglichen Opponenten zum Faschismus einen Besuch abzustatten.
- (18) Die *"Carta del Carnaro"* war die von G. D'Annunzio ausgearbeitete und am 8. September 1920 verabschiedete Verfassung der Stadt Fiume. Sie bildete das erste Modell einer korporativen Verfassung, die auf der harmonischen Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit gründete.
- (19) Es handelt sich hierbei um die Namen blutiger Schlachten, die während des ersten Weltkriegs an der italienisch-österreichischen Front ausgetragen wurden.
- (20) Nach ihrer Landung auf Sizilien im Juli 1943 drangen die Alliierten immer weiter nach Norden vor, um Italien "vom Faschismus zu befreien". Zu diesem Zeitpunkt entstanden in Rom und Oberitalien "Nationale Befreiungskomitees", deren Partisanenformationen die Alliierten hinter der deutschen Front unterstützten und auf den Zusammenschluß aller nicht-faschistischen Parteien beruhten.
- (21) Der Futurismus war eine Anfang des 20. Jahrhunderts von Italien ausgehende künstlerische und literarische Strömung, die die Technik und den Krieg verherrlichte. Während des 1. Weltkrieges waren die Futuristen die beharrlichsten Kriegsbefürworter, und ihre bedeutendsten Führer aus der Vorkriegszeit gingen zum Faschismus über.

STURMZONE NAHER OSTEN

DER GOLGATHAWEG DER VERWANDLUNG DER PALÄSTINENSISCHEN BAUERN IN PROLETARIER

Die Schaffung und die Entwicklung des Staates Israel werden von den Bourgeois als eines jener idyllischen Epen dargestellt, für die sie eine spezielle Vorliebe haben. Haben die niemals genug gerühmten Tugenden dieses kleinen Volkes, sein Arbeitseifer, sein Mut und seine Ausdauer, denn nicht etwa die Wüste zum Blühen gebracht? Dieses selbstgefällig verbreitete Märchen verschleiert in Wirklichkeit das Drama der Expropriation der Landbevölkerung. Gewiß haben alle Erdstriche, die einer nach dem anderen dem Eindringen des Kapitalismus geöffnet wurden, dieses Drama kennengelernt; in Palästina aber hat es sich - Fortschritt verpflichtet! - mit einem Ausmaß von Zynismus und Barbarei abgespielt, das seinesgleichen sucht. Überall haben die Kapitalisten versucht, diese Expropriation schlicht und einfach zu leugnen, um den rein philanthropischen (!) Zweck ihres Werkes nicht infragezustellen. In Palästina sind sie mit ihrer Behauptung *"Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land"* sogar soweit gegangen, selbst das Vorhandensein einer exproprierten Bevölkerung zu bestreiten. So macht man es sich freilich noch einfacher. *"In der wirklichen Geschichte"*, sagte schon Marx, *"spielen bekanntlich Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt die große Rolle"*. Für die Bourgeois waren *"Recht und 'Arbeit' von jeher die einzigen Bereicherungsmittel, natürlich mit jedesmaliger Ausnahme von 'diesem Jahr'". In der Tat sind die Methoden der ursprünglichen Akkumulation alles andere, nur nicht idyllisch* (1).

Das "Paradies" in der Negev-Wüste, der blühende Anbau von Südfrüchten und Avocados im Küstenflachland, wie auch der industrielle Boom setzen (und sei es auf der Ebene eines ganz kleinen Landes) die völlige Enteignung der palästinensischen Bauern voraus. Die Geschichte ihrer Expropriation ähnelt der der englischen Bauern, von der Marx sagte, daß sie *"in die Annalen der Menschheit mit Zügen von Blut und Feuer"* (2) eingeschrieben ist.

VOM OSMANISCHEN GESETZ ZUR GROSSEN REVOLTE VON 1933 - 1936

Der Gulgathaweg der ursprünglichen Akkumulation oder besser gesagt seine palästinensische Neuauflage, die nur den auffälligsten

Akt eines Dramas bildet, das die gesamte Region betroffen hat, findet in der Mitte des vorigen Jahrhunderts seinen Anfang. Genauer gesagt, im Jahre 1858, wo das Osmanische Reich, dem Palästina neben anderen Ländern des Nahen Ostens angehörte, das Gesetz über Grundeigentum verkündete. Dieses archaische und überalterte Reich konnte, und sei es auch nur für eine kurze Zeit, mit den modernen Mächten Europas nur dadurch konkurrieren, daß es seinen Druck auf die bäuerlichen Massen verschärfte. Der Zweck dieses Gesetzes bestand darin, an die Stelle des bisherigen Gemein- oder Stammeseigentums das individuelle Bodeneigentum treten zu lassen. Anstatt auf kollektive Weise, mußten die Steuern von nun an individuell entrichtet werden. Im Fall von Nichtzahlung konnte der Einzelne somit persönlich zur Verantwortung gezogen werden, was einen schwächeren Widerstand gegen die Erhöhung der Steuerlasten durch den Staat zur Folge hatte.

Die Bauern, die am Ertrag und an der Verwendung des Bodens nach den Regeln der dörflichen oder Stammesorganisation teil hatten, reagierten auf das Gesetz auf unterschiedliche Weise. Einige weigerten sich ganz einfach, das Gesetz zu befolgen und ließen ihren Bodenbesitz nie amtlich eintragen. Sie waren es, die dann 1948 bei der Schaffung des Staates Israel unter dem Vorwand, daß sie keinerlei Eigentumstitel besäßen, von ihrem Land vertrieben wurden. Andere deklarierten dem Staat nur das jährlich bebaute Drittel ihres Bodens und ließen die zwei brachliegenden Drittel beiseite. Wieder andere ließen eine Fläche eintragen, die noch kleiner als der bebaute Teil war, denn sie wußten sehr wohl, daß der osmanische Staat nicht in der Lage war, wirklich jeden zu kontrollieren. Zahlreiche Dörfer schließlich ließen ihren gesamten Boden auf den Namen von Notabeln eintragen, da diese weniger Steuern zahlten oder davon sogar gänzlich befreit waren. Sie machten sich somit die Sitte des Osmanischen Reichs zunutze, das aufgrund seiner Entfernung gezwungen war, sich die Notabeln zu kaufen, um zu verhindern, daß sie sich an die Spitze der bäuerlichen Revolten gegen die Zentralmacht stellten.

Die Anwendung des Gesetzes hatte also eine Stärkung der Rolle der Notabeln zur Folge,

Ursprünglich waren sie zu Eigentümern geworden, um den Bauern einen "Dienst zu erweisen". Aber es mußte unvermeidlich der Tag kommen, wo ihre Nachkommen versuchen würden, sich diesen Eigentumstitel, den keiner gewollt hatte, zunutze zu machen. Was den Staat anbelangt, so machte er von jener Vorschrift des Gesetzes Gebrauch, derzufolge der herrenlose Boden (in Wirklichkeit der brachliegende oder nicht eingetragene Boden) als Staatseigentum angesehen wurde (dieses Land wurde MIRI genannt), und er begann damit, aufgrund seines Eigentumsrechts riesige Landstriche an libanesischen, syrischen, ägyptischen und iranischen Kaufleute zu verkaufen. Letztere versuchten, von dem Boden wirklich Besitz zu ergreifen, was ihnen je nach dem Widerstand der Bauern mehr oder weniger gut gelang. Diejenigen, die hierbei nicht erfolgreich waren, bewahrten ihre Eigentumstitel auf, um sie dann einige Jahre später zu recht einträglichen Preisen an die zionistischen Organisationen abzutreten.

TABELLE 1 - Herkunft des jüdischen Bodensitzes nach Art des Verkäufers (1920 - 1936)

Zeitpunkt des Kaufs	Proz. Anteil d.v. abwesenden Eigentümern gekauft. Landes	Proz. Anteil d.v. ansässigen Großgrundbesitzern überlass. Landes	Proz. Anteil d.v. Fellachen abgebenen Landes
1920-22	75,4	20,8	3,8
1923-27	86,0	12,4	1,6
1928-32	45,5	36,2	18,3
1933-36	14,9	62,7	22,5

Quellen: A. Granott, *The Land System in Palestine*, London 1952, zitiert von N. Weinstock, *Das Ende Israels?*, Wagenbach 1975, S. 137

Dieser Prozeß führte zu einer wachsenden Konzentration des Grundeigentums, obgleich die wirtschaftlichen Strukturen noch keine tiefgreifende Umwälzung durchgemacht hatten, da ja die Bauern, wenn auch nur ein Teil des Bodens ihr juristisches Eigentum war, im allgemeinen in dessen tatsächlichem Besitz waren. So sah die Lage am Vorabend des Ersten Weltkrieges aus, an dessen Ende das Osmanische Reich seinen Platz an Großbritannien abtreten mußte. Das Interesse Großbritanniens an Palästina erklärt sich einerseits durch die strategische Bedeutung dieses in der Nähe des Suez-Kanals gelegenen Gebiets und andererseits durch die Absicht, dem Entstehen einer großen nationalen antiimperialistischen Bewegung durch die Schaffung eines abhängigen Staates zuvorzukommen, der dieses Gebiet, wo ein einheitliches Nationalgefühl zu erwachsen begann, zerteilen sollte. Das Spiel des britischen Imperialismus fiel mit den Interessen des zionistischen Kapitals zusammen, um in einen gemeinsamen Plan zu münden, der die Schaffung dieses Staates als einem lokalen Wachhund und einem kolonialistischen Unternehmen zugleich vorsah.

Wenn das zionistische Kapital auch schon vor dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs versuchte, in Palästina Siedlungen zu errichten, so konnte es seinen Plan erst unter dem britischen Mandat, insbesondere mit Hilfe der Rothschild-Stiftung (3), auf großer Stufenleiter verwirklichen, wobei es diesmal aber die Produktionsverhältnisse von Kopf bis Fuß umwälzte. Das Aufkaufen von Land durch die JCA (Jewish Colonization Association), die zu diesem Zwecke gegründet worden war, konnte natürlich nichts anderes bedeuten als die Beseitigung der palästinensischen Pächter und Bauern. In der Tat, wenn auch die Eigentumstitel für diesen Boden in den Händen der abwesenden (d.h. nicht auf den Gütern ansässigen) Großgrundbesitzer lagen, die sie ohne Schwierigkeiten zum größten Teil schon in den ersten Jahren abgaben (siehe die Zahlen der Tabelle 1), so bildete der Boden, auf den diese Eigentumstitel lauteten, für die palästinensischen Bauern doch die unerläßliche Lebensgrundlage.

Der enteignete Fellache wurde also zum Landarbeiter auf seinem eigenen Boden. Die grausame Ausbeutung der lokalen Arbeitskräfte durch das jüdische Kapital Anfang des Jahrhunderts verschärfte sich noch durch das Prinzip der "jüdischen Arbeit", das zum Schutze der kolonialistischen Niederlassungen angewandt wurde und aufgrund dessen der Eingewanderte den Fellachen von seiner Arbeit vertrieb. Die zionistischen Fonds übernahmen die Aufgabe, die Lohndifferenz zu zahlen, um die Einstellung europäischer Arbeitskräfte zu ermöglichen. Auf die Dauer freilich mußte diese Lage zu gewaltsamen Zusammenstößen führen, hatte man den vertriebenen Bauern doch nur noch die Möglichkeit gelassen, zu krepieren, während sie zuschauen durften, wie sich die Kolons auf ihrem Boden niederließen. Aus diesem Grunde kam es zu den fast ständigen sozialen Revolten von 1921, 1925, 1929, 1933, 1936 usw.

1921, drei Jahre nach der Ankunft der Engländer, hatte sich die Lage so zugespitzt, daß ein wahrhaftiger Aufstand im ganzen Land losbrach. Die hiervon am meisten betroffenen Gebiete waren Safad im Norden sowie Hebron und Jerusalem im Zentrum. Die Wut der Bauern richtete sich im wesentlichen gegen die Zionisten, deren Siedlungen hart angegriffen wurden. Die englische Armee, die für diese Art von Mission schon immer eine Schwäche hatte, übernahm die Aufgabe, "Ruhe und Frieden" wiederherzustellen. Sie mußte, selbstverständlich aus edlen Beweggründen heraus, die "Minderheit" von Verantwortungslosen unterdrücken, und es kam zu Massenhinrichtungen, Erhängungen usw. Diese Unruhen fanden in der Revolte von 1936, die drei Jahre dauerte und in den Städten von einem hervorragenden sechsmonatigen Generalstreik begleitet wurde, ihren Höhepunkt. Die diese Revolte tragende Kraft war nicht mehr die Bauernschaft oder die Bourgeoisie, sondern bereits das seiner Arbeits- und Subsistenzmittel beraubte Landproletariat und die entstehende, vor allem in den Häfen und in der Erdölraffinerie von Haifa konzentrierte Arbeiterklas-

se.. Man muß im Übrigen festhalten, daß diese Bewegung zunächst von den Städten ausging, um dann sehr schnell auf das Land überzugreifen, wo eine Guerilla entstand, die sowohl die palästinensischen Grundbesitzer als auch die englischen und zionistischen Kolonisatoren angriff. In der Tat gab es zahlreiche Grundbesitzer, die von den palästinensischen Revolutionären angegriffen wurden, weil sie das Land den Zionisten verkauft hatten: Für die enteigneten Bauern war es klar, daß es ihr Elend war, an dem sich die Bodenspekulanten bereicherte.

Aufgrund der stalinistischen Konterrevolution und dem Fehlen einer proletarisch-revolutionären Bewegung in Europa, die in der Lage gewesen wäre, der palästinensischen Revolte zu Hilfe zu eilen, standen die palästinensischen Revolutionäre der Kriegsmaschinerie des britischen Imperialismus ganz allein gegenüber. Nichtsdestoweniger war letzterer gezwungen, den Waffenterror mit Unabhängigkeitsversprechen und ähnlichen Manövern zu begleiten, um der Revolte ein Ende zu bereiten. Er mußte sogar die in seinem Dienste stehenden arabischen Feudalherren und die kleinen Könige der Region zu Hilfe rufen. Letztere haben die Palästinenser "brüderlich" dazu aufgerufen, die Waffen schweigen zu lassen und den guten Absichten der Regierung seiner Majestät zu vertrauen. Und damit sie diesen Aufruf besser vernahmen, half man noch ein wenig nach: Für die Widerstandskämpfer, die versuchten nach Transjordanien zu fliehen oder sich dort Waffen und Lebensmittel zu besorgen, sowie auch für diejenigen aus diesem Gebiet, die sich freiwillig den Aufständischen anschließen wollten, wurden die Grenzen von Transjordanien geschlossen (wo damals Prinz Abdallah, der Großvater des heutigen Schlächters von Amman, herrschte, der 1952 dann von einem Palästinenser ermordet wurde).

Aus dieser Epoche stammen auch die Gesetze über die Kollektivhaftung der arabischen Dörfer und Distrikte, jene terroristischen Köstlichkeiten, die der halb-barbarische orientalische Despotismus an die Zivilisation des westlichen Kapitalismus weitervererbt hat. Dem Wortlaut dieser Gesetze zufolge sind die Dorfbewohner gezwungen, die Polizeiabteilungen bei ihren Strafverfolgungen zu beherbergen, und die Bevölkerung wird für die in diesem Gebiet vorkommenden Aktionen, von wem auch immer sie ausgehen, als verantwortlich betrachtet. Sie untersteht also dem Kriegerecht, und zur Abschreckung dürfen alle Wohnungen, wohin sich "Aufständische" geflüchtet haben, zerstört sowie Internierungen von den Behörden vorgenommen werden. So wurden zum Beispiel nach einer Operation, die eine Telefonleitung in Galiläa kappte, drei Dörfer von der britischen Armee belagert. Alle Männer mußten sich in einer Reihe aufstellen, und dann wurde abgezählt: diejenigen, die das Pech hatten, die Zahl 10, 20, 30 usw. zu erwischen, wurden vor den Augen aller Dorfbewohner erschossen.

Mit solchen Methoden also beabsichtigte das

christliche und demokratische England, die Revolte der landlosen, brotlosen und arbeitslosen Bauern niederzuschlagen. 30 000 Soldaten wurden damit beauftragt, eine Bevölkerung zu kontrollieren, die nicht einmal 800 000 Einwohner überschritt! Alle Streikführer wurden eingekerkert. Die feudalen und religiösen Notabeln, die sich an die Spitze der Bewegung setzten, leisteten den Kolonialisten dabei eine entscheidende Hilfe: In Verbindung mit dem Prinzen Abdallah, der ein so grausames Gedenken hinterließ, waren sie ständig bemüht, den Kampf zu hintertreiben, indem sie sich zusammen mit den Engländern auf die Suche nach einer "Lösung" der Situation machten. Die Briten starteten eine Großoffensive, während derer die aufständischen Dörfer bombardiert wurden (ein gutes Beispiel, dem die Israelis heute nacheifern). Die Bilanz: 5 000 Palästinenser kamen um und 2 500 wurden verhaftet. (4)

Die heldenhafte Tatkraft, die die palästinensischen Arbeiter und Bauern in jenen Jahren unter Beweis stellten, wurde gebrochen. Die fürchterliche Isolierung, in der sie sich aufgrund der internationalen Lage befanden, verhinderte jede Erweiterung des Horizonts, die ein Zusammenfließen dieser Revolte mit dem Kampf der ausgebeuteten Massen des gesamten Gebiets gegen das koloniale Joch und die alten Klassen ermöglicht hätte. Darüber hinaus wurde diese Revolte von dem lastenden Gewicht der sozialen Rückständigkeit des Landes gelähmt, die sich auch in der halbfeudalen und halbreligiösen Führung dieser Bewegung ausdrückte.

Wenn die Arbeiterklasse keine größere Rolle spielen konnte, so auch weil die Partei, die sie zu vertreten vorgab, nämlich die Kommunistische Partei Palästinas, einer völlig falschen Orientierung folgte, die im übrigen von der Internationale, an der nurmehr der Name kommunistisch war, noch verschlimmert wurde. Anstatt sich von einer religiösen und reaktionären Führung abzugrenzen, wurde die KPP, in der mehrheitlich antizionistische jüdische Arbeiter, aber auch eine Minorität von arabischen Arbeitern kämpften, von der stalinisierten Internationale dazu gezwungen, den Mufti von Palästina, Hadj Amin Husseini, zu unterstützen, der eine Art Vorwegnahme von Khomeini, wenn noch nicht Schlimmeres war. Eine solche Haltung mußte die Proletarier völlig desorientieren und die Entwicklung nationalistischer Tendenzen auf beiden Seiten begünstigen. Die arabischen Arbeiter, die feststellen mußten, daß ihre Partei den reaktionärsten Flügel der Bewegung unterstützte, verließen die Partei, um sich weniger gemäßigten, nationalistischen Organisationen anzuschließen; die jüdischen Arbeiter ihrerseits konnten eine solche Position nicht unterstützen, ohne gleichzeitig, völlig entwaffnet, der verlogenen "antifeudalen" Propaganda des Zionismus ausgeliefert zu sein. Hier wie anderswo hat die stalinistische Konterrevolution die Klassenpartei völlig zerstört, was ihr in Palästina mit um so größerer Leichtigkeit gelingen konnte, als das Proletariat hier erst im Entstehen

und vor allem, bedingt durch die koloniale Situation, fürchterlich zersplittert war.

Die Revolte von 1933 - 1936, so mutig sie auch war, endete also im völligen Fiasko. Trotz des zeitweiligen Rückzugs Großbritanniens, das sich gezwungen sah, für einige Jahre die jüdische Einwanderung zu beschränken, wurde die zionistische Bewegung immer stärker. Die palästinensische Bewegung versank in einer derartigen Verbitterung und Enttäuschung, daß man zweifelsohne behaupten kann, daß der schmerzliche Ausgang des Krieges von 1948 teilweise bereits 1936 vorprogrammiert war.

DIE GEBURT ISRAELS UND DER EXPROPRIATIONSKRIEG

Am Ende des zweiten Weltkrieges begann das alte englische Empire, seinen Posten an den imperialistischen amerikanischen Koloß abzutreten. Der zionistischen Bewegung kam dies um so mehr gelegen, als die englische Präsenz ihr unangenehm, ja geradezu unerträglich geworden war, was einige zionistische Gruppen, die so schnell wie möglich ihren Staat aufbauen wollten, dazu veranlaßte, eine anti-englische, terroristische Bewegung zu bilden, in der sich übrigens Begin seine ersten Sporen verdiente. Großbritannien verlangte es nur noch danach, seine Verantwortung für Palästina loszuwerden, und es reichte den Kelch an die UNO weiter, dieser neuen "Räuberhöhle", die auf den Trümmern des zusammengebrochenen Völkerbundes aufgebaut worden war.

Die Vorbereitungen für die Bildung eines jüdischen Staates führten 1947 zum israelisch-arabischen Krieg. Während die Delegierten der tugendhaften bürgerlichen Nationen in den prunkvollen Salons der UNO noch lang und breit darüber schwatzten, obwohl ein Jude und ein Araber zusammenleben können, ohne sich gleich an die Gurgel zu wollen (tja, mein Lieber, bei diesen Orientalen weiß man ja nie so richtig...), oder ob es nicht besser sei, sie durch Stacheldraht voneinander abzuschirmen, wurde am 14. Mai 1948 der Staat Israel gegründet. Dies führte zu einem regelrechten Wettrennen zwischen Truman und Stalin, denn jeder wollte diesen neuen Staat als erster anerkennen. Vor allem aber wurde hiermit die Jagd auf die Palästinenser auf breiter Ebene eingeläutet.

Bislang hatte die Geschichte nur einen Vorgesmack für die kapitalistische Barbarei geliefert. So viel ruinierte Bauern wie möglich aus dem Land hinauszuschmeißen, war von nun an erklärtermaßen das Ziel. Der Golgathaweg der schottischen Bauern, den Marx beschrieben hatte, fand hier seine Neuauflage auf großer Stufenleiter: *"Lichtung und Vertreibung des Volks werden von den Eigentümern (d.h. in unserem Falle den Zionisten) als festes Prinzip verfolgt, als eine agrikole Notwendigkeit, ganz wie Bäume und Gesträuch in den Wildnissen Amerikas und Australiens weggefeht werden, und die Operation geht ihren*

ruhigen, geschäftsmäßigen Gang" (5).

Wegen sowohl internationaler wie auch lokaler Gründe konnte Israel damals nicht ganz Palästina besetzen. In der Tat war der Enteignungsprozeß in gewissen Gebieten weniger fortgeschritten als in anderen: So hatten die Zionisten an dem bergigen Mittelpalästina weniger Interesse; außerdem sollte sich der Staat Israel im Rahmen einer von der UNO gepredigten Aufteilung nur einen Teil Palästinas zu eigen machen. Der tatsächlich besetzte Teil war jedoch größer als im Aufteilungsplan vorgesehen, wenn auch das Westjordanland und der Gazastreifen der zionistischen Eroberung vorläufig entgingen. Ersteres fiel dem Prinzen Abdallah zu, der bei dieser Gelegenheit von den Engländern zum König von Jordanien ernannt wurde, während der Gazastreifen an Ägypten ging. Nahezu eine Million palästinensischer Arbeiter und Bauern wurden aus ihren Häusern vertrieben. Diesmal machte sich die Bourgeoisie nur lustig über das hochheilige Eigentumsrecht, die Legalität und andere Bauernfängereien. Die brutale Gewalt, der Terror, das Massaker und die Ausrottung wurden zum höchsten Gesetz erhoben, um als Grundlage für die gesamte spätere Legalität zu dienen.

Man braucht die elenden Bedingungen, in die die palästinensischen Massen abgeschoben wurden, gar nicht erst zu beschreiben. Sie standen den Konzentrationslagern in nichts nach, aus denen ja gerade erst jene hunderttausenden von Juden gekommen waren, die vom Imperialismus nach Palästina getrieben worden waren und denen man weisgemacht hatte, der wiedergefundene Garten Eden würde dort auf sie warten. Sicher jedoch ist, daß diese Millionen von Entwurzelten, von zwangsweisen Arbeitslosen das wacklige regionale Gleichgewicht für immer brechen und zum Epizentrum der sozialen Revolten des Mittleren Ostens werden sollte.

Trotz des verbissenen Versuchs der israelischen Behörden, die größtmögliche Zahl von Palästinensern zu vertreiben - wobei sie weitgehend erfolgreich waren - ist es doch einer Minderheit gelungen, dazubleiben: 1948 lebten ungefähr 170 000 Palästinenser innerhalb des Staates Israel. Heute sind es mehr als 500 000. Diese Bevölkerung hat eine unerhörte Unterdrückung erleiden müssen, die vielleicht nur in den afrikanischen Siedlerkolonien ihresgleichen findet. Die palästinensische Bevölkerung wurde unter das Caudinische Joch eines ausgesprochen grausamen Militärregimes gezwängt, dessen "legale" Grundlage übrigens nichts anderes als die berühmten britischen Erlasse aus der Mandatsperiode waren, zu denen u.a. die 1945 verkündeten *Emergency Defence Regulations* zählten, die zur Bekämpfung der jüdischen Widerstandsbewegungen gegen die britische Besetzung dienen sollten.

Hier sind zwei betroffene Zeugen. Für den ersten *"geht es um folgende Frage: Wird man uns alle dem legalen Terror unterwerfen? ... Oder werden wir die Freiheit des Individuums*

bewahren können? Werden die Behörden in das Leben eines jeden Individuums eingreifen können, ohne daß eine Garantie für unser Leben besteht? Der Bürger hat keine einzige Garantie gegen eine willkürliche Verhaftung auf Lebenszeit (...) Es gibt weder Möglichkeiten der Beschwerde (...) noch der Berufung (...) Es steht den Behörden absolut frei, einen Bürger nach Gutdünken zu deportieren. Es bedarf nicht einmal eines wirklichen Vergehens. Eine Anordnung in einem dieser Büros genügt bereits, und das Schicksal eines Menschen ist entschieden". Der zweite erklärte: "Für das Regime, das mit der Verkündung der Defence Regulations in Palästina errichtet worden ist, gibt es in keinem einzigen zivilisierten Land ein entsprechendes Beispiel. Selbst in Nazi-Deutschland gab es nicht solche Gesetze." Diese Erklärungen wurden auf einem Juristentreffen gemacht, das am 7. Februar 1946 in Tel-Aviv stattfand, um gegen die ... englische koloniale Unterdrückung zu protestieren. Die erste Bemerkung stammt von Bernard (Dov) Joseph, dem späteren israelischen Justizminister, die zweite von J. Shapira, der zum Oberstaatsanwalt der israelischen Republik werden sollte. (6) Es dauerte keine zwei Jahre, und diese "Nazi"-Barbarei wurde von den Zionisten gegen die Palästinenser angewandt.

Aber die koloniale Raubgier Israels, dieses monströsen Gebildes, das aus der Umarmung des Zionismus mit dem westlichen Kapitalismus gezeugt wurde, gab sich mit dieser barbarischen Gesetzgebung noch lange nicht zufrieden. Man mußte das terroristische Arsenal der Defence Regulations noch perfektionieren, was man dann auch mit den weiteren verabschiedeten Gesetzen tat, die - unter dem Deckmantel des Kriegszustandes - darauf abzielten, die Plünderungen zu legalisieren.

Eines der Meisterwerke dieser Gesetzgebung war das "Gesetz über das Eigentum der Abwesenden". Als Abwesender betrachtet wurde dem Gesetzestext zufolge "Jede Person, die in der Periode vom 19. November 1947 bis zum 19. Mai 1948 Eigentümer eines Stück Bodens in Israel war und die in dieser Periode: Bürger des Libanon, Ägyptens, Saudi-Arabiens, Jordaniens, des Irak oder Jemen war; oder sich in diesen Ländern oder irgendwo in Palästina außerhalb von Israel aufgehalten hat; - oder palästinensischer Bürger war und den Wohnort in Palästina verlassen hat, um sich in einem Gebiet niederzulassen, das von Mächten beherrscht wurde, die gegen die Errichtung des Staates Israel kämpften." (7)

In dem angegebenen Zeitraum hatten zahlreiche Menschen ihren Aufenthaltsort gewechselt, um aus den Gebieten, wo sich die schärfsten Auseinandersetzungen abspielten, zu fliehen. Man kann sich vorstellen, wie viele Bauern, die als abwesend betrachtet wurden, während sie sich nur einige hundert Meter weiter niedergelassen hatten, zusehen mußten, wie ihr Land konfisziert wurde. Eine andere tugendhafte Eigenschaft dieses Gesetzes bestand darin, daß es die Beschlagnahme der Kirchländereien und -güter (mehr als 6%)

ermöglichte: Gott selbst war abwesend!

Ein anderes Gesetzesmonument waren die berühmte "Notstandsverordnungen". Damit konnten bestimmte Gebiete zu "Sperrzonen" bzw. "Sicherheitszonen" erklärt werden. Sie dürfen dann nur mit einer schriftlichen Genehmigung der Militärregierung betreten werden. Laut einer anderen Verfügung hatten die Bewohner eines Dorfes, wenn es zur "Sicherheitszone" erklärt worden war, nicht mehr das Recht, dort weiterhin zu wohnen. Mehr als 12 Dörfer in Galiläa mußten aus diesem Grunde aufgegeben werden: So will es das Gesetz! Noch weitere Regelungen ähnlicher Art wurden getroffen. Während so zum Beispiel die eine Verfügung es ermöglichte, bestimmte Regionen zu "zeitweiligen Sicherheitszonen" zu erklären, was dazu führte, daß die Bauern ihr Land nicht bebauen konnten, gab es gleichzeitig eine andere, die den Staat dazu autorisierte, den Boden, der "eine bestimmte Zeit lang nicht bebaut wurde", zu konfiszieren. Dem Gesetz geht auch nichts durch die Lappen...

Die "Notstandsverordnungen" von 1949 ergänzten und vollendeten dieses herrliche juristische Bauwerk der englischen "Notstandsgesetze" von 1945. Sie statten die Militärbehörde mit allen Vollmachten aus, damit sie die "öffentliche Sicherheit" gewährleisten kann. So hat sie das Recht, Wohnungen und Fahrzeuge zu durchsuchen, Haftbefehle auszustellen, Prozesse im Schnellverfahren anzustrengen, die hinter geschlossenen Türen ablaufen und bei denen keine Berufung eingelegt werden kann, die Bewegungsfreiheit der Personen zu beschränken, ihre Wohnsitze zu bestimmen und sie ins Ausland zu deportieren. So genehmigt zum Beispiel der Artikel 119 die Konfiszierung von Land, während der Artikel 109 es der Armee erlaubt, jeder Person den Aufenthalt in den von ihr bestimmten Gebieten zu untersagen und ihr Restriktionen aufzuerlegen, die die Aufnahme und Ausübung einer Arbeit betreffen. Die Erklärung für eines der Geheimnisse der Demokratie wird hier greifbar: Sie kann es sich leisten, die offene Gewalt der Klassenunterdrückung - zu der hier noch die Rassen- und nationale Unterdrückung hinzukommt - mit dem scheinheiligen Schleier des Rechts zu versehen. (8)

Mit diesen Mitteln also hat der Zionismus für das Kapital das Land von seinen Bewohnern gesäubert. Man kann sagen, daß die Expropriation der palästinensischen Bauern in den 1948 eroberten Gebieten heute so gut wie abgeschlossen ist. (9) Die Bodenknaptheit erstreckt sich sogar auf die Städte und Dörfer, wo die Bevölkerung zusammengepfercht ist und wo das zur Bebauung freigegebene Gelände ausgesprochen begrenzt ist.

Was aus jener, 1948 noch vorwiegend bäuerlichen Bevölkerung, die in Israel geblieben ist, geworden ist, läßt sich aus der Tabelle 2 ersehen:

TABELLE 2 - Verteilung der arabischen Arbeitskräfte auf die wichtigsten Tätigkeitsbereiche

in %	1954	1966	1972
Landwirtschaft	59,9	39,1	19,1
Industrie	8,2	14,9	12,5
Baugewerbe und öffentl.Arbeiten	8,4	19,6	26,6
andere Bereiche	23,5	26,4	41,8
	100	100	100

Quelle: Statistisches Jahrbuch Israels, 1955 bis 1973

Es ist nicht unwichtig festzustellen, daß fast alle im industriellen Bereich beschäftigten Araber Lohnarbeiter sind. Die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung setzt sich zu 58% aus Proletariern zusammen, was bedeutet, daß 1972 nur noch weniger als 10% der israelischen Araber an die Scholle gefesselt sind. Was die Dienstleistungen anbelangt, so werden sie mehrheitlich von Lohnarbeitern erbracht, so daß bereits 1970 die Arbeiter und ihnen Gleichgestellten 72,6% der arbeitenden arabischen Bevölkerung ausmachten. (10) Die neue Generation der in Israel lebenden Palästinenser besteht also im wesentlichen aus Proletariern, obgleich sie weiterhin auf dem Lande wohnen (1967 lebten 74% der palästinensischen Bevölkerung dort). Das ihnen Unterkunft gewährende Dorf ist zu einem Ghetto geworden, in das der Staat Israel sie einzusperren versucht. Diese überausgebeuteten und unterbezahlten Arbeiter (in manchen Fällen erhalten sie für die gleiche Arbeit nur den halben Lohn) sind gezwungen, stundenlange Fahrten in aus den Nähten platzenden Autobussen auf sich zu nehmen, um zu ihrer Arbeit und wieder zurück zu kommen.

Diese Proletarier haben einen Golgathaweg durchgemacht, der ihnen Elend, Kriege, Demütigungen und Massaker bescherte, die sich in ihr Gedächtnis tief eingegraben haben. (11) Der Notstand wurde 1966 zwar aufgehoben, was aber keineswegs die Aufhebung der ihn charakterisierenden Gesetze bedeutet. Die Vorrechte der Militärmacht wurden nur auf die verschiedenen Stellen der Zivilverwaltung, insbesondere auf die der ... Polizei übertragen. *"Welche Rechte und Freiheiten den Einwohnern Israels auch immer per Gesetz oder per Gewohnheit zugestanden werden mögen, sie können aufgrund von Sicherheitserwägungen immer wieder in Frage gestellt werden, ohne daß die Legalität dadurch formell verletzt wird."* (12)

Die paar Überlebenden Bauern sind erst kürzlich wieder Opfer dieser Möglichkeit gewesen, die terroristische Gesetzgebung ohne weiteres wieder in Kraft treten zu lassen. So hat man 1976 unter dem Vorwand der "Flurbereinigung" der arabischen Bevölkerung 10 000 Hektar Land entrissen. Dieser Angriff auf den ihr noch gebliebenen, armseligen Winkel führte zu Massendemonstrationen, Streiks und Zusammenstößen

mit der Polizei und Armee. Letztere verhängte das Ausgehverbot und fiel in zahlreiche arabische Dörfer ein; sechs Araber wurden getötet, und es gab -zig Verletzte. Die Episode wurde "Tag des Bodens" getauft. Vor allem wird diese Gesetzgebung heute gegen jeden Protest gegenüber dem Staat angewandt. Und wer hat den meisten Grund zum "Protestieren", wenn nicht gerade die Arbeiterklasse?

Seit 1967 in Kontakt mit der neuen Welle von palästinensischen Arbeitern, die ihrerseits im Gazastreifen und im Westjordanland unter israelischer Besetzung leben, erwacht diese Arbeiterklasse um so kühner zum Kampf, als sie ihre Wut allzu lange unterdrückt hat. (13)

ERNEUTE EXPROPRIATIONSWELLE MIT DEM KRIEG VON 1967

Gesamtpalästina ist ein winziges Land. Es umfaßt eine Fläche von 27.000 km², was in etwa der Größe Belgiens entspricht. Ein Drittel des Landes besteht aus Wüstengegenden, wo der Ackerbau sehr schwierig und vor allem sehr kostspielig ist. Israel besetzte 1948 fast 21.000 km². Es ist offensichtlich, daß das ehrgeizige zionistische Kapital, auf einen so engen und kärglichen Rahmen beschränkt, seinen Riesen hunger nicht stillen kann. Unter derartigen Bedingungen wird die Expansion zu einer Notwendigkeit, der Expansionismus zur Staatsreligion.

So hat Israel im Jahre 1967 das Westjordanland und den Gazastreifen an sich gerissen, wo sich dann das Phänomen von 1948 wiederholt hat. Der Gazastreifen wurde 1967 von 450 000 Palästinensern bewohnt. Zwei Drittel hiervon (316 775 im Januar 1967) waren Flüchtlinge, die aus der fruchtbaren Ebene von Jaffa kamen, von wo man sie 1948 vertrieben hatte. Mehr als 100 000 Bewohner des Gazastreifens, von denen viele bereits zum zweitenmal die Flucht antraten, sahen sich gezwungen, in die Nachbarländer auszuwandern. Das Westjordanland, das 1967, d.h. vor der Besetzung, von ungefähr 850.000 Menschen bewohnt wurde, zählte drei Jahre später nur noch 650.000 Einwohner, was darauf hinweist, daß mehr als 200.000 Palästinenser in diesem Gebiet alles stehen und liegen lassen mußten, um sich in den Elendslagern, die man so schön "Flüchtlingslager" getauft hat, niederzulassen. Mehr als 300.000 Menschen wurden so gezwungen, aus dem einen oder dem anderen Grund, ihre Bleibe aufzugeben, was für sie aufgrund der israelischen Gesetzgebung, die für die Landvertreibung wie geschaffen ist, ein Rückkehrverbot zur Folge hatte.

Das berüchtigte Gesetz über die abwesenden Besitzer hat vollauf funktioniert: 33.000 Hektar Land waren hiervon betroffen. 16% des gesamten Staats- oder Gemeineigentums an Land sind automatisch in die Hände der Besatzer übergegangen. Darüber hinaus hat Israel mehr als 10.000 Häuser der sogenannten "Abwesenden" requiriert, die mittlerweile zu in Lagern zusammengepferchten Flüchtlingen

geworden waren. Aber hierbei handelt es sich letztendlich um ein recht gewöhnliches Verfahren. Man hat sich daneben noch andere und raffiniertere Vorgehensweisen einfallen lassen: So haben die Zionisten im Dorf Akraba im Westjordanland zum Beispiel die Kulturen durch Besprühen mit chemischen Mitteln zerstört. Man braucht wohl nicht hinzuzufügen, daß der Staat sein ganzes, bereits so bewährtes terroristisches Arsenal hervorholt hat. Laut den Erklärungen, die der ehemalige Verteidigungsminister Shimon Peres persönlich vor der Knesset abgegeben hat, ist es zu mehreren tausend Vertreibungen gekommen; 23.000 Palästinenser wurden im Laufe der Jahre 1967 - 73 eingekerkert und zwischen 1967 und 1971 wurden infolge des höchst biblischen Prinzips der Kollektivhaftung 16.312 Häuser zerstört. Zahlreiche Dörfer, wie zum Beispiel Latrun, Amuas, Yuli und Beit Nuba wurden schlicht und einfach von der Landkarte gestrichen.

Auf den Ländereien, mit mit Hilfe dieser vom Staat organisierten Gangstermethoden konfisziert worden waren, konnte die Kolonisierung bereits im Oktober 1967 beginnen. 1971 zählte man auf den erst vor kurzem besetzten Gebieten bereits 52 Siedlungen. (14) Seitdem sind immer wieder neue Niederlassungen und neue Projekte entstanden, und noch heute kommt es zu einer regelmäßigen Beute. (15)

Es versteht sich fast von selbst, daß der arabischen Bevölkerung in diesen Gebieten mehr noch als in Israel jede Möglichkeit der Meinungsäußerung, des gewerkschaftlichen und des unabhängigen politischen Zusammenschlusses verwehrt ist. Der geringste Verdacht auf Zugehörigkeit zu einer subversiven Organisation hat für tausende von Palästinensern schon zu einer jahrelangen, wenn man alles zusammenrechnet zu einer jahrhundertelangen Gefängnisstrafe geführt, die sie in den so angenehmen und gastfreundlichen zionistischen Kerkern verbüßen durften und dürfen.

Von der Gesamtbevölkerung des Westjordanlandes und des Gazastreifens, die 1970 auf mehr als eine halbe Million Einwohner geschätzt wurde und die heute trotz der massiven Auswanderung in die Erdölländer höher liegen dürfte, gehen wahrscheinlich mehr als 100 000 Palästinenser täglich in Israel arbeiten. 1973 passierte von den in diesen Gebieten lebenden Werktätigen und Lohnabhängigen jeder dritte bzw. jeder zweite täglich die Grenze. In Anbetracht der Tatsache, daß der Proletarisierungsprozeß in diesen Gebieten immer weiter fortschreitet, während der lokale Arbeitsmarkt stagniert, wenn nicht gar zusammenschrumpft, dürfte der Anteil der Grenzgänger heute zweifelsohne höher liegen.

Diese Proletarier dürfen nicht in Israel wohnen; um dort arbeiten und sich bewegen zu können, brauchen sie eine Erlaubnis; in Israel selbst verfügen sie über keinerlei Rechte, und in den besetzten Gebieten unterliegen sie dem militärischen Ausnahmezustand. Dies alles ermöglicht es, sie auf die bestialischste Weise auszubeuten.

TABELLE 3 - Durchschnittlicher Tageslohn der Palästinenser aus Westjordanien und Gaza (P) verglichen mit dem der Israelis (I)

in is- Pfund	allg. Durch- schnitt		Land- wirt- schaft		Industrie		Baugewer- ge	
	P	I	P	I	P	I	P	I
1972	17,2	34,4	15,4	22,2	15,6	33,1	19,1	31,1
1973	22,9	42,8	20,6	25,7	21,6	40,7	25,1	38,1

Quelle: Jamil Hilal, "Les Palestiniens de Cisjordanie et de Gaza", in *Khamsin* Nr. 2, 1975, S.51. Bei den Angaben für die israelischen Löhne wurden die Unterschiede zwischen den Juden und Arabern nicht berücksichtigt.

So erhält der palästinensische Arbeiter aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen, der sowieso schon in den am schlechtesten bezahlten Bereichen arbeitet (1973 waren 52% auf dem Bau und 19% in der Landwirtschaft tätig), wie aus Tabelle 3 hervorgeht, nur einen halb so hohen Lohn wie der israelische Arbeiter (und dabei ist noch nicht einmal der bereits tiefgreifende Unterschied zwischen dem jüdischen und dem arabischen Israeli berücksichtigt).

Diese Diskriminierung wird noch durch den offenen Raub, den der israelische Staat praktiziert, verschärft: Dem palästinensischen Arbeiter werden in der Tat noch 40% seines Lohns in Form verschiedener Abgaben abgezogen, was einen Prozentsatz ausmacht, der weit über allen steuerlichen Abzügen liegt, die der israelische Arbeiter hinnehmen muß, der seinerseits dafür allerdings einige "Vorteile" erhält, wie zum Beispiel Krankenversicherung, Arbeitslosengeld, bezahlten Urlaub, Altersversorgung usw. Der palästinensische Arbeiter aus den besetzten Gebieten hat keinerlei Anspruch hierauf. Es ist ein wahrhaftiger Tribut, den er an den Staat leisten muß, während er selbst unter Bedingungen der totalen Unsicherheit arbeitet.

Mögen die arabischen nationalistischen Zeitungen auch immer wieder in ihren Spalten mißbilligend gegenüber Israel ausrufen: "Sie stellen uns unsere Arbeiter", so ist es doch eine Tatsache, daß die palästinensischen Arbeiter die in Israel existierende doppelte Ausbeutung gerade deshalb erleiden, weil der vom arabischen Unternehmer gezahlte Lohn noch katastrophaler aussieht und ein Überleben noch weniger ermöglicht. In der Tat ist es der rückgratlosen palästinensischen Bourgeoisie, die keinen Mumm in den Knochen hat, unmöglich, mit dem zionistischen Kapital zu konkurrieren. Sie kann bestenfalls dessen Statthalter abgeben, auch wenn sie dabei vor sich hin wettet. So schließt die israelische Bourgeoisie wegen der geringeren Kosten der Arbeitskraft in Gaza und Westjordanien zahlreiche Verträge mit palästinensischen Firmen, die als Arbeitszulieferer dienen. Beide Bourgeoisien stoßen sich daran gesund. Die israelische Bourgeoisie

profitiert von den geringeren Löhnen, die die arabischen Unternehmer den Arbeitern aufzwingen können, und sie bringt dabei auch gleich die schwachen feindseligen Anwandlungen der palästinensischen Bourgeoisie zum Schweigen, während es letzterer aufgrund des guten Gangs der Geschäfte gelingt, zu "prosperieren" und weiterhin immer mehr auszubeuten.

Zur Zeit des Krieges von 1948 hatte sich der palästinensische Kampf noch nicht von dem Schock, den er durch die Niederlage in der Revolte von 1933 - 36 erlitten hatte, erholt, und der Widerstand war deshalb auch nur schwach. Die Entfesselung des Sechstagekriegs durch Israel sowie auch der Zorn, den die kleinmütige Haltung der arabischen Regierungen hervorrief, führten zur massiven Revolte und Bewaffnung der palästinensischen Bevölkerung. Und es war gerade die Fatah, die sich die Aufgabe stellte, diesen Unmut auf ein Programm zu beschränken, das die Schonung der arabischen Staaten beinhaltete. Die Welle war stark genug, um eine gewisse Radikalisierung zu ermöglichen, die zur Schaffung von Organisationen führte, die ein mehr "proletarisches" Vokabular verwendeten, und die vor allem in dem Zusammenfließen der Interessen der palästinensisch-jordanischen Massen einerseits und der palästinensisch-libanesischen Massen andererseits zum Ausdruck kam.

Es ist nicht das Ziel dieses Artikels, die Geschichte dieser revolutionären Welle nachzuzeichnen (siehe hierzu unsere Artikelreihe "Dove va la resistenza palestinese?" in "il programma comunista", Nr. 17-19, 1977)* Diese Welle, die leider wieder einmal auf die Unterstützung des Proletariats der großen imperialistischen Zentren verzichten mußte und von allen arabischen Staaten offen bekämpft wurde, wurde auch infolge der Orientierung und der Prinzipien der sie führenden Parteien einem Henker nach dem anderen ausgeliefert, um somit schließlich im allgemeinen Kniefall vor der bestehenden internationalen und lokalen Ordnung zu enden. Das Wichtige, was man berücksichtigen muß, ist, daß sich die kommenden revolutionären Ausbrüche unter sozialen - und wir hoffen auch politischen - Bedingungen abspielen werden, die sich gegenüber denen von 1948 und sogar von 1967 bereits verändert haben.

DAS KAPITAL BRINGT SEINE EIGENEN TOTENGRÄBER HERVOR

Die soziale Bilanz der blutigen ursprünglichen Akkumulation, die sich auf der Bühne Palästinas abgespielt hat, sieht in der Tat folgendermaßen aus: Die gesamte palästinensische Bevölkerung, die aus Flüchtlingen besteht und folglich der Herrschaft Israels nicht unterworfen ist, umfaßt 2,3 Millionen Menschen (das sind 60% aller Palästinenser),

* Eine deutsche Übersetzung dieser Artikelreihe liegt vor und kann unseren Lesern gegen DM 2,-- Fotokopie-Kosten zugeschickt werden.

die natürlich keinerlei Bindung zum Boden haben. Von dieser Flüchtlingsmasse verfügen nur 40% der arbeitsfähigen Bevölkerung über einen Arbeitsplatz. Die große Mehrheit dieser 40% wiederum arbeitet in einem lohnabhängigen Verhältnis (1970: 73,2% der arbeitenden Palästinenser im Libanon, 79,3% in Syrien, 89,6% in Kuwait), und ein großer Teil von ihnen sind Arbeiter. Man hat es hier also mit einer stark proletarisierten Bevölkerung zu tun. (16)

Von den 1,5 Millionen Palästinensern (das sind 40%), die unter dem zionistischen Joch leben, besitzt nur noch eine Minderheit Grund und Boden: die Anzahl der Arbeitgeber und derjenigen, die als Unabhängige im landwirtschaftlichen Bereich tätig sind, ist im Westjordanland von 37.000 im Jahre 1969 auf 26.100 im Jahre 1973 gesunken, im Gazastreifen von 6.200 im Jahre 1970 auf 4.600 im Jahre 1973. Diese Zahlen sind in den letzten Jahren noch weiter zurückgegangen. (17) Der Expropriationsprozeß setzt sich noch weiter fort und kann folglich, vor allem in Perioden ökonomischer Krisen, noch ländliche Aufstände und Revolten hervorrufen, zumal auch in dem gesamten Gebiet die arabische Arbeiterbevölkerung erst sehr wenig urbanisiert ist und noch in den zu Schlafstätten gewordenen Dörfern lebt. (18)

Trotz der scheinheiligen Proteste und der verlogenen Rechtfertigungen der israelischen und der imperialistischen Bourgeoisie Europas und Amerikas kann man sich ohne Schwierigkeiten das Ausmaß an Unterdrückung vorstellen, das die ungefähr 500.000 Palästinenser zu erleiden haben, die in einem Staat leben, wo bereits zwischen den Juden europäischer und den Juden orientalischer Herkunft eine bedeutende soziale Diskriminierung besteht, wo die Nationalität auf der "jüdischen Nationalität" beruht, die ihrerseits auf der Religion gründet, einem Staat, der sich darüber hinaus in einem ständigen Krieg mit den benachbarten arabischen Staaten befindet. Aber diese Palästinenser, die der Staat noch nach ihrer Religion in Christen, Drusen und Moslems differenziert, kommen zumindest theoretisch genauso in den Genuß der "ökonomischen und sozialen Rechte" wie die Juden Israels. Was die Palästinenser aus Westjordanien und Gaza anbelangt, so haben sie ein noch viel härteres Los getroffen, da sie ja geradezu einer Situation des offenen Belagerungszustands ausgeliefert sind. (19)

Die breiten palästinensischen Massen, die mit ihrer Arbeit die Obstgärten Israels zum Blühen und in einem ständig wachsenden Maß auch die Fabrikschornsteine von Tel-Aviv und Nablus zum Rauchen bringen, können künftig nicht mehr leben und sich verteidigen, ohne den Kapitalismus zu bekämpfen, aber auf einem Boden, den der Kapitalismus selbst umgestaltet hat. Ihr Kampf stößt unmittelbar auf die mit dem jüdischen Privileg verbundene politische und Rassendiskriminierung, kurz auf den kolonialen Charakter des Staates Israel, der mehr und mehr dazu übergeht, gegen die Arbeiterkämpfe dieselben Gesetze anzuwenden, die

er gestern und heute in den besetzten Gebieten angewandt hat und anwendet, um die Bauern in Proletarier zu verwandeln. Für die modernen Proletarier ist diese auf der Rassen- und Religionszugehörigkeit gründende Diskriminierung und Unterjochung noch unerträglicher als in jeder anderen Gesellschaft: sie erhöht noch das Potential des sozialen Kampfes, das von der kapitalistischen Ausbeutung und der damit einhergehenden politischen Unterdrückung erzeugt wird.

Im Untergrund der Sklavenhalterdemokratie Israels staut sich langsam glühende Lawa auf, die zu einem Vulkanausbruch führen wird, der noch viel mächtiger sein wird als alle bisherigen, von den großen Wellen der Expropriation der palästinensischen Bauern hervorgerufenen Explosionen. Es handelt sich um den proletarischen Kampf, zu dessen Ausbreitung auf die gesamte Region die emigrierten palästinensischen Arbeiter beitragen werden und dem es in Verbindung mit der Arbeiterklasse der großen imperialistischen Metropolen gelingen wird, die soziale Front der jüdischen Solidarität in Israel zu brechen, die jüdischen Proletarier in seinem ungestümen Lauf mit sich zu reißen und sich an die Spitze der revoltierenden armen bäuerlichen Massen zu setzen. Und dieser Kampf ist ein Kampf auf Leben und Tod gegen die herrschende lokale und internationale kapitalistische Ordnung, die nur durch den Sieg der kommunistischen Weltrevolution endgültig zu zer schlagen ist.

o o o

ANMERKUNGEN:

- (1) Karl Marx, *Das Kapital*, MEW Bd. 23, S. 742
- (2) ebenda, S. 743
- (3) siehe hierzu insbesondere Lorand Gaspard, *Histoire de la Palestine*, Maspero, 1978, S. 140
- (4) siehe Nathan Weinstock: *Das Ende Israels?* Wagenbach, 1975, S. 159-60
- (5) Somers, zitiert von Marx, op.cit., S. 760
- (6) zit. nach Sabri Geris, "Die Araber in Israel", Trikont, 1970, S. 96
- (7) *Sefer Ha-Khukkim* (Hauptgesetzgebung), 37, 1950, S. 86
- (8) Für eine vollständige Übersicht über diese israelische Gesetzgebung verweisen wir den Leser auf die folgenden Werke: Nathan Weinstock: op.cit., frz. Ausgabe S. 374-399; Lorand Gaspard, op.cit., S. 187-189 und Sabri Geris, op.cit. S. 95-112 und 115 ff. sowie auch auf *Problèmes économiques et sociaux*, Nr. 199 vom 2. November 1973
- (9) Von den 475 arabischen Dörfern, die das von Israel besetzte Palästina 1948 zählte, sind heute nur 90 übrig geblieben. Die anderen 385 wurden mit Hilfe von Dynamit und Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht, um von der Landkarte zu verschwinden.
- (10) Siehe in der Zeitschrift *Khamsin*, Nr. 2, 1975, die Artikel von Lazare Rozensztroch, "Sur les Arabes en Israël", S. 79 und von Jacqueline Farhoud Iraissaty, "La dispersion palestinienne", S. 41 und S. 54.
- (11) Am 29. Oktober 1956 fielen die israelischen Soldaten in das Dorf von Kfar Kassem ein, um das Ausgehverbot zu verhängen. Sie teilten den Dorfbewohnern mit, daß alle diejenigen, die sich eine halbe Stunde später noch außerhalb ihrer Häuser befinden würden, hingerichtet würden. Zahlreiche Dorfbewohner arbeiteten zu dieser Stunde noch auf den israelischen Feldern und Baustellen außerhalb des Dorfes, und es war unmöglich, sie zu benachrichtigen. Bei ihrer Rückkehr wurden sie von den israelischen Soldaten verhaftet, in einer Reihe aufgestellt und erschossen. 47 Dorfbewohner wurden auf diese Weise ermordet. Der Staat Israel stellte Untersuchungen an und verkündete Strafen für die Verantwortlichen. So wurde der zweithöchste Offizier, den man für das Massaker für verantwortlich befunden hatte, 1960 zum "Verantwortlichen für arabische Angelegenheiten" in dem Gebiet von Ramle ernannt, ganz in der Nähe von Kfar Kassem..
- (12) so faßt *Problèmes politiques et sociaux*, Nr. 199, den Sinn der Kommentare zusammen, die Sabri Geris in seinem oben zitierten Buch macht.
- (13) "Man gibt zu dutzenden Befehle aus, die Zwangswohnsitze, Hausarrest, Ausweisung oder Untersuchungshaft anordnen, aber diese Maßnahmen betreffen nur Araber (...). Dieselbe Diskriminierung läßt sich in der Haltung der Behörden bezüglich der Presse- und Organisationsfreiheit ausmachen. Bislang haben sie noch keine hebräische Zeitung abgeschafft oder irgendeine jüdische politische Gruppierung verboten, so extremistisch und so weit entfernt sie auch von der offiziellen Haltung der Regierung sein mögen. Umgekehrt kann aber keine arabische Zeitung in Israel veröffentlicht werden, wenn die Behörden sich nicht auf die Unterstützung oder mindestens das Entgegenkommen der Zeitungsverantwortlichen verlassen können. Keiner arabischen Organisation wurde es erlaubt, sich ohne die Zustimmung und vollständige Billigung der Behörden auch nur an irgendeiner Aktivität zu beteiligen." (Sabri Geris, "Democratic freedoms in Israel", *Problèmes politiques et sociaux*, Nr. 199, November 1972). Dieser Absatz illustriert die von den Palästinensern erlittene Unterdrückung sehr gut. Es ist aber sicher, daß dieselben Gesetze mit derselben Härte auch gegen diejenigen Juden angewandt würden, die es wagten, die soziale Front der jüdischen Solidarität, auf der die Scheinheiligkeit der israelischen Demokratie beruht, zu brechen.
- (14) Lorand Gaspard: op. cit., S. 145
- (15) Erst vor kurzem kam es wieder zur Gründung einer neuen Siedlung, was nicht ohne Widerstand abgelaufen ist. Laut *Le Monde* vom 8.6.79 wurde der Allon Moreh genannte Siedlungsort offiziell am 7. Juni gegründet. Diese neue Kolonie befindet sich auf einem Hügel. "im Süden der Stadt Nablus. Sie er-

streckt sich auf 80 Hektar Land, die Eigentum arabischer Bewohner des Gebiets waren, die von der israelischen Regierung infolge einer Entscheidung des Höchsten Gerichtshofs enteignet wurden. Der Gerichtshof hat diesen Akt mit den "Verteidigungserfordernissen" gerechtfertigt. Die Bulldozer haben damit begonnen, die Zufahrten von der Blockade zu befreien. Die einigen -zig Personen, die den Kern der zukünftigen Dorfbewohner bilden, sind auf Armeefahrzeugen angekommen." Am Sonntag, dem 17. Juni, fand eine bedeutende Demonstration in Nablus gegen die Gründung dieser Siedlung statt, was die Intervention der israelischen Armee hervorgerufen hat, die mit Steinschüssen empfangen wurde (siehe *Le Monde* vom 19.6.)

- (16) Siehe hierzu Jacqueline Fahroud Iraissaty, op.cit., S.44
- (17) Siehe Jamil Hilal, "Les palestiniens de Cisjordanie et de Gaza", *Khamsin*, Nr.2, 1976, S.46-68
- (18) In ihrer Nummer vom 29. Mai 1979 berichtet die in London erscheinende Tageszeitung *Asharq Al-Awsat*, daß die Bewohner einer Ofera genannten jüdischen Siedlung im Sinai, nachdem sie aufgrund des israelisch-ägyptischen Abkommens den Sinai verlassen mußten, versucht haben, das arabische Dorf Maalia in Galiäa zu besetzen. Die Siedler sind gleich mit ihren Möbeln, Werkzeugen und Traktoren im Dorf angekommen. Auf ihren Transparenten konnte man lesen "Galiläa im Austausch für den Sinai" und "Ofera verspricht, nicht mehr einen einzigen Araber in Israel leben zu lassen". Die palästinensische Bevölkerung hat zu verhandeln versucht, aber die Siedler haben geantwortet, daß sie von der jüdischen Agentur offiziell den Auftrag erhalten hätten, sich in dem Dorf niederzulassen. Es folgte eine hitzige Diskussion: ein Siedler hat mehrere Schüsse

über die Köpfe der arabischen Delegierten abgegeben, um die Dorfbewohner einzuschüchtern. Sofort kamen die Bewohner des Dorfes zu Dutzenden angelaufen. Es folgte eine Schlägerei, die mehr als zwei Stunden dauerte und nach der die Siedler gezwungen wurden, ihre Sachen mitzunehmen und zu fliehen. Ihre Hütten mußten sie in Flammen zurücklassen. Bei ihrer Ankunft stellte die Polizei die Frage: "Hat euch die Fatah den Befehl gegeben, auf die Juden zu schießen?" Die Dorfbewohner haben auf das polizeiliche Verhör mit dem Generalstreik geantwortet. Die Regierung, überrascht, auf einen spontanen Widerstand zu stoßen, machte einen Rückzieher und erklärte im Radio, daß der Staat in die Operation, die allein von den Siedlern ausgegangen wäre, in keiner Weise verwickelt gewesen sei und daß er von ihren Absichten nicht einmal etwas gewußt habe. Auch dies beweist wieder einmal, daß allein die Gewalt der Gewalt entgegengestellt werden kann.

- (19) Falls es einer Illustration für diese Tatsache bedarf, so liefert sie uns *Le Monde* vom 6.6.79. Die Zeitung berichtet, daß am Montag, dem 4. Juni, die Häuser, wo vier Palästinenser wohnten, die der Zugehörigkeit zum Widerstand verdächtigt wurden, mitten in der Nacht von der Armee umstellt wurden. "Die Familien erhalten den Befehl, die Räume sofort zu verlassen. Das Mobiliar wird in den Garten von El Jenieh transportiert, das Haus der Eltern Mell Ataf Youssefs wird von einem Bulldozer dem Erdboden gleich gemacht. In Ramallah und El Bireh werden drei Wohnungen, nachdem sie von ihren Bewohnern geräumt worden sind, zugemauert. Türen und Fenster werden durch eine Wand aus Ziegelsteinen und Zement dicht gemacht." Das ganze Arsenal der terroristischen Gesetze ist also in Kraft, insbesondere die Gesetze über die Sippenhaftung.

DER ISRAELISCH-ÄGYPTISCHE FRIEDEN UND DIE NEUE IMPERIALISTISCHE ORDNUNG IM NAHEN OSTEN

Im Laufe der letzten Jahre und vor allem kürzlich, bei der Unterzeichnung des Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel, ist die vorherrschende Rolle der USA im Nahen Osten mit aller Klarheit zum Ausdruck gekommen. Doch haben sich die USA bei ihren Bemühungen, England zu verdrängen und dessen Platz als Bollwerk des Weltkapitalismus einzunehmen, erst ziemlich spät für dieses Gebiet unseres Planeten interessiert, d.h. vor allem von dem Augenblick an, wo sich herausstellte, daß sie aufgrund eines nie gekannten Wachstums ihres Energiebedarfs von dem arabischen Erdöl abhängig sein würden.

In der klassischen Epoche des Kolonialismus, kannte man die industrielle Verwendung des Erdöls noch nicht, und Großbritannien hatte auch nicht allzu große Schwierigkeiten, um zunächst Portugal und Holland und dann Frankreich und Deutschland aus dem Golfgebiet zu vertreiben. Mit Hilfe einer Politik, die auf die Balkanisierung des Gebiets abzielte, und dank einer nicht offen kolonialen Haltung gegenüber Ägypten und dem Sudan hatte England seine politische und ökonomische Präsenz stabilisieren können, ohne hierfür einen großen Militärapparat aufbauen zu müssen.

Erst am Anfang dieses Jahrhunderts dringen die USA in diese Region ein, zunächst auf dem Wege begrenzter ökonomischer Abkommen mit England. Und erst nach dem zweiten Weltkrieg geraten diese beiden Mächte hier in Konkurrenz zueinander, um ihre jeweiligen Einflußzonen abzugrenzen und sie sich gegenseitig streitig zu machen.

VOM BRITISCHEN LÖWEN ZUM AMERIKANISCHEN ADLER

In den 50er Jahren zeigen zwei Ereignisse sehr deutlich, daß der amerikanische Imperialismus von nun an in diesem Gebiet das Sagen hat: der Staatsstreich von 1953 im Iran und die Vereitlung der Landung der französisch-englischen Truppen bei der Suez-Krise 1956. Und konnte der Schah im Iran nur dank des Stillhaltens der UdSSR und der Tudeh-Partei wieder in den Sattel gehoben werden, so wurden die USA bei der Suez-Krise aktiv von Rußland unterstützt. Rußland wollte seinerseits auch nur allzu gerne die Engländer aus diesem Gebiet verdrängen.

Aber selbst wenn die USA eine zeitweilige Ausdehnung des russischen Einflusses hinnehmen mußten, so waren sie es doch, welche sich der beiden *Schlüsselpositionen* des Gebiets bemächtigten. Damit übernahm der US-Imperialismus aber auch die Tendenzen seines Vorgängers, und es sind diese Tendenzen, die er seitdem entwickeln sollte.

Auch in der amerikanischen Strategie spielte der Iran weiterhin die dreifache Rolle, die ihm bereits England zugewiesen hatte. Erstens sollte er als Trennwand zwischen der antikolonialen Bewegung, die, von China ausgehend, Asien erschütterte, und den Rückwirkungen dieser Bewegung auf den Nahen Osten und Afrika dienen. Zweitens sollte er ein Bollwerk gegen den russischen Imperialismus bilden, der als Konkurrent versuchte, in Asien einzudringen und bis zu den eisfreien Meeren vorzustoßen. Drittens schließlich sollte der Iran, und diese Rolle wurde mit den massiven Erdöleinfuhren der USA immer bedeutender, die Erdölfelder des Golf schützen.

Auch Israel behielt weiterhin die doppelte Rolle, die ihm schon vorher zukam: einerseits die Wege für die Erdölversorgung des Westens (den Suez-Kanal, die irakischen und arabischen Pipelines) schützen, andererseits dank seiner günstigen Lage im Herzen des Maschrek die imperialistische Ordnung aufrechterhalten. Diese Lage ermöglichte es in der Tat, den vereinigenden Tendenzen der *antiimperialistischen Welle* der arabischen Welt wirksam entgegenzutreten, wobei gerade die palästinensische Bewegung, die direkt mit der Dampfwalze der kapitalistischen Expropriation und dem barbarischen Terrorismus des Siedlerstaates Israel zusammenstößt, zur natürlichen Avantgarde dieser Welle wurde.

Es ist jedoch offensichtlich, daß Ägypten in der Weltpolitik aller Imperialismen eine *entscheidende strategische Rolle* spielt. Früher kontrollierte es die Indienroute im Interesse Englands, wofür es sich die Intervention Bonapartes einhandelte. Heute beherrscht es mit dem Roten Meer und der Straße von Bab-el-Mandeb den Zugang zum Indischen Ozean, an dem Rußland ein mehrfaches Interesse hat: Seine Kontrolle würde es ihm ermöglichen, sich vor den Raketen zu schützen, die die Amerikaner seit 15 Jahren von ihren dort kreuzenden Unterseebooten abschießen können; sie würde ihm, was im Falle eines

Krieges mit China wichtig ist, die kürzeste Meeresverbindung zwischen dem europäischen Rußland und Wladiwostok sicherstellen, und nicht zuletzt könnte es somit auch die Schifffahrtswege, auf denen die Versorgung Japans mit Erdöl und Rohstoffen erfolgt, kontrollieren sowie auch die Erdölquellen, die nicht nur die Versorgung Europas, sondern auch der Vereinigten Staaten aufrecht erhalten. Dieses Gebiet nimmt heute in der russischen Politik auf einer noch größeren Stufenleiter den Platz ein, der bis zum ersten imperialistischen Krieg dem Gebiet von Konstantinopel zukam.

Es ist also offensichtlich, daß die USA, deren Ziele weltweiter Natur sind, sich nicht damit begnügen konnten, England aus Ägypten rauszuschmeißen und seine Vorherrschaft in Asien damit zu beenden; sie mußten notwendigerweise auch danach streben, dort jegliche russische Kontrolle zu verhindern. Es handelt sich hierbei um ein Ziel, das sie insgeheim und indirekt verfolgten, selbst als das Schaukelspiel Kairo in die Richtung Moskaus rutschen ließ, während die USA Israel seine Kriege gegen Ägypten führen ließen. Mochte sich der israelische Reißbrettstaat, der über keine eigene produktive Grundlage verfügt und sich in enger Abhängigkeit von dem Meistbietenden befindet, auch immer einbilden, er könne seinen Erzfeind niederschmettern, so konnte er Ägypten doch immer nur in dem Maße, wie die USA es zuließen, eine Kraft entgegenstellen. Letztere hatten sich die Aufgabe gestellt, die ägyptische Bourgeoisie - die zumindest theoretisch am meisten in der Lage wäre, einen Versuch der Vereinigung des Maschrek, wenn nicht gar des "arabischen Vaterlandes" zu starten - daran zu hindern, zu einer wirklichen Kraft zu werden, die ihren eigenen Willen durchsetzen könnte. Die Vereinigten Staaten brauchten ein Ägypten, das soweit ruiniert war, daß es, da die Finanzkraft des russischen Imperialismus noch kein Gewicht hat, gezwungen wäre, sich genauso wie Israel, an Armen und Beinen gefesselt an die Wall Street anzuliefern.

Bislang bildete Israel den *Schlüssel* für das *amerikanische Dispositiv*, das, an drei Punkten ansetzend, die arabische Welt umklammerte. Nach der Suez-Krise beinhaltete die amerikanische Strategie in der Tat enge Verbindungen zwischen Israel und den nicht-arabischen Staaten der Region. So wurden diskrete aber reale Beziehungen zur Türkei (Geheimvertrag zwischen Ben Gurion und Menderes Ende der 50er Jahre), Äthiopien und dem Iran hergestellt. Der Vertrag mit der Türkei ist eines natürlichen Todes gestorben, als dort die amerikanischen Raketenbasen abgebaut wurden, was im Zusammenhang mit der Kubakrise ausgehandelt worden war, obwohl Kennedy es allerdings schon vorher infolge der neu entwickelten ICBM, der Interkontinentalraketen, beschlossen hatte. Die Beziehungen zu Äthiopien sind mit dem Sturz des Negus zusammengebrochen; nachdem sie eine Zeit lang noch ein Schattendasein geführt

hatten, wurden sie 1977 vom äthiopischen Derg ganz klar abgebrochen. Der Bruch mit dem erdölliefernden Iran ist viel schmerzhafter gewesen; im Januar 1979 kam es in der israelischen Presse zu Artikeln, in denen man die Armee des Schah dazu aufforderte, auf die Menge zu schießen, und die Polizei dazu anregte, die Streikführer zu erschießen. In diesem Artikel wurde die weiche Haltung Carters für die soziale Instabilität verantwortlich gemacht.

Halten wir jedoch fest, daß der Staat Israel auf alle Fälle und unabhängig von diesen Ereignissen die privilegierte Rolle und die beträchtliche Bedeutung, die ihm im Gebiet Fruchtbarer Halbmond - Ägypten - Rotes Meer ursprünglich, d.h. in dem Augenblick, wo er unter amerikanische Lehnshoheit geraten war, zukam, immer mehr und Stück für Stück verlieren mußte. Dies ist dem bemerkenswerten Rückgang des Erdöltransports durch die Pipelines der Levante geschuldet, vor allem aber auch der *wachsenden Fähigkeit* der arabischen Staaten, selbst die Rolle des sozialen Gendarms in diesem Gebiet zu spielen. Es handelt sich hierbei weniger um Jordanien, als vielmehr um Ägypten und Syrien. Ein Beweis für diese Fähigkeit wurde durch den konterrevolutionären Einmarsch der Truppe von Damaskus in den Libanon im Frühjahr 1976 geliefert: Die verschiedenen Abteilungen der PLO sind dazu übergegangen, selbst zu versuchen, die palästinensisch-libanesischen Massen zu entwaffnen und nach immer offeneren Kompromissen mit der bestehenden Ordnung zu streben, unter dem Vorwand, die "Autonomie und Souveränität" des am Reißbrett entworfenen libanesischen Staates zu retten.

Kaum war Ägypten unter den Yankee-Einfluß geraten, als der amerikanische Imperialismus auch schon den eigentlichen Kern seiner Politik enthüllte: "Der Frieden", d.h. der Frieden zwischen Israel und Ägypten, bedeutete die *Aufteilung* der militärstrategischen und konterrevolutionären Aufgaben zwischen diesen beiden Staaten, ob das den zionistischen Siedlern oder der ägyptischen Bourgeoisie nun paßte oder nicht.

DIE VEREINBARUNG VON CAMP DAVID UND DIE NEUE KRÄFTEGRUPPIERUNG

Camp David stellt in der Politik des amerikanischen Imperialismus also keine plötzliche Wende dar. Es bildet vielmehr den erfolgreichen Abschluß einer seit langem betriebenen Politik, in gewisser Hinsicht aber auch den Ausgangspunkt einer neuen Periode, in der Amerika sich von den Zwängen des britischen Erbes vollkommen befreit hat und wo die revolutionären Anwandlungen, die die lokalen Bourgeoisien in der eruptiven Phase der antikolonialen Revolution kannten, endgültig erloschen sind.

Das Abkommen von Camp David verwirklicht das genaue Gegenteil von einer freiwillig und auf gegenseitiger Begeisterung beruhenden Verbindung. Es ist eine ekelhafte Ver-

nunftehe, der darüber hinaus jeder der beiden Ehepartner auch nur deshalb zustimmt, weil ihr gemeinsamer "Beschützer" ihnen verspricht, daß sie in entgegengesetzte, wenn auch sich ergänzende Richtungen marschieren sollen. Der Beweis dafür ist, daß keine der beiden Parteien das getan hat, was sie tun wollte, sondern das, was sie tun mußte.

Seine Entstehungsbedingungen und seine natürliche Tendenz treiben Israel dazu, sich nicht nur nach Osten, sondern auch nach Süden hin auszudehnen, um den Sinai zu besiedeln und Suez zu kontrollieren. Nun muß es aber die Gebiete, die es Ägypten mit Waffengewalt abgerungen hatte, wieder freigeben. Dafür stehen ihm jetzt allerdings, das ist richtig, die Türen Ägyptens offen. Um sein riesiges Expansionsbedürfnis zu befriedigen, wird es sich damit begnügen müssen, seine Produkte auf den ägyptischen Markt zu werfen und von den Ufern des Nil Arbeitskräfte zu importieren, in der Erwartung, daß die so realisierten Profite in die ägyptische Wirtschaft investiert werden können.

Ägypten seinerseits bildete sich ein, in der Lage zu sein, die arabische Welt zu vereinen, auch wenn die ägyptische Bourgeoisie in ihrer historischen Feigheit diesen Zusammenschluß nur in der Form einer unmöglichen Übereinkunft der Staaten ins Auge faßte, um die revolutionäre Explosion der Volksmassen und den direkten Zusammenstoß mit dem Imperialismus zu vermeiden. Heute hat Ägypten es soweit gebracht, daß alle seine arabischen Nachbarn eine Front gebildet haben, die zwar nicht unbedingt gegen die Vereinigten Staaten gerichtet ist, sich aber in jedem Fall gegen Ägypten selbst wendet. Immerhin jedoch erspart ihm das Versprechen einer wirtschaftlichen Sanierung *für den Augenblick* die Schrecken einer Volksrevolte!

Was die Geschäfte anbelangt, so hat alle Welt es eilig, einen "normalen" Zustand herbeizuführen, wie die kleinen Informationen, die durch die übertriebene Reklame für die großen Kasperle aus den vorderen Zeitungsseiten verjagt werden, zeigen. Einen Tag nach der Vertragsunterzeichnung in Washington veröffentlichten sämtliche israelischen Finanzblätter den offiziellen Kurs des ägyptischen Pfundes (= 24 israelische Pfund). Schon vor der Unterzeichnung verhandelte man über den Fremdenverkehr und brachte man Untersuchungen über die Anwendung der israelischen Ackerbautechnik in Wüstengegenden in Umlauf. Was den Immobilienmarkt betrifft, so rechnete er mit lukrativen Geschäften im ägyptischen Fremdenverkehr. Nicht ohne Grund erklärt Artikel III, Paragraph 3, daß das "hergestellte normale Verhältnis" nicht allein "diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen", sondern auch die "Freizügigkeit von Menschen und Gütern" einschließt. Israel wird also gleich im großen Stil in den ägyptischen Markt eindringen. Dayan, der so gerne auf altertümliche Ereignisse Bezug nimmt, wird sich sicherlich an die idyllischen Beziehungen zwischen den

Ägyptern und Kanaänern in Palästina nach der Schlacht von Meggido erinnern haben, bei der der Thutmosé im Jahre 1745 v. Chr. die syrischen Eindringlinge besiegte, jene Syrer, die heute Israel ohne ägyptische Rückendeckung gegenüberstehen.

Soweit die kleinen Hochzeitgeschenke. Das Wichtige aber, wiederholen wir es, ist die vom amerikanischen Imperialismus diktierte Aufteilung der militärischen, strategischen und konterrevolutionären Aufgaben. Auch wenn diese Möglichkeit nicht vollkommen ausgeschlossen werden kann, da ja die Regierungen einige Zeit brauchen, um ihre Politik an die materiellen Bedingungen anzupassen (so wie auch die Menschen etwas Zeit brauchen, um ihre Köpfe daran zu gewöhnen), scheint ein Krieg zwischen Ägypten und Israel, der niemandem nützen würde, inzwischen ziemlich unwahrscheinlich.

Die militärische Aggressivität Israels wird in Zukunft in Richtung Nordosten und Osten kanalisiert werden, während die Südgrenze sich in einen Hafen des Friedens verwandeln wird. Das heißt mit anderen Worten, daß die "palästinensische Frage" ausschließlich in den Händen Israels liegen wird. Unter dem Vorwand eines "Autonomiestatuts" für die Palästinenser verzichtet Ägypten sogar darauf, sich ihrer künftig als ein Faustpfand für einen Schacher mit Israel und den Vereinigten Staaten zu bedienen. Der beste Beweis hierfür ist, daß die Knesset, während noch die Friedensverhandlungen liefen, über ein Projekt beriet, das für die kommenden fünf Jahre die Gründung von 84 neuen Niederlassungen im Westjordanland vorsieht und das sich auf 54 Milliarden israelische Pfund, das sind ungefähr 4 Milliarden DM, beläuft.

Was die Verwaltungsautonomie anbelangt, so bedeutet sie praktisch, daß die Palästinenser das Recht haben werden, ihre Bürgermeister selbst zu wählen, und vielleicht noch andere "Vorteile" genießen dürfen. Wenn er es auch bestreitet, so hat Sadat diese Klausel doch unterschrieben, worüber man sich gar nicht aufzuregen braucht: Hat nicht Yassir Arafat bei seinem "historischen" offiziellen Treffen mit Hussein, den Schlächter des Schwarzen September, selbst erklärt, daß die "Revolution pragmatisch sein muß", was eine elegante philosophische Art ist, sich für die *Entwaffnung* der palästinensischen Massen einzusetzen, diese von der herrschenden Ordnung aufgestellte unerläßliche Bedingung für die Schaffung des berüchtigten palästinensischen Ministaates, einer Art arabischem "Bantustan"? Das war es schon wert, daß ein israelischer Abgeordneter Arafat dazu einlud, vor der Knesset zu sprechen!

Die Haltung Husseins hat übrigens durchaus etwas zu bedeuten. Warum greift dieser kleine Monarch, der an einem amerikanischen College ausgebildet wurde und bis gestern noch Zögling der Yankees war, heute die USA an, um sich seinen ehemaligen Feinden anzunähern? Vielleicht wird er demnächst gegenüber den Palästinensern eine Rolle zu spielen haben

und versucht heute - sicherlich mit dem Einverständnis Ägyptens, Israels und der USA - sich als "empfehlenswert" herauszuputzen? Es ist aber durchaus möglich, daß die von aller Welt so lange ausgebrütete "Lösung der palästinensischen Frage" über einen militärischen Druck auf Jordanien und den Libanon erreicht wird, damit sie ein israelisch-ägyptisches Kondominium über ein mögliches *Homeland* akzeptieren, das über den Jordan hinausgehen würde und in dem Israel sein Konzept von einer "Verwaltungsautonomie" aufzwingen und verwirklichen würde. Eine militärische Aktion im Osten oder allein schon ihre Androhung würde andererseits das Gewicht Israels als regionaler Gendarm vor allem gegenüber dem Irak und Syrien verstärken, die im Augenblick die einzigen Kräfte sind, die in der Lage wären, sich Israel - und sei es auch nur auf der Ebene der Staatsinteressen - entgegenzustellen. Von ihrer Seite aus würde es sich aber natürlich niemals um eine revolutionäre Opposition handeln: Syrien und der Irak teilen sich die Arbeit, um die Ordnung, z.B. im Libanon, aufrechtzuerhalten, und der Irak macht selbst gegenüber Washington Annäherungsversuche, indem er sich seinerseits als Gendarm des Golfs anbietet. Was Syrien betrifft, so hat es 30.000 Soldaten im Libanon stationiert, und entsprechend seiner historischen Tendenz könnte sich diese "Kontrollmacht" unter geeigneten Umständen in eine Besatzungsmacht verwandeln.

Die Türkei ihrerseits gewinnt unter anderem in Anbetracht der den Iran betreffenden Ungevißheit ihre ganze alte Bedeutung wieder. Nach Pakistan und dann dem Iran ist die Türkei aus der *Cento* ausgetreten, was diesen Pakt (dem die Türkei, Iran, Pakistan, Großbritannien und die USA angehörten) beendete. Es ist sicherlich kein Zufall, daß die USA im Rahmen einer Neubestimmung der Kräfteverhältnisse das seit dem Zypernkonflikt verhängte Embargo für Militärausrüstungen beendet und die Waffenlieferungen an die Türkei wieder aufgenommen haben. Und genauso wenig ist es ein Zufall, daß die europäischen und amerikanischen Bourgeoisien das Bedürfnis verspüren, ihrer Solidarität mit diesem Land Ausdruck zu verleihen, und sie in Form einer 1,75 Milliarden Dollar Anleihe des IWF zu "konkretisieren".

Aber Ägypten kommt das größte Gebiet zu. Sogar schon vor dem Sturz des Schah hatte es damit begonnen, die Funktion eines Gendarms auszuüben: Zunächst sandte es ein Expeditionskorps in den Sudan, um Numeiri gegen die "libyschen Verschwörungen" zu "helfen"; dann schickte es einen Nachschubtrupp nach Zaire und ein Kommando für eine anti-terroristische Operation in der Art Entebbe nach Zypern; und schließlich ließ es auch Somalia zum Zeitpunkt des Ogadenkrieges Unterstützung zukommen. Man versteht jetzt also die erleichterte Bemerkung, die Carter beim Friedensschluß fallen ließ: "Der Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel wird es Ägypten erlauben, fünf Divisionen freizubekommen. Sie können zu einer stabilisierenden Kraft

werden". Nun denn, handelt es sich um einen Frieden, oder um eine neue Kräfteaufstellung, die neue Konflikte vorbereitet?

Abgesehen von den bereits aufgezeigten Gründen, geht die wachsende Bedeutung Ägyptens in der amerikanischen Militärpolitik zweifelsohne auf zwei Dinge zurück: Einerseits die wachsende Bedeutung der arabischen Halbinsel für die Erdölversorgung Amerikas selbst. Andererseits hängt sie mit der Tatsache zusammen, daß die Ost-West-Gegensätze in der gesamten Region Mittlerer Osten - Afrika - Indischer Ozean sich beträchtlich zuspitzen, während die Vereinigten Staaten gegen Ende der 60er Jahre, zum Zeitpunkt der endgültigen Ausschaltung des englischen Imperialismus, von der *Land Based Strategy* (der sich auf Landbasen stützenden Strategie) zum aeronavalen Kontrolle der Ozeane der ganzen Welt übergegangen sind, und hierbei spielt Ägypten wieder die Rolle einer Drehscheibe.

VERSTÄRKTE ROLLE DER ISRAELISCH-ÄGYPTISCHEN ALLIANZ NACH DEM STURZ DES SCHAH

Der Iran hatte in dieser Strategie eine enorm wichtige Rolle gespielt. Im Dezember 1973 landeten zur Zeit der gemeinsamen Luft-See-Manöver der *CENTO* und der VII. Flotte 3.000 persische Marinesoldaten an der Küste von Dhofar. Es handelte sich dabei nicht nur um eine Operation zur Unterstützung des Sultan Quabus von Oman gegen die PFLOAG (Volksfront zur Befreiung Omans und des Arabischen Golfs), sondern um einen Schritt in Richtung auf immer größere Verpflichtungen im Rahmen des allgemeinen militärischen und konterrevolutionären Plans der USA. Nur eine solche Verpflichtung erklärt die Quantität und vor allem die *Qualität* der an den Iran gelieferten Waffen, insbesondere im Bereich der See- und Luftschifffahrt oder der elektronischen Kontrollanlagen. Allein die in einem solchen allgemeinen Plan übernommene Rolle erklärt den Aufbau von Küstenstützpunkten, wie der Flottenstützpunkt von Bandar Abbas und vor allem der riesige aeronavale Komplex von Shabar, der speziell für Langstreckenaufklärung eingerichtet ist und der den mitten im Indischen Ozean gelegenen Stützpunkt von Diego Garcia ergänzt. Zu all dem kam noch die Verlegung des Hauptquartiers der CIA für den Mittleren Osten von Nikosia nach Teheran im Jahre 1973 hinzu, sowie auch die Ernennung von Richard Helms, dem ehemaligen Leiter dieser berühmten Behörde, zum Botschafter im Iran und die Invasion von amerikanischen Experten, deren Gesamtzahl bis auf 65.000 geschätzt wurde.

So groß die Bedeutung des Iran in der amerikanischen Strategie auch gewesen sein mag, so begann Ägypten doch mehr und mehr, wie wir gesehen haben, sich ernsthaft in diese Strategie einzuordnen. Diese Tendenz wurde durch den Sturz des Pahlawi-Regimes noch beschleunigt, das einen wichtigen Pfeiler

dieser Strategie gebildet hatte. Letztere mußte sich von nun an verstärkt auf den doppelten Pfeiler Israel-Ägypten stützen.

Israel konnte seine abnehmende Bedeutung und seine Feilschmöglichkeiten gegenüber den USA wieder stärken. Als eine unmittelbare Folge von Camp David und der Ereignisse im Iran sahen sich die zwei feindlichen Brüder Syrien und der Irak dazu getrieben, eine Allianz einzugehen. Von der Errichtung des schiitischen Regimes beunruhigt, hat letzterer die bislang von ihm unterstützte antisyrische Opposition des palästinensischen Widerstands liquidiert, zum großen Leidwesen des linken Flügels der Fatah und der Ablehnungsorganisationen, die mit dem Irak geliebäugelt hatten. Darüber hinaus führen die inneren Schwierigkeiten Syriens dazu, es bei der Ausübung seiner Funktion als Gendarm im Libanon zu lähmen und die Aggressivität Israels zu ermutigen: Israel säubert den Südlibanon buchstäblich durch die Vertreibung seiner Bewohner, hält den Pufferstaat Haddads, mit dessen Hilfe es den ganzen Süden des Litani kontrolliert, hoch, ohne daß jemand darauf reagieren würde, und erlaubt sich schließlich sogar Operationen im Nordlibanon.

Aber die Bedeutung Ägyptens hat noch mehr als die Israels zugenommen. Es hat seine Rolle noch nicht einmal ganz übernommen, und schon trampelt es vor Ungeduld mit den Füßen, denn bei seinen riesigen Problemen tut Eile not. Bei den Unterredungen mit Verteidigungsminister Brown hat Ägypten sich bereit erklärt, zum Schutze der verschiedenen Länder der Region zu intervenieren. Es will an erster Stelle den Sudan und Somalia verteidigen, aber (angesichts der Spannungen mit dem Iran) wenn es notwendig ist, auch Saudi-Arabien, Kuwait und die Emirate oder Oman, wo die ägyptischen Truppen bereits an die Stelle der iranischen getreten sind. Hassan Ali hat in Washington erklärt: "Es kommt Ägypten zu, die Verteidigung dieses kritischen Gebiets zu gewährleisten". Am 29. März hat Ägypten seine Truppen entlang der libyschen Grenze in Alarmzustand versetzt, vor allem um zu beweisen, daß es in der Lage ist, auch in dieser Ecke zu intervenieren. Doch gerade die Spannung mit Libyen beweist, daß man sich beeilen muß. In Wirklichkeit könnte Ägypten den Zusammenstoß mit einem gut bewaffneten Land nicht vertragen, und noch über Jahre hinaus wird es ihm schwerfallen, Libyen die Stirn zu bieten. Es braucht eben dringendst Waffen, vor allem Flugzeuge und moderne Panzer.

Die Vereinigten Staaten haben also keine Zeit zu verlieren, und Carter besteht darauf, daß dies allen Betroffenen "schnellstens bewußt" wird. Er ruft sie zusammen, läßt eine direkte Leitung zwischen sich, Begin und Sadat herstellen; er schickt seine Meldereiter Brown und Atherton, den Experten für den Mittleren Osten, aus; er eilt selbst nach Kairo und Jerusalem; läßt Brzezinski und Vance, ja sogar seinen Sohn

rotieren; er leiht Erweiterungsarbeiten für den Hafen und die Landebahnen von Diego Garcia an, von wo aus der Flugzeugträger Constellation, den er von den Philippinen kommen läßt, die Region überwachen soll.

Wenn die Amerikaner schon auf der diplomatischen Ebene die "großen Stücke" aufführen lassen, was soll man dann erst von den Waffenlieferungen sagen? Sie versprechen Saudi-Arabien Flugzeuge und Waffen plus ein Geschwader von hochmodernen F 15 mit amerikanischen Piloten, um ihm eine Intervention im Jemen zu ermöglichen. Sie studieren sorgfältig die ellenlange "Hochzeitsgeschenkeliste", die Ägypten vorgelegt hat: 300 F 16, 600 Panzerwagen, 4 500 TT-Panzer, 500 Artilleriestücke, 80 Kriegsschiffe, darunter Torpedobootzerstörer und Unterseeboote, von der unbekannten Anzahl von Raketen ganz zu schweigen... Und wenn Israel protestiert und Verteidigungsminister Weizmann Brown daran erinnert, daß es sein Land und nicht Ägypten war, das 4.000 russische Panzer und mehr als 1.000 russische Flugzeuge zerstört hat, so sind die USA auch hier sofort mit Waffenversprechungen zur Hand.

Dennoch erhöht der Sturz des Schah die Wahrscheinlichkeit einer direkten Militärintervention der USA in diesem Gebiet, was zweifelsohne äußerst gefährliche Reaktionen hervorrufen würde. Aus diesem Grunde verkündet der Irak, indem er die Lehren aus der iranischen Intervention in Dhofar zieht, ganz lauthals, daß "die Sicherheit des Golfs und der Region im allgemeinen nur von den Arabern selbst gewährleistet werden kann". Aber die Amerikaner müssen wohl denken, daß man von niemandem so gut wie von sich selbst bedient wird, denn bei der Rückkehr von seiner ersten Mission im Mittleren Osten hat der Verteidigungsminister erklärt: "Der Schutz des Ölflusses im Mittleren Osten gehört ganz klar zu unseren vitalen Interessen, und zum Schutze solcher Interessen werden wir jede Aktion, die sich als notwendig erweisen wird, unternehmen, den Einsatz von Militärgewalt mitinbegriffen". Energieminister Schlesinger ließ seinerseits verlauten, daß "das Problem einer Militärpräsenz der Vereinigten Staaten unter Einsatz des Personals der Streitkräfte untersucht wird".

Dies waren keine leeren Worte. Die Zeitungen berichten, daß am Rande der offiziellen Verhandlungen über die Schaffung eines großen amerikanischen Stützpunktes auf dem Sinai diskutiert wurde, der in dem von Brown im Februar besuchten Etzion liegen soll, und daß ein Geheimabkommen die Errichtung von zwei weiteren Stützpunkten, der eine in Ägypten am Roten Meer, der andere in Israel am Mittelmeer, ermöglichen wird. Im übrigen haben die Vereinigten Staaten während des Krieges zwischen den beiden Jemen die Schaffung eines gemeinsamen beratenden Militärkommandos mit Saudi-Arabien untersucht, das sich in ein mit Sadat bereits diskutiertes und an eine Art Marshall-Plan gekoppeltes Verteidigungssystem für den ganzen Mittleren Osten einfügen würde. Der Gesamtplan dürfte nicht weniger als

15 Milliarden Dollar kosten, wovon 5 Milliarden auf Waffen entfallen. Und unter dem Hinweis darauf, daß sich 3.000 Kubaner in Aden befinden, die von 100 russischen Offizieren und von 700 russischen Militärberatern organisiert werden, zu denen noch 1000 ostdeutsche Techniker hinzukommen, gesellen sich im Nordjemen 300 amerikanische "Berater" zu ihren bereits vorhandenen circa 70 Kollegen hinzu. Es besteht also kein Zweifel, daß die amerikanische Verwaltung in einigen Wochen recht rührig gewesen ist. Und dann gibt es Leute, die ihr übertriebene Schüchternheit, die gar an Verzicht grenzen soll, vorwerfen!

In diesen allgemeinen Rahmen eingebettet, stellt der "Frieden" zwischen Israel und Ägypten selbstverständlich keinen wahren Frieden dar, der im imperialistischen Zeitalter übrigens weder durch irgendeine Vereinbarung noch durch irgendeinen Vertrag gesichert werden könnte. Ja mehr noch, dieser sogenannte Frieden ist nicht einmal, wie Lenin es ausdrückte, "der Waffenstillstand, der weitere Kriege vorbereitet", sondern er ist ein Bestandteil der *amerikanischen Kriegsstrategie der letzten Jahre*: Angefangen bei der grundsätzlichen Vereinbarung von Camp David bis hin zu den spektakulären Besuchen Carters in Kairo und Jerusalem hat man nichts anderes getan, als für die *logische Entwicklung* dieser Strategie zu arbeiten.

POLITISCH-MILITÄRISCHE UMSTELLUNG AUF EINEM SOZIALEN PULVERFASS

Die ganze politisch-militärische Umstellung spielt sich jedoch auf einem sozialen Pulverfaß ab, wie man es nur selten in der Geschichte finden kann.

Die Ereignisse im Iran haben gezeigt, daß die unter den lokalen Bedingungen wirkliche Kapitalakkumulation unvermeidlich in den konfliktreichen Ausbruch der sozialen Widersprüche mündet, die sie selbst hervorgebracht hat. Weder die Macht des Klerus, der den Protest der ausgebeuteten Massen und der durch den chaotischen Umsturz der alten Gesellschaft ruinierten alten Klassen nur als Vehikel benutzt, um ihn auf die altdoktrinäre Haltung des Islam hinzulenken, noch die fehlende Autonomie des Proletariats, das aufgrund der allgemeinen historischen Bedingungen die kleinbürgerlich merkantile Führung und die religiöse Tradition des schiitischen Islam nicht überwinden konnte, haben diesen gewaltigen Ausbruch verhindern können. Dieselben Widersprüche trifft man aber im ganzen Mittleren Osten an, wo sie je nach den besonderen Umständen in schwächerer oder verschärfter Form als im Iran auftreten. Drei Faktoren reißen die Region in einen wahnsinnigen kapitalistischen Strudel hinein und lassen sowohl die archaischen sozialen und politischen Bedingungen als auch den direkten politischen Druck des Imperialismus immer unerträglicher werden.

Der erste Faktor ist das imperialistisch aufgepflanzte Israel, das eine kapitalistische Landwirtschaft und Industrie und die damit verbundenen Klassen, eine Bourgeoisie, eine Kleinbourgeoisie und eine europäische Arbeiteraristokratie - die *Aschkenasim*-Juden - praktisch von A bis Z importiert hat. Diese Gruppen genießen umfassende Privilegien gegenüber der arabischen Bevölkerung, die in den vor 1967 eroberten Gebieten inzwischen völlig enteignet und von ihrem Land vertrieben wurden und die in den Gebieten von Gaza und Westjordanien einer schnell voranschreitenden Expropriation ausgeliefert ist. Diese Gruppen nehmen aber auch gegenüber den kleinbürgerlichen und Arbeitermassen jüdisch-orientalischer Herkunft - den *Sephardim*-Juden - eine politisch und sozial privilegierte Stellung ein, von ihren Vorteilen gegenüber den eingewanderten Arbeitern, die jetzt in beträchtlicher Zahl aus Transjordanien und bald auch aus Ägypten kommen werden, ganz zu schweigen.

Bislang konnten die Israel untergrabenden Widersprüche dank des auf die arabische Bevölkerung ausgeübten Terrors und des permanenten Krieges, die sich auf die "jüdische Solidarität" zwischen den Klassen stützen, eingedämmt werden, und dieser Staat hegt die Hoffnung, sich mit Hilfe seines Expansionismus eine eigene produktive Grundlage zu schaffen, die auf einem breiten Markt beruhen würde. Gleichzeitig vermehrt er aber ganz beträchtlich die Massen von völlig rechtlosen Proletariern, deren Ausbeutung durch das jüdische Privileg und den ständigen Belagerungszustand doppelt verschärft wird. Dadurch vermehrt Israel nicht nur das Potential für eine Revolte der unterworfenen Bevölkerungen, sondern vor allem die Kraft der zu Proletariern gewordenen *Ausgebeuteten*. Und die Fortsetzung des ständigen Kriegszustandes, die rasende Inflation und die von der jüdischen Arbeiterklasse geforderten Opfer lassen darauf hoffen, daß die *Front der jüdischen Solidarität* eines Tages gebrochen wird, daß die *Sephardim*-Arbeitermassen und sogar bedeutende Teile der *Aschkenasim*-Arbeiter sich auf den Boden des Kampfes gegen das *Jüdische Privileg* - und also für die Zerstörung des *Jüdischen Staates* - stellen werden, eines Kampfes, der für die *Vereinigung des Kampfes der Arbeiterklasse* der Region gegen den Kapitalismus unerlässlich ist.

Der zweite Faktor ist die blitzartige Entwicklung des Erdölreichtums, aus der sich zu einem großen Teil der dritte Faktor ergibt: die rasche Aufrüstung des Gebiets, die mit den Anstrengungen des Imperialismus, das Erdöl zu kontrollieren, verbunden ist. Diese beiden Faktoren haben zur Schaffung von modernen Produktionssektoren geführt, die durch die Kriege noch angeheizt und erweitert werden, und sie geben Anlaß zu ebenso riesigen wie lukrativen Transaktionen, die eine beträchtliche Menge von Finanzkapital erfordern. Daraus ergibt sich eine anormale (unter diesen Bedingungen aber natürliche) Aufblähung des Kredit- und Bankwesens, die ihrerseits eine große Spekulationsbewegung hervorbringt, insbesondere die Spekulation

im Bereich der Rente und hier vor allem der städtischen Grundrente.

Es läßt sich eine lawinenartige Entwicklung von riesigen Städten beobachten, wo die schlimmsten Merkmale der westlichen "Zivilisation" wiederzufinden sind und wo das schwärzeste Elend, verbunden mit dem prahlerischsten Luxus, ein leicht entzündbares Gemisch bildet. Der Kapitalismus breitet sich hier mit all seinen Schanden aus, ohne aber die Zeit zu haben, seine revolutionären Aspekte zu verwirklichen, d.h. er dehnt die Vergesellschaftung der Arbeit und die gesellschaftliche Organisation der Produktion nicht auf die gesamte Gesellschaft aus, sondern führt sie hier nur in einer kleinen Zahl von großen industriellen Komplexen ein, und die atomisierte handwerkliche Produktion und um so mehr noch die kleine Distribution, die sich im Herzen der Bazars und Suks verschanzt hat, werden hiervon nicht berührt. Und wenn die industriellen Gesellschaften des Westens Phänomene wie die Ausbeutung Minderjähriger und die "Schwarzarbeit" hervorbringen, so werden diese Phänomene in den Gesellschaften auf die Spitze getrieben, die vom Kapitalismus erst frisch erobert wurden und wo die alten sozialen Formen, die in die Zerstörung mithineingerissen wurden, durch nichts ersetzt werden. Wer kontrolliert schon im riesigen Bazar von Teheran oder im endlosen Labyrinth der Gassen von Kairo den Kinderhandel, die doppelte Arbeit der Arbeiter, die 60 - 70% ihres Lohnes für eine Unterkunft ausgeben müssen, oder etwa die Arbeit der Gerber und Färber, die mit den mörderischen Abfällen der chemischen Industrie arbeiten?

In Ägypten sind diese Widersprüche besonders zugespitzt. Für sich allein genommen umfaßt dieses Land genauso viele Einwohner wie der ganze Fruchtbare Halbmond und die arabische Halbinsel; darüber hinaus besitzt es eine alte industrielle Tradition und ein Produktionsnetz, das auf der Ausbeutung einer großen und konzentrierten, aber auch kämpferischen Arbeiterklasse aufgebaut ist. Die Kampftradition des ägyptischen Proletariats geht weit über diejenige der anderen Länder des Nahen Ostens hinaus, und bei den Januarnunruhen 1977 hat dieses Proletariat seine Organisationsfähigkeit glänzend zum Ausdruck gebracht: Nach sehr harten Straßenkämpfen, die hunderte von Toten und mindestens 4.000 Verletzte forderten, hat die Arbeiterrevolte, die die unterdrückten Bevölkerungsschichten und die Studenten mit sich gerissen hatte, die Regierung dazu gezwungen, die vom IWF geforderten Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel rückgängig zu machen und Lohnerhöhungen zu versprechen.

Der Imperialismus muß Ägypten unbedingt vor der wirtschaftlichen Katastrophe "retten", wenn er vermeiden will, daß sich deren Folgen weit über die ägyptischen Grenzen hinaus auswirken. Der Pferdefuß besteht aber darin, daß diese Rettung selbst wiederum nur noch größere Explosionen in der Zukunft vorbereitet. Und im übrigen wird diese Rettungsaktion

auch nicht gerade einfach sein. So weiß heute niemand genau, wieviele Einwohner Kairo hat. Die Volkszählung von 1966 bezifferte sie auf 4,5 Millionen, was inzwischen, wenn man die nationale Wachstumsrate der Bevölkerung zugrundelegt (2,2%), ungefähr 6 Millionen ausmachen würde. Aber mit der massiven bäuerlichen Expropriation und der schnellen Verstädterung liegt die Wachstumsrate der Hauptstadt mindestens viermal so hoch wie der nationale Durchschnitt, was bereits mehr als 10 Millionen ergeben würde... Dieses Phänomen der massiven und anarchischen Urbanisierung, das nicht nur Kairo und Ägypten, sondern auch die anderen Städte und Länder des Nahen Ostens betrifft, die sich zum vollen Kapitalismus hin entwickeln, ergibt sich direkt aus der Tatsache, daß das Kapital die alten Strukturen zu schnell zerstört, als daß diejenigen, die in ihrem Schutze leben, von den Inseln der fortgeschrittenen Produktion aufgefangen werden könnten. In diesen Ländern ist das moderne Kapital sofort auf konzentrierte Weise tätig, ohne erst die historischen Phasen der Kapitalakkumulation, wie sie Europa kannte, durchzumachen. Es befreit Millionen von Menschen von dem Rahmen der archaischen Produktion, aber diese "Befreiten" können keine Verwendung finden in einem Produktionsapparat, der auf Antriebe mit einer kolossalen Produktivität und einer extrem hohen organischen Zusammensetzung des Kapitals (Verhältnis zwischen Anlagen, Rohstoffen, Energie usw. und der Arbeitskraft) entsteht.

Daraus folgt eine sehr starke Auswanderung, insbesondere nach der arabischen Halbinsel. So haben offiziell 1,4 Millionen Ägypter das Land verlassen. Ihre wirkliche Zahl dürfte aber mindestens doppelt so hoch liegen, denn die Statistiken erfassen nur diejenigen, die in die Länder der Arabischen Liga und mit einem Arbeitsvertrag in der Tasche auswandern. Im vergangenen Jahr hat Saudi-Arabien tausende von heimlich ins Land gekommenen Ägyptern ausgewiesen, und die Ägypter mußte eine Luftbrücke mit wöchentlich 20 Flügen einrichten, um sie wieder in die Heimat zurückzuführen. Unter den Auswanderern gibt es einen nicht zu vernachlässigenden Anteil von Fachkräften, was auf die Rückständigkeit des ägyptischen Produktionsnetzes hinweist. Die große Masse von ihnen besteht aber aus Fellachen, die das überbevölkerte flache Land in der Hoffnung auf einen Lohn im Ausland verlassen, und im Falle einer Zwangsrückkehr können diese Auswanderer zu einem Explosivstoff werden. Die Einwanderung in Länder wie Saudi-Arabien oder die Emirate hat klare objektive Grundlagen. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß infolge von wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder als politische Vergeltungsmaßnahme einige hunderttausend Proletarier wieder nach Hause geschickt werden, und die sozialen Folgen einer solchen Rückkehr in die Heimat kann man sich ja vorstellen. In Ägypten zum Beispiel sind die von der ausgewanderten Arbeitskraft erbrachten Deviseneinnahmen von 189 Millionen Dollar 1974 auf 367 Millionen 1975, 358 Millionen 1976 und 700 Millionen im Jahre 1977 gestiegen. Dieser Zustrom an Devisen lag über

den Einnahmen, die sich zusammengenommen aus dem Suezkanal, der Baumwolle, dem Erdöl und dem Tourismus ergaben, die die wichtigsten Devisenquellen des Landes bilden. Bei mehr als 40 Millionen Einwohnern, die sich auf 35.000 km² bewohnbaren Landes verteilen (1.143 Einwohner pro km², die landwirtschaftlich genutzten Gebiete mitinbegriffen), hat Ägypten ein vitales Expansionsbedürfnis. Es gibt dort nicht genug Land, und aufgrund der Urbanisierung und der Erweiterung der Infrastruktur nimmt es auch noch ständig ab. Die Zahlungsbilanz weist ein chronisches Defizit auf. Die Verschuldung hat schwindelerregende Zahlen erklommen, und die einzige Lösung besteht darin, sich immer mehr zu verschulden, um den Zusammenbruch zu vermeiden. Die Löhne erreichen mit Mühe und Not 20 - 30 ägyptische Pfund, was der Monatsmiete für zwei Zimmer in der mittleren Peripherie Kairo entspricht, und die Inflation beschneidet diese Löhne immer mehr: Überschuß an Arbeitskräften, billiges Kanonenfutter. Braucht man sich da zu wundern, daß Ägypten die neue Kräfteaufstellung mit Ungeduld erwartete, in der Hoffnung, die Elenden für die Eroberung neuer Gebiete einzusetzen? Aber es ist nicht sicher, daß es seine Rolle als Gendarm genauso lange ausüben wird wie der Iran. Sicherlich nicht umsonst hat Sadat ein langes Gespräch mit dem fliehenden Schah geführt; genauso wie Hassan von Marokko wollte er die Fehler des Pahlawi-Regimes kennenlernen, um sie selbst zu vermeiden. Nur, Ägypten hat nicht dieselbe Kauf- sprich Korruptionskraft wie der Iran...

Aber die Auswanderung betrifft nicht nur Ägypten. Die zionistische Expropriation in Palästina, die durch den Druck des Imperialismus und den Antagonismus Vereinigte Staaten - Rußland aufgezwungene Militärisierung, die Konzentration der Erdölrente in einigen Ländern und die Unmöglichkeit, den Reichtum durch eine Verallgemeinerung der kapitalistischen Produktion auf die ganze Region zu verteilen, die Unmöglichkeit, die Agrarfrage zu lösen und die im Überfluß vorhandenen fruchtbaren, aber dürr bleibenden Böden zu nutzen, sowie auch die Entwurzelung von Bevölkerungen mit tausendjährigen Traditionen haben im Nahen Osten die Migration von tausenden von Menschen hervorgerufen, die von ihrem Land oder dem Bazar vertrieben werden und zu einem wahrhaftigen Lohnarbeiternomadentum gezwungen sind.

Dies alles betrifft vor allem die Palästinenser, die nunmehr fast völlig von ihrem Land verjagt worden sind. Dieses Volk, das aufgrund der Bedürfnisse des Imperialismus beraubt und auf seinen Befehl hin nicht nur von seinen erklärten Feinden, sondern auch von seinen vorgeblichen Freunden massakriert wurde; das zunächst durch das Kalkül der Mächte und die infame Unterstützungslogik der amerikanischen "Hilfe" verteilende UNWRA, verstreut wurde, um dann durch die aufeinanderfolgenden Wellen von Massakern und den Hunger noch weiter auseinandergetrieben zu werden; dieses Volk weist neue und eigene Klassenbedingungen auf. Durch den Krieg daran gehindert, Boden zu besitzen und handwerkliche oder Händlerberufe auszuüben, sind

die Palästinenser zum Teil zu Guerrilleros geworden, die manchmal in Kommandos zur Unterstützung der arabischen Armeen organisiert sind; einige von ihnen sind auch Schmuggler, der größte Teil aber besteht aus reinen Proletariern. Wie viele Palästinenser gehören hierzu? Keiner weiß. Wenn man von insgesamt 3,5 Millionen Palästinensern ausgeht, von denen ungefähr 2 Millionen nur *diaspora*, der Auswanderung, gezwungen sind, so dürfte es fast 1,5 Millionen Proletarier unter ihnen geben. Natürlich leiden sie darunter, so weit zerstreut zu sein, aber langfristig gesehen kann sich diese Schwäche in eine Kraft verwandeln. Diese Proletarier wurden dadurch formiert, daß sie für immer das Verhaftetsein mit dem bürgerlichen Leben und die Bindung an den Boden verloren haben. Sie haben gekämpft, sie haben sich organisiert, sie haben gestreikt und dem Tod getrotzt; sie haben eine internationale Bildung erhalten, die sich ihren Arbeitskollegen mitteilt, vor allem, wenn diese auch Zugewanderte sind.

Ägypten, Syrien, der Nord- und Südjemen und Palästina sind die großen Arbeitskraftlieferanten für die Erdölmagnaten. Bevor Saudi-Arabien strenge Maßnahmen zur Einschränkung der "illegalen" Einwanderung traf, konnte man ägyptische, palästinensische, tunesische, marokkanische, sudanesishe, jemenitische, syrische, somalische, eritreische, südkoreanische, Taiwan-chinesische, indische und pakistanische Arbeiter im Land antreffen, sowie natürlich auch aus den westlichen Ländern kommende Techniker und Spezialisten. Wenn man die im Nahen Osten bis zum Golf verstreuten Palästinenser, Ägypter, Jemeniten und Syrer zusammenzählt, so kommt man auf eine Zahl von Proletariern, die die 5 Millionen übersteigt. Berücksichtigt man die Tatsache, daß die Familienauswanderung im allgemeinen den Technikern vorbehalten ist, so stellt diese Zahl eine phantastische proletarische Masse dar. Obgleich sie gespalten und in alle vier Himmelsrichtungen zerstreut ist und im Augenblick durch die paar Brosamen, die sie erhält, vom Klassenkampf abgehalten wird, bildet sie doch das wahrhaftige Produkt der Revolution, welche die Erdölwelle in diesen bislang in der Vergangenheit schlummernden Ländern herbeiführte.

Es sind Millionen von Proletariern, die zusammen mit den Proletariern jedes einzelnen Landes eine potentiell explosive Masse darstellen, und dies hat sehr viel schwerwiegendere historische Konsequenzen als ein Vertrag, der neue strategische Staatenbündnisse sanktioniert.

Diese neue, proletarische Form der arabischen Völkerwanderungen sieht nicht so episch aus wie die Migrationsbewegungen von vor 1300 Jahren, und sie hat nicht die gleichen glorreichen Eroberungen zum Ziel. Sie entwickelt sich im stillen, ohne sich mit großen Namen zu schmücken. In den widerlichen Erdölgebieten, in den heißen Wüstenslums und auf den Baustellen, wo es sich wie Sklaven stirbt, weitet der Kapitalismus seinen Einfluß auf einen neuen Weltteil aus, und es ist ausgesprochen

bezeichnend, daß er hier eine kosmopolitische Auswahl der internationalen Arbeiterklasse, seines Totengräbers, zusammenführt: Dort unten, in diesem Gebiet der labilen Regierungen, in dem sich für den Imperialismus lebenswichtige Anlagen befinden, das über und über mit randvollen Waffenlagern bedeckt ist und wo es eine Menge von Proletariern und unterdrückten Massen gibt, die durch die Schule des Krieges und der Gewalt gegangen sind.

In diesem ganzen riesigen Gebiet, das sich von Kairo bis Basra und von dort bis Abadan und Teheran erstreckt, das von Alexandria nach Tripolis bis in den Maghreb geht, das von Katar über Damaskus nach Beirut führt und von Aden über Haifa und Jerusalem bis nach Mossul und Aleppo verläuft und von dort weiter bis Adana und Ankara, in diesem ganzen Gebiet vermehren und entwickeln sich

die Bedingungen für den Krieg der Arbeitermassen, die die proletarisierten Massen in Stadt und Land mit sich reißen werden; die Bedingungen eines Krieges, der nur noch am Rande ein Rassen- und nationaler Krieg sein kann, da er zu einem Klassenkrieg wird. Und dies ist der einzige Krieg, der - unter der Führung der wiederhergestellten kommunistischen Weltpartei und in Verbindung mit den Proletariern der großen Metropolen, die gezwungen sein werden, den Weg des offenen Kampfes wieder einzuschlagen - der imperialistischen Barbarei wird ein Ende bereiten können, um eine menschliche und brüderliche Gesellschaft, die Gesellschaft des Kommunismus, hervorzubringen.

Auf daß die Ölhähne also zugedreht und die Waffen auf den gemeinsamen Feind gerichtet werden!

o o o

INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE PARTEI

Veröffentlichungen

— Zeitschriften und Zeitungen —

KOMMUNISTISCHES PROGRAMM

vierteljährliche theoretische Zeitschrift

Preis: 3 DM - 3 FS - 6 FF - 22 ÖS

Jahresabonnement: Preis für vier Exemplare

LE PROLETAIRE

zweiwöchige Zeitung

Preis: 2 FF - 25 FB - 1 FS - 1 DM

Jahresabonnement: 40 FF - 500 FB - 20 FS - 20 DM

PROGRAMME COMMUNISTE

vierteljährliche theoretische Zeitschrift

Preis: 8 FF - 80 FB - 5 FS - 4 DM

Jahresabonnement: 40 FF - 400 FB - 24 FS - 20 DM

EL COMUNISTA

Monatszeitung

Preis: 20 Ptas. - 2 FF - 1,50 FS - 1,50 DM

Jahresabonnement: 220 Ptas. - 22 FF - 16,50 FS - 16,50 DM

COMMUNIST PROGRAM

englischsprachige Zeitschrift

Preis: 50 p. - US\$ 1.00 - 6 FF - 3 DM

EL PROLETARIO

Zweimonatsbeilage für Lateinamerika

Jahresabonnement: US\$ 3.00 - 12 FF - 6 FS - 6 DM

EL PROGRAMA COMUNISTA

vierteljährliche Zeitschrift

Preis: 100 Ptas. - US\$ 1.00 - 10 FF - 5 DM - 5 FS

Jahresabonnement: Preis für vier Exemplare

EL OUMAMI

arabisch-französische Zweimonatszeitung

Jahresabonnement: 12 FF - 6 DM - 6 FS

IL PROGRAMMA COMUNISTA

zweiwöchige Zeitung

Preis: L. 200 - 1 FS - 1 DM

Jahresabonnement: L. 5000 - 18 FS - 18 DM

PROLETARIER

Zweimonatszeitung

Jahresabonnement: 6 DM - 44 ÖS - 6 FS

